

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

2/2017

Spendenempfehlung: 3,00 €

Ausgabe März-April 2017

Redaktionsnotiz.....	3
Diskussionen zum Zustand der kommunistischen Bewegung.....	4
<i>Dieter Itzerott, Frank Flegel</i> : Egon Krenz erklärt uns die Gründe unserer Niederlage. Wir versuchen die Entwirrung dieses Knäuels.....	4
<i>Gerhard Feldbauer</i> : Worüber man einmal nachdenken sollte....	14
<i>Erika Beltz, Laura Mulch, Tobias Salin, Michael Beltz, Gernot Linhart</i> : Gegen die antimonopolistische Strategie.....	18
<i>Redaktion offen-siv</i> : Kurze Anmerkung zur Veröffentlichungspolitik der DKP bezüglich der Strategieebatte um die antimonopolistische Demokratie.....	20

<i>Georgios Marinos, Mitglied des Politbüros des ZK der KKE:</i>	
Auszüge aus dem Abschluss der Arbeiten des Europäischen Kommunistischen Treffens 2017.....	21
<i>Florian Adler: Brief an den Genossen Miclas Lacorn zu seinem Artikel „Was uns Heinz Keßler für den aktuellen Kampf mitgibt“</i>	
	24
Nachtrag zum Internationalen Frauentag.....	26
<i>Yana: Frau - der Weg aus der Unterdrückung.....</i>	26
Cuba.....	31
<i>Frank Flegel: Analyse der Wirtschaftsreformen des sozialistischen Cuba, Teil 2.....</i>	
	31
Beiträge zur Geschichte der Sowjetunion.....	57
<i>Grover Furr: Trotzki's Pläne.....</i>	
	57
<i>Emko: Dämon Stalin?.....</i>	
	60
<i>Gerhard Schnehen (Übersetzung): Die Anklage gegen Gorbatschow, Jakowlew und Schewardnadse beim Generalstaatsanwalt der Russischen Föderation, Februar 1992, Auszug.....</i>	
	64
Zur den Nachkriegskämpfen in Italien und Vietnam.....	72
<i>Gerhard Feldbauer: Im Friedensvertrag 1947 mit Italien lehnten die USA ein Verbot von Nachfolgeorganisationen der Mussolini-Partei ab.....</i>	
	72
<i>Gerhard Feldbauer: Am 17. Februar 1947 fiel Hanoi nach 61 Tagen erbittertem Widerstand in die Hand der französischen Truppen.....</i>	
	75
Buchenwald-Gedenken.....	78
<i>Aufruf zum Buchenwald Gedenken 2017.....</i>	
	78
Marxistisch-leninistisches Fernstudium	80
<i>Frank Flegel: Bericht vom 5. Seminar unseres gemeinsamen marxistisch-leninistischen Fernstudiums von KPD und offen-siv</i>	
	80
Gruß aus Polen.....	82
<i>Zbigniew Wiktor: Ihr Lieben!.....</i>	
	82

Redaktionsnotiz

Dieses Heft setzt sich annähernd in jedem Artikel mit dem Revisionismus auseinander. Das geschieht nicht aus Lust und Laune, sondern weil es dermaßen viele Baustellen gibt, dass man meint nicht zu wissen, wo man anfangen soll.

So bestehen noch immer Unklarheit und Verwirrung über die Ursachen der Niederlage von 1989/90, ebenso verhält es sich mit dem Chruschtschowschen „parlamentarischen Weg zum Sozialismus“, die DKP diskutiert gerade über ihre „antimonopolistische Demokratie“.

Das Europäische Kommunistische Treffen 2017 schätzt die KKE durchwachsen ein, aber mit der Hoffnung, auf dem Weg der Klarheit etwas vorangekommen zu sein.

Dann bringen wir eine ausführliche Analyse der Wirtschaftsreformen in Kuba, Beiträge zur Geschichte der Sowjetunion – und damit auch gegen den Anti-Stalinismus sowie ein Protokoll der Anklage gegen Gorbatschow, Jakowlew und Schewardnadse aus dem Jahr 1992.

Ein Nachtrag zum internationalen Frauentag und interessante geschichtliche Darstellungen der Nachkriegssituation in Italien und Vietnam sowie der diesjährige Buchenwaldaufruf und der Bericht vom 5. Seminar des marxistisch-leninistischen Fernstudiums von offen-siv und KPD runden das Heft ab.

Zeitungsmachen macht nicht nur viel Arbeit, sondern kostet, wie Ihr wisst auch viel Geld.

Die Zeitschrift offen-siv lebt allein von den Spenden der Leserinnen und Leser. Bitte macht vom Spendenkonto Gebrauch!

Spendenkonto Offensiv:
Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,
IBAN: DE 10 2505 0180 0021 8272 49,
BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Reichenau.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,
Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Homepage: www. offen-siv.net

Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49,

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Diskussionen zum Zustand der kommunistischen Bewegung

Dieter Itzerott, Frank Flegel: Egon Krenz erklärt uns die Gründe unserer Niederlage.¹ Wir versuchen die Entwirrung dieses Knäuels.

Die Frage nach den Ursachen unserer Niederlage, den Ursachen der Konterrevolution in Europa vor mehr als 25 Jahren, hat an Wichtigkeit nichts eingebüßt, und das aus mindestens drei Gründen:

a)- Diese Niederlage hat ein unermessliches welthistorisches Ausmaß. Die seitdem vom Imperialismus vom Zaun gebrochenen Kriege (um nur die wichtigsten zu nennen: Jugoslawien, zweimal Irak, Afghanistan, die Aggressionen Israels gegen die palästinensische Bevölkerung und gegen den Libanon, Libyen, Syrien, Jemen, die Einmischung in die Ukraine usw.) sind erst der Auftakt. Die Situation der innerimperialistischen Konkurrenz verschärft ich zusehends. Wenn man die Einkreisung Russlands durch die NATO, die Spannungen im pazifischen Raum vor allem zwischen den USA und China sowie die Bemühungen Deutsch-Europas zu größerer militärischer Eigenständigkeit sieht, muss man leider einen Dritten Weltkrieg nicht nur für nicht

¹ Analyse eines Vortrages von Egon Krenz, gehalten in Peking, gedruckt im RotFuchs, Ausgaben Januar und Februar 2017, Titel: Zu den Gründen unserer Niederlage

ausgeschlossen halten, sondern dann muss man konstatieren, dass er bereits vorbereitet wird.

b)- Diese Niederlage und die ihr vorausgegangene revisionistische Zersetzung wichtiger kommunistischer Parteien haben zu einer unbeschreiblichen Verwirrung in der kommunistischen Bewegung geführt, mehrere ehemals starke kommunistische Parteien wurden dahingerafft, andere zu sozialdemokratischen Parteien transformiert, viele stehen auf revisionistischen Positionen, die kommunistische Bewegung ist zersplittert wie nie.

c)- Diese Niederlage hat zu einer tiefen, lang anhaltenden konterrevolutionären Situation nicht nur in Europa geführt. Alles, was mit einer Systemalternative, also mit dem Sozialismus zu tun hat, ist durch die Niederlage aufs Tiefste diskreditiert. Obwohl der Imperialismus und die Bourgeoisien weltweit um ihre Massenbasis fürchten müssen, führt das nicht dazu, dass es einen neuen Aufschwung der kommunistischen Bewegung gibt (wie es dringend notwendig wäre), sondern dass reaktionär-religiöse Strömungen immer mächtiger werden, neofaschistische Kräfte großen Zulauf haben und daneben sich den Anschein des Neuen gebende reformistische Bewegungen Illusionen verbreiten. Mit „Verlierern“ setzt man sich halt nicht gern an einen Tisch.

Wenn wir eine Perspektive entwickeln wollen und wenn wir Menschen, vor allem Proletarier, erreichen wollen, müssen wir aus der Ecke der Niederlage herauskommen, müssen wir das Büßkleid abstreifen, die historische Niederlage verwandeln in einen neuen Aufbruch – auf der Grundlage unseres eigenen gewachsenen Erfahrungsschatzes, denn unsere Niederlagen sind bitter und schmerzhaft und halten den gesellschaftlichen Fortschritt auf, aber zur Katastrophe werden sie erst, wenn wir sie nicht analysieren, nicht aus ihnen lernen, nicht die richtigen Schlussfolgerungen aus ihnen ziehen. Schließlich kommen wir heute ja als die „Gescheiterten“ daher. Wir sagen aber, dass wir trotzdem einen neuen Anlauf zum Sozialismus brauchen und den auch wagen könnten. Dafür müssten wir es zweifellos besser wissen als diejenigen unsere „Väter“, die (wir nennen jetzt nur ein paar Beispiele) Chruschtschows Geheimrede auf dem XX. Parteitag der KPdSU und die darauf folgende Verteufelung Stalins, die durch den Chruschtschow-Revisionismus verursachte Spaltung der kommunistischen Weltbewegung, Kossygin's marktwirtschaftliche Reformen in der UdSSR, den so genannten Eurokommunismus (im Zuge dessen die Kommunistische Partei Italiens die NATO als einen möglichen Garanten eines italienischen Weges zum Sozialismus bezeichnete), Gorbatschows Perestroika, das SPD-SED-Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“, den Ausbruch Ungarns aus der sozialistischen Staatengemeinschaft, den Parteiputsch Gysis und die Überführung der SED in eine sozialdemokratische Partei, die Auflösung der Kommunistischen Partei Italiens, die

„mutation“ der Kommunistischen Partei Frankreichs und vieles andere mehr toleriert, ja zum Teil aktiv mitgemacht haben.

Die alles entscheidende Aufgabe ist: wir müssen nachvollziehbar, klar, deutlich und verständlich darlegen können, warum der zunächst vielversprechende Anlauf zum Sozialismus, der mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 begann und zwischenzeitlich in der Lage war, dem deutschen Faschismus die Stirn zu bieten, sich so kläglich der Konterrevolution ergeben hat, - und wenn wir das dargelegt haben, müssen wir skizzieren können, wie es besser gehen würde, was vermieden werden muss, was beachtet werden muss und wer ein Feind des Sozialismus war und ist und wer nicht. Wir müssen also, wir betonen nochmal, klar, deutlich und verständlich (und bitte nicht schwammig, nebulös und unklar) verdeutlichen können, was uns die jüngeren historischen Erfahrungen gelehrt haben.

Der RotFuchs hat in seinen Ausgaben Januar 2017 und Februar 2017 einen Vortrag von Egon Krenz mit der Überschrift „Zu den Gründen unserer Niederlage“ dokumentiert.² Egon Krenz formuliert darin einen richtigen Anspruch: *„Wer für einen neuen Sozialismus kämpfen will, muß sowohl die Vorzüge als auch die Unvollkommenheiten des vergangenen analysieren.“*³

Wir werden im Folgenden untersuchen, ob und wenn ja welche Einsichten gewonnen und ob und wenn ja welche Schlussfolgerungen in diesem Beitrag gezogen wurden.

Das soll auf drei Hauptgebieten geschehen, erstens auf dem der Ursachenforschung für aufgetretene Probleme in der Sowjetunion, der DDR und den sozialistischen Ländern Osteuropas, zweitens auf dem der Ökonomie der RGW-Staaten und drittens auf dem der Einschätzung des US- und BRD-Imperialismus. Diese drei Bereiche nehmen neben den Klagen über die ungerechte Behandlung der DDR-Bürger seitens der BRD nach der für das Kapital siegreichen Konterrevolution (die mit einer Erforschung der Ursachen für unsere Niederlage nichts zu tun haben und die wir hier auch nicht näher analysieren wollen) in Krenz' Ausführungen den größten Raum ein.

1)- Egon Krenz zu den Ursachen aufgetretener Probleme:

„Aus eigenem Erleben kann ich daher bezeugen, daß die Partei- und Staatsführungen der sozialistischen Staaten Europas auf die seit Anfang der achtziger Jahre entstandene tiefe Systemkrise nicht vorbereitet waren. Im Oktober 1981 hatte KPdSU-

² Der Vortrag wurde gehalten bei einer Konferenz in Peking „Der Marxismus im 21. Jahrhundert“ im Oktober 2016 unter dem Originaltitel „Die Niederlage der DDR – Teil des Zusammenbruchs des real existierenden Sozialismus in Europa“

³ RotFuchs, Jan. 2017, S. 13

*Generalsekretär Breschnew Erich Honecker mitteilen lassen, daß sich die Sowjetunion in einer ähnlich schwierigen Lage befände wie Sowjetrußland 1918 vor Abschluß des Brester Friedensvertrages. Das konnte ja nur bedeuten: Es ging um Sein oder Nichtsein der Sowjetmacht! Die Tragik besteht darin, daß diese dramatische Mitteilung nie durch die Staaten des Warschauer Vertrages kollektiv erörtert wurde und folglich daraus auch keine Schlußfolgerungen gezogen wurden.*⁴

Was hier geschildert wird, ist höchst dramatisch. Es fand offensichtlich keine Problemerkörterung statt, keine Analyse der entstandenen Situation, keine Forschung nach den Ursachen der entstandenen Probleme, und es ist auch nicht bekannt, dass irgendwer eine solche eingefordert hätte. Da stellt sich allerdings die Frage: Warum nicht? Eine Antwort auf diese Frage ist dann, wenn man „*die Unvollkommenheiten des vergangenen (Sozialismus) analysieren (Hervorhebung von uns.)*“ will, um aus ihnen zu lernen, unverzichtbar, - bleibt hier aber aus. Was bleibt, wenn die Frage nach dem „Warum“ nicht beantwortet, ja noch nicht einmal gestellt wird? Kopfschütteln über das damalige Führungspersonal? Aber die können ja nicht alle von kollektiver Blödeheit befallen gewesen sein. Der Leser/die Leserin kann sich deren Versagen nicht erklären und bleibt ratlos zurück.

Als nächstes wichtiges Problem spricht Krenz an, dass es „*gleichzeitig ... keine kollektive Zurückweisung der Provokation von US-Präsident George Bush sr. (gab), der die NATO-Länder aufgefordert hatte, die Sowjetunion – ich zitiere – `in die Wertegemeinschaft des Westens` zu holen, was gleichbedeutend mit der Liquidierung des Sozialismus war.*“⁵

Selbstverständlich muss man solche Ansprüche des Klassenfeindes, hier in Gestalt des mächtigsten imperialistischen Staates der Welt zurückweisen, und nicht nur das, man muss auch entlarven, dass es im „Westen“ nicht um eine „Wertegemeinschaft“ geht, sondern dass es sich um Ausbeuter und Imperialisten, also Räuber der Werte handelt. Das ist nicht nur weltpolitisch wichtig, sondern auch für die eigene Bevölkerung, ja auch für die eigene Partei. Aber auch hier stellt sich die Frage: Warum geschah das nicht? Und auch hier bleibt Krenz eine Antwort schuldig. Liegt die Ursache eventuell darin, dass die Führungen der Sowjetunion, Polens, Ungarns, der Tschechoslowakei und zum Teil auch der der DDR den modernen Revisionismus in den eigenen Reihen nicht nur nicht bekämpft haben, sondern ihn z.T. nicht beachtet und damit tolerierten, sie z.T. aber selbst zum revisionistischen Flügel ihrer Parteien gehörten? Waren die kommunistischen Parteien der RGW-Staaten Anfang der 80er

⁴ Ebenda

⁵ Ebenda

Jahre tatsächlich noch Organisationen des Klassenkampfes? Oder waren sie bereits auf dem Weg zur Klassenkollaboration? Und wenn ja, wie und warum? Eine Antwort auf diese Fragen ist unverzichtbar, - aber Krenz verzichtet darauf.

Die Katastrophe, die mit dem Namen Gorbatschow verbunden ist, schildert Krenz folgendermaßen: *„Die ‚Perestroika-‘ und ‚Glasnost-Politik‘ der sowjetischen Führung gab keine konstruktive Antwort auf die entstandene Systemkrise. Sie trug nicht zu einer ‚Erneuerung des Sozialismus‘, sondern zu seinem europäischen Niedergang bei. Aus der von Gorbatschow beabsichtigten ‚zweiten Oktoberrevolution‘ wurde letztlich eine Konterrevolution, die von verschiedenen Fraktionen in der KPdSU initiiert wurde und letztlich zur Zerschlagung der UdSSR führte.“*⁶

Hier ergibt sich ein ganzer Strauß von Fragen: Wenn die Perestroika-Politik *„keine konstruktive Antwort auf die entstandene Systemkrise“* gab, ist die erste Frage natürlich wieder: Warum nicht?, die zweite Frage aber: was wäre eine *„konstruktive Antwort“* denn gewesen? Wenn diese Politik *„nicht zu einer ‚Erneuerung des Sozialismus‘, sondern zu seinem europäischen Niedergang“* beitrug, wird die Frage nach dem Warum etwas differenzierter. Könnte es sein, dass das, was Krenz hier auseinandersetzt, nämlich die *„Erneuerung des Sozialismus“* und sein *„europäischen Niedergang“*, identisch ist? In der bisherigen Geschichte des Sozialismus gingen die „Erneuerungen“ immer mit marktwirtschaftlichen Reformen einher, mit der Aufgabe des Zentralismus, also des Primates der Volkswirtschaft über die Betriebswirtschaft, dem Zurückdrängen und der schließlichen Aushebelung der Planwirtschaft, mit der Einführung des Betriebsgewinns als ökonomischer Kennziffer und so weiter. Das aber sind Maßnahmen, die die sozialistische Ökonomie auf kurz oder lang umbringen.

Besonders aberwitzig wird es, wenn Krenz äußert, dass das, was Gorbatschow *„beabsichtigt“* habe, eine *„zweite Oktoberrevolution“* gewesen sei. Kennt er die Rede Gorbatschows, die er in der Amerikanischen Universität in Ankara gehalten hat, nicht? Gorbatschow dort: *„Mein Lebensziel war die Zerschlagung des Kommunismus“*. Wie kann man über denjenigen, der das über sich selbst sagt, öffentlich verbreiten, er habe eine *„zweite Oktoberrevolution“* gewollt? Zu dumm, dass diese *„zweite Oktoberrevolution“* dann *„letztlich eine Konterrevolution“* wurde. Eine – selbstverständlich nebulöse – Erklärung steuert Krenz bei: Die Konterrevolution wurde *„von verschiedenen Fraktionen in der KPdSU initiiert“*. Wo kamen diese Fraktionen her? Für was standen sie? Wie konnte es geschehen, dass es erstens überhaupt Fraktionen gab und dass diese zweitens die Konterrevolution anstrebten? Das sind Fragen, deren Beantwortung über Leben und Tod der sozialistischen Revolution entscheiden. Und Krenz? Wie immer keine Antwort. Über solche Dinge wie das so genannte *„neue Denken“*,

⁶ Ebenda

das solche konterrevolutionären Phrasen beinhaltete wie die Postulierung der „Friedensfähigkeit des Imperialismus“ oder das Primat der „Menschheitsinteressen vor den Klasseninteressen“, von einem „gemeinsamen Haus Europa“ schwafelte und damit die Klassenkollaboration endgültig zur Staatsdoktrin der UdSSR erhob, bei Krenz kein Wort. Es sei hier nochmal daran erinnert: er wollte nach seinen eigenen Worten *„auch die Unvollkommenheiten des vergangenen (Sozialismus) analysieren.“* Wohl-gemerkt: analysieren! Stattdessen bisher nur Oberflächlichkeiten und Verwirrungen.

Aber schauen wir weiter hin und wenden wir uns der Ökonomie zu.

2)- Egon Krenz zur Ökonomie der RGW-Staaten:

Egon Krenz erinnert an das Lenin-Wort: *„Die Arbeitsproduktivität ist in letzter Instanz das Allerwichtigste, das Ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung.‘ Wahrscheinlich haben wir damals in allen Staaten der europäischen sozialistischen Gemeinschaft nicht begriffen, daß dieser Satz im Umkehrschluß auch eine Warnung enthält, nämlich die: Die neue Gesellschaftsordnung wird unterliegen, wenn sie keine höhere Arbeitsproduktivität erreicht als der Kapitalismus.“*⁷

*„Versäumt wurde, die ökonomischen Potentiale mit dem Ziel zu vereinen, den Rückstand in der Arbeitsproduktivität gegenüber dem Kapitalismus aufzuholen.“*⁸

*„Die Staatengemeinschaft erwies sich als unfähig, den Sozialismus mit der wissenschaftlich-technischen Revolution zu verbinden. Ansätze dazu blieben in der Regel stecken aus nationalem Egoismus von Teilnehmerstaaten.“*⁹

Auch auf die Gefahr hin, dass es langweilig wird, müssen wir auch hier wieder die Frage nach dem Warum stellen: Warum *„haben wir damals in allen Staaten der europäischen sozialistischen Gemeinschaft nicht begriffen“*, dass Lenins Wort über die Bedeutung der Arbeitsproduktivität auch eine Warnung enthält? Waren die alle und damit auch er selbst bekloppt, oder was will uns Krenz damit sagen? Warum gab es so etwas wie *„nationalen Egoismus von Teilnehmerstaaten“*?¹⁰ Wie kann so etwas geduldet werden? Proletarischer Internationalismus adé? Warum wurde *„versäumt... , die ökonomischen Potentiale mit dem Ziel zu vereinen, den Rückstand in der Arbeits-*

⁷ RotFuchs, Februar 2017, S. 15

⁸ Ebenda

⁹ Ebenda

¹⁰ Diese Frage sei hier ganz unabhängig davon gestellt, ob solche Egoisten tatsächlich eine Ursache für die Unfähigkeit war, „den Sozialismus mit der wissenschaftlich-technischen Revolution zu verbinden“.

produktivität gegenüber dem Kapitalismus aufzuholen“? Da schließen sich noch weitere Warum-Fragen an: Warum hatten die Pläne von Gosplan, der staatlichen Plankommission der Sowjetunion, seit Chruschtschow keine bindende Kraft mehr für die Betriebe? Warum waren sie stattdessen nur Prognosen und Hinweise? Warum hatten die Beschlüsse des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe keine Gesetzeskraft, sondern fungierten höchstens als freundliche Empfehlungen? Die DDR hat immer wieder auf größere Verbindlichkeit gedrängt. Warum „erwies sich (die Staatengemeinschaft) als unfähig, den Sozialismus mit der wissenschaftlich-technischen Revolution zu verbinden“? Der Sozialismus hat normaler Weise (also als Planwirtschaft) größtes Interesse an der Steigerung der Produktivkraft¹¹ und es ist undenkbar, dass er derselben irgendwelche Hindernisse in den Weg legen würde. Was also war das Problem daran, die Digitaltechnik für den Sozialismus zu nutzen? Oder, wie Krenz es ausdrückt, „den Sozialismus mit der wissenschaftlich-technischen Revolution zu verbinden“, so als sei der Sozialismus das Eine und die Technik das Andere, ihm Wesensfremde, was die „Verbindung“ beider zu einem schwierigen Unterfangen werden lässt?

War die Ursache für all diese Verwerfungen (die normaler Weise ja immer Stalin nachgesagt werden) nicht, dass die Betriebe ihre Investitionsmittel selbst erwirtschaften sollten, dass die Kennziffer ihrer ökonomischen Rentabilität aber gleichzeitig ihr Gewinn war, dass sie deshalb hohe Investitionen scheuten, weil sie den ausgewiesenen Gewinn schmälerten, und dass sie stattdessen mit den alten Anlagen auf Verschleiß fuhren? Die Ursache für diese „Verwerfungen“ waren die so genannten „Reformen“ der sozialistischen Ökonomie – immer weiter weg von der Planwirtschaft.

Bei Krenz kein Wort zu diesen Fragen und Problemen, wie es in seinem Vortrag sowieso nie um die Produktionsverhältnisse geht.

Krenz scheint die Ursache für die Probleme der sozialistischen Ökonomie in der Planwirtschaft selbst zu sehen, nicht in der Abweichung von ihr und empfiehlt deshalb zu ihrer Gesundung und als Zukunftsprojekt des Sozialismus gerade die Reformen, die ihn zerstört haben bzw. schon früher zerstört hätten, wenn sie nicht gestoppt worden wären, wie das „Neue Ökonomische System“. Er feiert das „Neue Ökonomische System der Planung und Lenkung der Volkswirtschaft“ als „hoffnungsvollen Versuch“, weil dabei „zu einer Leitung der sozialistischen Wirtschaft mit vorwiegend ökonomischen Mitteln übergegangen werden“¹² sollte. „Vorwiegend ökonomische

¹¹ Der Kapitalismus nicht immer, da verschwinden Patente für bessere oder haltbarere Waren schon mal im Panzerschrank.

¹² Ebenda

Mittel“ ist ein Synonym für Markt, Gewinn, Kredit, Herrschaft des Wertgesetzes bei gleichzeitiger Abkehr vom Plan, gleichzeitigem Rückzug des Staates aus der Ökonomie usw.

Zu China führt Egon Krenz aus: *„Wer wirklich Sozialismus will, kommt an den Erfahrungen Ihres Volkes nicht vorbei. Mir scheint besonders wichtig, daß es ein Sozialismus mit nationaler Prägung ist, der nicht – wie der untergegangene – ein Modell für alle Länder sein will.“*¹³ Gerade hatte Krenz noch den „nationalen Egoismus von Teilnehmerstaaten“ als großes Problem für die technologische Entwicklung dargestellt, nun also ist die „nationale Prägung“ prima. Natürlich kann man nur dann, wenn man die Grundlage des Sozialismus, die Planwirtschaft, als ein so genanntes sowjetisches Modell hinstellt und ihr damit die Allgemeingültigkeit nimmt, womit man natürlich auch eine tiefgreifende Revision unserer ökonomischen Theorie und unserer Revolutionstheorie vornimmt, natürlich kann man nur dann auch die marktwirtschaftlich-kapitalistische Ökonomie Chinas noch als Sozialismus bezeichnen.

Zum Schluss seines Vortrages wird dann alles klar: *„Wenn die sozialistische Staatengemeinschaft in Europa in den achtziger Jahren zusammen mit China den Weg der Reformen gegangen wäre, stünde der Weltsozialismus heute stärker da.“*¹⁴ Ich hatte es schon erwähnt: Krenz will als Medizin das tödliche Gift verabreichen. Er würde heute alle Fehler des Revisionismus nochmal machen. Das spricht im besten Falle für eine abgrundtiefe Dummheit und eine noch größere Lernresistenz, im schlechtesten Fall, dafür, dass er nicht nur Gorbatschowist war, sondern es immer noch ist.

3)- Egon Krenz zur Einschätzung des US- und BRD-Imperialismus

*„Gorbatschow sprach damals vom ‘neuen Denken’. Die Sache hatte nur einen Haken: Der Westen dachte überhaupt nicht daran, neu zu denken.“*¹⁵ Ach, möchte man da ausrufen, der Westen dachte gar nicht daran, neu zu denken? Das hätten wir gar nicht gedacht. Die sind ja gemein... Es tut uns leid, etwas anderes als Spott und Satire fällt uns dazu nicht ein.

*„Statt sich zu freuen, daß aus dem kalten kein heißer Krieg wurde, hat sich die politische Elite der alten Bundesrepublik 1990 dafür entschieden, alles Ungemach der Spaltung Deutschlands allein der DDR anzulasten.“*¹⁶ Worüber sollte sich der BRD-

¹³ Rotfuchs, Februar 2017, S. 16

¹⁴ Ebenda

¹⁵ RotFuchs, Februar 2017, S. 15

¹⁶ RotFuchs, Januar 2017, S. 14

Imperialismus freuen? Dass aus dem kalten Krieg kein heißer geworden ist? Hat Krenz nicht mitgekriegt, dass die BRD so lange, wie es die DDR gab, Pläne zu deren militärischer Beseitigung geschmiedet hat, dass sie Krieg immer für eine Option ihrer Außenpolitik gehalten hat? Und was heißt hier der Begriff „die politischen Eliten“? In der BRD herrscht das Monopolkapital. Das kann Krenz doch nicht entgangen sein.

Noch haarsträubender wird es bei seinem Bericht über Geheiminformationen aus den USA und die Bedeutung der „deutschen Einheit“ für die USA: *„Zur Jahreswende 1988/89 gab mir Erich Honecker eine streng geheime Information zum Lesen. Er hatte sie von einer zuverlässigen Quelle aus dem Weißen Haus erhalten. Darin stand: ‚Der neue US-Präsident denkt nicht daran, eine strategische Partnerschaft zwischen den USA und der UdSSR, wie sie Gorbatschow anstrebt, einzugehen. Nicht die USA müssten Gorbatschow entgegenkommen, sondern Gorbatschow müsse den USA entgegenkommen.‘*¹⁷ Wir müssen schon wieder das gleiche Kabarett aufführen wie oben: Ach, die USA, nein, pardon: der neue US-Präsident, wollten gar keine Partnerschaft mit der Sowjetunion? Die USA wollen die Sowjetunion in die Knie zwingen? Das hätten wir jetzt aber nicht gedacht. Das ist jetzt aber gar nicht schön... Es ist nicht zu fassen! Das Klassendenken scheint komplett abhanden gekommen zu sein.

Und zur deutschen Einheit: *Inzwischen ist klar, daß es den USA keineswegs nur um die deutsche Einheit ging. Sie war nicht ihr Hauptziel. Sie war ein Mittel, um die Streitkräfte der UdSSR aus dem Zentrum Europas zu drängen.*¹⁸ Man muss wirklich die eigentlich absolut unwirkliche Frage stellen: Hat Krenz tatsächlich irgendwann einmal geglaubt, dass die so genannte „deutsche Einheit“ ein Herzensanliegen der USA und nicht nur Mittel zum Zweck der Zerstörung des Sozialismus gewesen sei?

Welche Illusionen in den Imperialismus!

4)- Fazit:

Krenz fasst seine Einsichten wie folgt zusammen:

*„Für den Untergang der DDR gibt es ein ganzes Knäuel von Ursachen: objektive und subjektive, nationale und internationale, ökonomische und politische, vermeidbare und unvermeidbare. Viele von ihnen gehen weit vor das Jahr 1989 zurück und über die Grenzen der DDR hinaus.“*¹⁹ Also von allem etwas, objektiv und subjektiv, national und international, ökonomisch, politisch, vermeidbar, unvermeidbar. Nun haben

¹⁷ RotFuchs, Februar 2017, S. 15

¹⁸ Ebenda

¹⁹ Ebenda, S. 15

wir keineswegs etwas gegen differenziertes Denken, denn nur selten sind historische Prozesse und Ereignisse monokausal zu erklären. Aber die unterschiedlichen Einflüsse, Interessen und Handlungen müssen erkennbar, erklärbar und darstellbar sein. Bei Krenz sind sie „*ein ganzes Knäuel*“²⁰. Leider hat er zu dessen Entwirrung nichts beigetragen.

Das findet auch Krenz, denn eigentlich kann man heute noch gar nicht dazu sagen: „Die historisch korrekte, differenzierte und damit gerechte Bewertung des vergangenen Sozialismus ist ein Zukunftswert.“²⁰

Wilhelm Busch würde sagen: Nichts Genaues weiß man nicht. Und wir fügen hinzu: Wenn es nach Krenz geht, wird das bis zum St.Nimmerleinstag so bleiben.

Ein solcher Vortrag wie der von Krenz in Peking gehaltene hilft der kommunistischen Bewegung nicht einen Millimeter vorwärts, nein, stattdessen behindert er die Analyse, damit die Klarheit, damit das, was am Anfang von uns als eine unserer vielen dringenden Aufgaben skizziert wurde.

Statt eines solchen inhaltlich wirren, politisch und ökonomisch zutiefst revisionistischen Vortrages empfehlen wir für die Analyse unserer Niederlage und für die Aufklärung ihrer Hintergründe und Ursachen:

Kurt Gossweiler, Taubenfußchronik Band 1 und Band 2,

Kurt Gossweiler, Wider den Revisionismus,

Harpal Brar, Perestrojka,

Gruver Furr, Chruschtschows Lügen,

offen-siv (Hrsg): Niederlagenanalyse,

offen-siv (Hrsg): Unter Feuer. Die Konterrevolution in der DDR.

Dieter Itzerott, Frank Flegel

²⁰ RotFuchs, Januar 2017, S. 13

Gerhard Feldbauer: Worüber man einmal nachdenken sollte. Zum Verhältnis „offensiv“-„UZ“/DKP

Anfang des Jahres habe ich der Redaktion der „UZ“ den folgenden Leserbrief übermittelt: Warum wird „offensiv“ vom Bündeln linker Kräfte ausgeschlossen?

„Im September habe ich auf Einladung von „offensiv“ einen Vortrag über die Krise der Linken in Italien gehalten. Unter den etwa 30 Teilnehmern befanden sich auch einige DKP-Mitglieder. Ich schreibe bekanntlich – mit Autoren wie Erich Buchholz, Horst Köhler oder Fritz Dittmar (DKP-Mitglied) - auch für die einst von Peter Hacks mit begründete Zeitschrift, deren etwa 1.000 Abonnenten ich meine marxistisch-leninistischen Standpunkte darlege, auch Kritik an Ansichten, die ich nicht teile, übe. Das wurde bisher, wie auch – teils oft scharfe Kritik von anderen Lesern bzw. Autoren – immer veröffentlicht, was ich, was mich betrifft, von der UZ nicht immer sagen konnte. Nachdem ich Absagen von linken Verlagen erhalten hatte, habe ich auch bei „offensiv“ vergangenes Jahr mein Buch „Die Augustrevolution 1945 in Vietnam. Die Kommunistische Partei – Organisator der siegreichen nationalen Befreiungsrevolution“ veröffentlicht. Auf Umwegen erfuhr ich, dass zu einer von dem inzwischen verstorbenen Heinz W. Hammer (DKP-Mitglied) angebotenen Rezension von der Redaktion der UZ bemerkt wurde, warum ich das Buch nicht in einem anderen Verlag herausgebracht habe. Bei den DKP-Verlagen hatte ich nicht nachgefragt, denn da hatte ich in der Vergangenheit (ausgenommen zwei Veröffentlichungen in den damaligen MB-Flugschriften) wiederholt Absagen erhalten.

Wenn ich mich recht erinnere, hat die UZ immer den Standpunkt des Bündelns linker Kräfte vertreten. „offensiv“ scheint davon ausgeschlossen zu werden. Folgendes wurde mir dazu bekannt: Als die Zeitschrift im vergangenen Jahr um einen Stand beim Pressefest bat, erhielt sie keine Antwort. Auf eine telefonische Rückfrage wurde Herausgeber Frank Flegel geantwortet: "Eine Teilnahme Eurer Zeitschrift ist nicht vorgesehen." Danach wurden für das von „offensiv“ veranstaltete Fernstudium zwei bezahlte Anzeigen veröffentlicht. Anschließend wurde das jedoch vom Parteivorstand laut UZ als „Fehler“ bezeichnet. Letzter Vorfall: Auf eine Anfrage nach einer (bezahlten) Anzeige für die von „offensiv“ herausgegebenen „Briefe aus dem Gefängnis“ von Heinz Keßler an Dieter Itzerott gab es trotz noch zweimaliger Rückfragen von Frank Flegel seit vier Wochen keine Antwort, und das, obwohl Kessler als auch Itzerott Mitglieder der DKP sind, ganz zu schweigen davon, wie sich hier gegenüber zwei verdienten Kommunisten aus der DDR verhalten wird.“

Ende des Leserbriefes

Wie üblich ist es der „UZ“ überlassen, Leserbriefe zu veröffentlichen. Bei den von mir angesprochenen Fragen linker Bündnispolitik sehe ich das aber als eine Unterdrückung gewichtiger Kritik. Ich habe den Leserbrief Partnern in der DKP übermittelt, von denen einige das auch so sehen.

Es wurde aber auch, um ein Argument herauszugreifen, geltend gemacht, dass die von „offensiv“ bezogene kritische Haltung gegenüber revisionistischen Erscheinungen in der DKP nicht differenziert sei und erreichte Veränderungen bei der Durchsetzung einer marxistisch-leninistischen Linie nicht zur Kenntnis genommen werden, was ich für berechtigt halte. Andererseits sollte nicht vergessen werden, dass „offensiv“ mit seiner kritischen Haltung zur Durchsetzung der heutigen marxistisch-leninistischen Linie beigetragen hat. Kam es doch damals, um zwei Beispiele anzuführen, auf einem Pressefest der „UZ“ zu solchen opportunistischen Auswüchsen, dass Kritik an der Beteiligung von kommunistischen Ministern in einer bürgerlichen Regierung in Italien an der NATO-Aggression gegen Jugoslawien zurückgewiesen wurde. Später wurde in der „UZ“ Kritik an revisionistischen Erscheinungen der Aufweichung der Leninschen Imperialismus-Theorie in der Partei der Rifondazione Comunista (PRC) unterdrückt.

Neben der Hervorhebung „interessanter Beiträge in und um offensiv“ (hier wurden u. a. der verstorbene Ullrich Huar und Kurt Gossweiler genannt) wurde angeführt, dass in der Zeitschrift wie auch durch die "Kommunistische Initiative" ein Parteikonzept vertreten werde, das sich „von der Entwicklung eines politikfähigen Marxismus-Leninismus“ unterscheidet. Sicher wäre hier zu hinterfragen, was unter „politikfähig“ zu verstehen ist, aber bei dem Schreiber setze ich voraus, dass es um keine Abweichungen von kommunistischer Identität geht. So gesehen ist auch dieser Gedanke, meine ich, zu überdenken. Ich selbst habe mich mit der m. E. inzwischen als gescheitert anzusehenden „Kommunistischen Initiative“ zur Herstellung einer einheitlichen Kommunistischen Partei, von Anbeginn an mehrfach, so in dem Beitrag „Anregungen“ in „offensiv“ 1/2007, kritisch auseinandergesetzt, was für die Zeitschrift keine Grund war, eine Veröffentlichung abzulehnen.

Als ein Grundproblem sehe ich, dass es seitens von „offensiv“ bisher, soweit mir bekannt, auf zentraler Ebene keine Vorschläge an die DKP oder auch nur an die „UZ“ gibt, einen Kontakt herzustellen, sich auszutauschen, eine Klärung der unterschiedlichen Auffassungen zu suchen. Andererseits wird hier auch seitens der „UZ“/DKP Ignorierung betrieben, so auch von der Möglichkeit, in „offensiv“ Stellung zu beziehen, kein Gebrauch gemacht. Ich habe in der „UZ“, soweit ich mich an die letzten Jahre erinnere, nie etwas zur Haltung von „offensiv“ gelesen.²¹ Das sehe ich schlicht als

²¹ Auf die frühen Jahre („offensiv“ wurde 1993 als Journal der PDS Hannover gegründet und ich begann einige Zeit später Zeit für die Zeitschrift zu schreiben) trifft das nicht zu. Ich hatte,

eine Tendenz des Sektierertums. Kann man es sich wirklich leisten, einfach rund 1.000 Leser von „offensiv“, viele junge, aufgeschlossene Menschen, auf unterschiedenen antiimperialistischen Positionen und dem Kommunismus zugewandt, so zu ignorieren?

Und wenn sich bei ihnen Symptome einer „Kinderkrankheit im Kommunismus“ (Lenin) zeigen, ist das wohl als ein kleineres Übel zu sehen.

Zumal es grotesk wird, wenn „offensiv“ ein Stand auf dem Pressefest wegen der ihr vorgehaltenen Kritik an revisionistischen Erscheinungen verweigert wird, während gleichzeitig die nun tatsächlich übelste opportunistische Positionen beziehende Spalterfraktion um Leo Meyer offen ihr Unwesen treiben konnte. Die Auseinandersetzung mit der Fraktion ist im Gange und ich verstehe - was bei „offensiv“ wohl nicht so erkannt wird -, dass hier besonnen und überlegt vorgegangen werden muss, damit Entscheidungen, die sicher zu Parteiausschlüssen führen müssten, von einer Mehrheit in der Partei getragen werden.

Nötig ist in diesem Zusammenhang ein Wort zum „RotFuchs“, dessen Rolle als wirksames Publikationsorgan von Kommunisten und Sozialisten und seiner marxistischen Bildungsarbeit unbestritten ist.²² Als seinerzeit RF-Chefredakteur Klaus Steiniger in unglaublicher Weise Frank Flegel wie auch den Chefredakteur von „Geheim“, Michael Opperskalski, als „Agenten des Imperialismus“ diffamierte, sah die „UZ“ keinen Anlass, sich zu diesen Äußerungen, die an dunkle Seiten unserer Parteigeschichte erinnerten, zu äußern.²³ Die DKP-Zeitung hat sich auch geweigert, dazu von mir eine Stellungnahme zu bringen.²⁴ Auch dass Klaus Steiniger zum Beispiel die objektive

so auch bei Pressefesten der „UZ“, den Eindruck, dass es damals ein durchaus freundschaftliches Verhältnis einer guten Zusammenarbeit mit der DKP gab. Bis Anfang der 2000er Jahre war „offensiv“ auch in Dortmund mit einem Stand beim UZ-Pressefest vertreten und wurde auch zu DKP-Parteitag akkreditiert. Dieses Verhältnis endete, als die PDS „offensiv“ die Herausgebererschaft entzog und die Zeitschrift ein Herausbergremium bilden musste. Also, das sind durchaus Gesichtspunkte, die man in der „UZ“/DKP, bei einer Wertung der Entwicklung der Beziehungen zu „offensiv“ und den Ursachen des Bruchs in Betracht ziehen sollte/müsste.

²² Siehe dazu meinen Beitrag: „Die kommunistische Bewegung in Deutschland nach der sozialistischen Niederlage 1989/90“, in der italienischen kommunistischen Zeitschrift „Ernesto“, Ausgabe Oktober 2010.

²³ Die Diffamierungen wurden erst nach Ankündigung juristischer Schritte seitens eines der Betroffenen eingestellt.

²⁴ Ich war seit Gründung 2001 bis 2005 Vorsitzender des Vereins als Herausgeber des Rot-Fuchs, bis ich wegen ernster Verstöße des Chefredakteurs gegen die Satzung und generell der Missachtung von demokratischen Grundsätzen durch Mitglieder des Vorstandes zurückgetreten

anstehende Führungsrolle der Arbeiterklasse durch die DKP im revolutionären Kampf ablehnte, war für die „UZ“ kein Grund zur Kritik.

Als Autor. der regelmäßig wie in der „jungen Welt“ auch für die „UZ“ und „offensiv“ über Italien, darunter über ihre Linke und die kommunistische Bewegung berichtet, sei mir schließlich gestattet, beide Seiten zu fragen, ob da auch einmal über Schlussfolgerungen und Lehren, die sich hier zwangsläufig anbieten, nachgedacht wird.²⁵ Dabei wird man auch darauf stoßen, dass die heutige tiefe Krise der kommunistischen Bewegung, die dort, ähnlich wie bei uns, inzwischen zur Spaltung in drei KPs geführt hat, ausgelöst wurde durch den unter IKP-Generalsekretär Enrico Berlinguer in den 1970er Jahren unter dem so genannten Eurokommunismus eingeschlagenen revisionistischen Kurs. Genau diese Linie will Leo Meyer in der DKP durchzusetzen.²⁶

In diesem Kontext sei auf die Aktivitäten des führenden kommunistischen Philosophen Professor Domenico Losurdo, Präsident der Internationalen Gesellschaft für dialektisches Denken, verwiesen, der ein Beispiel gibt, wie man auf marxistisch-leninistischen Positionen, gepaart mit der Toleranz, wie sie Antonio Gramsci gegenüber linken Verbündeten vermittelte, für das Zustandekommen eines einheitlichen Handelns von Kommunisten als Grundlage des Zusammenwirkens von Linken im antiimperialistischen Kampf wirkt.²⁷

bin. Klaus Steiniger hatte u. a. abgelehnt, der in der Vereinssatzung festgelegten Verpflichtung, eine Redaktion zur Leitung der Zeitschrift zu bilden, nachzukommen. Im Widerspruch zur Satzung billigte eine knappe Mehrheit des Vorstandes sein Verhalten. Auf ihren Antrag strich die Vollversammlung des Vereins anschließend den Passus aus der Satzung. Ein Antrag Steinigers, sich von der Versammlung zum Chefredakteur wählen zu lassen, wurde dagegen abgelehnt und er danach weiter durch den Vorstand eingesetzt. Nach seinem Tod im April 2016 hat der Vorstand des RF stillschweigend eine Redaktion eingesetzt.

²⁵ Siehe zuletzt meine Beiträge „Nicht mehr von Bedeutung. Rifondazione Comunista und die Folgen einer opportunistischen Politik“, in „UZ“, 6. Januar 2017, und „Gescheitert auf dem Weg der Hoffnung. Partei der Rifondazione Comunista vor dem Scherbenhaufen ihrer opportunistischen Politik“, „offensiv“, Januar-Februar 2017. Solche Beiträge müssten eigentlich auch anregen, in der DKP einmal darüber nachzudenken, ob und wie man dazu beitragen kann, das Verhältnis zur KPD in vernünftige Bahnen zu lenken.

²⁶ Mit dieser revisionistischen Konzeption hat sich der stellvertretende Vorsitzende der DKP Hans Peter Brenner in dem Beitrag „Wiederbelebung eines politischen Leichnams? Der ‚Eurokommunismus‘“ in der Zeitschrift „Theorie und Praxis“ (T&P), 11. Oktober 2014, auseinandergesetzt.

²⁷ Siehe den von Losurdo mit initiierten Appell für kommunistische Einheit www.ricostruierepc.it, dazu auch meinen Beitrag „Appell für kommunistische Einheit. Italiens

Dazu hatte sich auch schon der 2011 verstorbene Italienkenner und eng mit Losurdo zusammenarbeitende Hans Heinz Holz in einer Studie „Antonio Gramscis Parteitheorie“ geäußert.²⁸

Gerhard Feldbauer

Diese Anmerkungen habe ich der „UZ“ vorab zur Kenntnisnahme übermittelt.

Erika Beltz, Laura Mulch, Tobias Salin, Michael Beltz, Gernot Linhart: Gegen die antimonopolistische Strategie

Die Vorstellung einer antimonopolistischen Strategie/Demokratie (AMS bzw. AMD) war von Anbeginn an bestimmte Bedingungen geknüpft. Im von Willi Gerns und Robert Steigerwald verfassten Buch „Probleme der Strategie des antimonopolistischen Kampfes“ (Verlag Marxistische Blätter 1973) heißt es:

„In der gegenwärtigen Situation des weltweiten Klassenkampfes, die gekennzeichnet ist durch den Kampf der beiden Weltsysteme, der Befreiung der ehemaligen Kolonien, die Schwächung oder den Sturz der imperialistischen Herrschaft in einer Reihe von Ländern und durch die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in den Hochburgen des Kapitals, gehen sie davon aus, dass sich eine neue Möglichkeit der Entwicklung zum Sozialismus herausgebildet hat: Die Errichtung einer antimonopolistischen Demokratie...“

Auch damals war die AMD nicht unumstritten, weil die konkrete Machtfrage diffus blieb und das Gewaltpotential der Herrschenden unterschätzt wurde. Zum Beispiel war damals schon bekannt, dass in den imperialistischen Zentren paramilitärische Geheimorganisationen der NATO, CIA etc. wie beispielsweise „Gladio“ bestehen, die im Falle der Gefährdung der Macht und Herrschaft des Kapitals eingreifen würden.

Mittlerweile haben wir dafür sogar den Einsatz der Bundeswehr im Innern. Heute existiert nicht nur keine einzige dieser im Buch genannten drei Bedingungen mehr, sondern – im Gegenteil – sind Arbeiterklasse und kommunistische Parteien so schwach wie noch nie. Der Klassenkampf findet von oben statt, während die arbeitenden Menschen in schweren Abwehrkämpfen ihre soziale Lage zu verteidigen su-

Linke will an Lenin und Gramsci anknüpfen. Beratungen über breites Bündnis“, in „jW“ 31. Januar./1.Februar 2015.

²⁸ „jW“, 2. und 3. Mai 2007.

chen – weit entfernt von wirklichen Verbesserungen. In der BRD, 15 Jahre nach der Einführung von Hartz IV, findet nicht einmal das statt.

In dieser Situation sollte es unsere vordringliche und wichtigste Aufgabe sein, den Klassencharakter des Systems aufzuzeigen, Klassenbewusstsein zu schaffen und die Arbeiterklasse zu organisieren. Dazu brauchen wir ein bundesweit organisiertes Herangehen, was darauf ausgelegt ist, dass all unsere Mitglieder raus auf die Straßen, rein in die Betriebe und Wohngebiete, in Gewerkschaften und Schulen gehen und dort Kämpfe gemeinsam mit der Arbeiterklasse organisieren und führen. Dabei gilt es, Erfahrungen zu sammeln und daraus gemeinsam eine Analyse zu erarbeiten, aus der eine wirklich revolutionäre Strategie erwachsen kann. Eine Diskussion über generelle Bündnisfähigkeit der Mittelschichten und nichtmonopolistischer Kapitalvertreter (die vereinzelt in Form einer taktischen Zusammenarbeit möglich sein können) steht dem diametral gegenüber, ist eindeutig kontraproduktiv, ignoriert die Kräfteverhältnisse, verbreitet Illusionen und schadet letztlich dem notwendigen Klassenkampf. Die in der AMS vorgesehene Schwerpunktsetzung auf irgendwelche Bündnisse von Oben, Stimmenfang bei nichtmonopolistischen Kapitalisten, nicht erreichbaren Übergangsforderungen, Verschweigen des notwendig revolutionären und gewaltsamen Bruchs... ist irreführend und nicht zuträglich, die Arbeiterklasse zu organisieren.

Begriffe wie „Übergangsforderungen“ sorgen für zusätzliche Verwirrung, indem sie einen nicht allzu fernen „Übergang“ suggerieren, wobei deren Einordnung in die Dialektik von Reform und Revolution unklar bleibt. Auch die wiederholte Beteuerung, wir Kommunisten suchten den „günstigsten Weg zum Sozialismus“ ist derzeit nicht nur vollkommen weltfremd, sondern setzt voraus, dass es mehrere Wege zum Sozialismus gäbe (auch „friedliche“?), unter denen man wählen könne.

Solche Debatten im luftleeren Raum sind nicht zielführend. Wir brauchen Diskussionen, die unsere Mitglieder qualifizieren. Fragen und Probleme, die die Arbeiterklasse beschäftigen, müssen marxistisch analysiert werden, um ihr Antworten und Lösungen zu liefern und ihre Probleme auf die Eigentumsfrage/Systemfrage zu lenken, so entwickelt sich nicht nur Klassen- sondern auch revolutionäres Bewusstsein.

Dazu benötigen wir einen Rahmen, in dem wir als Partei die gemachten Erfahrungen und das gewonnene Wissen zusammentragen und verallgemeinern können, um daraus eine revolutionäre Strategie zu entwickeln. Dieser Rahmen kann nicht zustande kommen, wenn es keine Parteidisziplin, kein einheitliches Handeln und keine gemeinsame Diskussion gibt.

Redaktion offen-siv: Kurze Anmerkung zur Veröffentlichungspolitik der DKP bezüglich der Strategiedebatte um die antimonopolistische Demokratie

In der UZ, Zeitung der DKP, waren am 10.3. zwei Seiten „an Zuschriften zur Verteidigung des Konzepts der Antimonopolistischen Demokratie“ (UZ, 10. 03 2017, S. 1) zu lesen als Reaktion auf einen Artikel von Björn Blach und Paul Rodermund, der zwei Wochen zuvor erschienen war.

Auf den genannten beiden UZ-Seiten ist viel die Rede von Selbstüberschätzung, Sektierertum, auf Falschmeldungen beruhender Fundamentalkritik, Empörung, Verwunderung usw. bezüglich des Artikels von Blach und Rodermund.

Und der Parteivorsitzende Patrick Köbele wird dort wie folgt zitiert (UZ, 10. März 2017, S. 12/13): *„Bei alledem wollen wir als Sekretariat aber auch nicht verbergen, dass wir uns einig sind, dass es uns entsprechend der Programmatik der DKP um eine Strategieentwicklung auf der Grundlage der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus geht. Wir halten die strategische Grundlinie, wie sie unser Programm entwickelt, für richtig. Wir sind der Meinung, dass die Partei mit ganzer, gemeinsamer Kraft darum ringen muss, die derzeitige Kampfetappe, in der wir uns befinden, möglichst genau zu bestimmen. Und wir sagen auch offen: Ja, da haben wir Defizite. Wenn dem nicht so wäre, würden wir als Partei eine andere Rolle in Klassenkämpfen spielen. Aber bei diesem Ringen verfolgen wir ein Ziel: die antimonopolistische Strategie nicht zu entsorgen, sondern auf die Höhe der Zeit zu bringen. ...“*

Interessant ist der Unterschied in der Wortwahl:

Die Redaktion der UZ spricht von der „antimonopolistischen Demokratie“, der Parteivorsitzende Köbele von der „antimonopolistischen Strategie“.

Gemeint ist das Gleiche, nämlich Chruschtschows Chimäre vom parlamentarischen Weg zum Sozialismus, aber die Wortschöpfung „antimonopolistische Strategie“ verbirgt geschickt den wahren Gehalt der Losung.

Und dabei ist es gleichgültig, ob das mit Absicht geschieht oder nicht.

Georgios Marinos, Mitglied des Politbüros des ZK der KKE: Auszüge aus dem Abschluss der Arbeiten des Europäischen Kommunistischen Treffens 2017

Heute verwirklichten wir mit der Teilnahme von 41 kommunistischen Parteien das erste gemeinsame Massentreffen der KP's zum 100-jährigen Jubiläum der großen Sozialistischen Oktoberrevolution.

Und das ist ein positiver Faktor. Es werden viele Veranstaltungen folgen und wir haben die Pflicht dabei in der ersten Reihe zu stehen, die Revolution zu ehren, die den Lauf der Geschichte veränderte und gleichzeitig der Realität unserer Schwächen ins Auge zu blicken, den ideologischen, politischen und organisatorischen Mängeln, die wir haben. Wollen wir mit dem antworten, was wir jeden Tag in unserem Land tun? Mit dem, wie wir zur Entwicklung des Klassenkampfes beitragen? Und in jeder Partei, die an die sozialistische Revolution glaubt, muss ein Schritt voran in Richtung Neuorganisation der europäischen und internationalen kommunistischen Bewegung unternommen werden, indem sie sich grundlegende Elemente aus der Erfahrung der Bolschewiki aneignet. Darum geht es.

Zum Aufbau einer revolutionären Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus

Wir müssen unsere Aufmerksamkeit besonders auf die Organisation einer revolutionären Partei richten, basierend auf dem Marxismus-Leninismus, den Grundsätzen des Klassenkampfes, mit starken Bindungen an die Arbeiterklasse und die einfachen Volksschichten, mit Organisationen in den Fabriken, in den strategischen Branchen und an den Arbeitsstätten. Wir müssen eine Partei mit revolutionärer Linie aufbauen, die die Beteiligung an der Verwaltung des Systems ablehnt, die bewusst und organisiert gegen die Monopole und das ausbeuterische System kämpft, gegen die EU und NATO und gegen jedes imperialistische Bündnis, für den Sturz der kapitalistischen Barbarei. Wir müssen eine Partei aufbauen, die den Kampf der Arbeiterklasse, der Volksschichten organisiert, bei jedem Problem, auf der Grundlage der heutigen Bedürfnisse des Volkes, bei der Arbeit, Gesundheit, Bildung etc., indem wir Kräfte konzentrieren, ausbilden und vorbereiten, die die Fähigkeit haben, unter den Bedingungen einer revolutionären Situation den komplexen Anforderungen des Klassenkampfes für die sozialistische Revolution zu entsprechen. Wir müssen eine Partei aufbauen, die dem bürgerlichen und opportunistischen Druck standhält, den Seitenhieben der Sozialdemokratie und den parlamentarischen Illusionen. Gleichzeitig muss sie eine Partei sein, die Schwierigkeiten standhält, den Verfolgungen jeder Form der bürgerlichen Diktatur, dem Faschismus, dem imperialistischen Krieg und die unter all diesen Umständen für die Arbeiterherrschaft kämpft.

Die bürgerlichen und opportunistischen Kräfte greifen die kommunistischen Grundregeln an, versuchen den Kampf für den Sozialismus zu untergraben und abzuschaffen, indem sie sogenannte linke verwalterische Ersatzlösungen sogenannter linker Regierungen auf der Grundlage des Kapitalismus benutzen.

Ein wichtiges Kriterium ist, dass zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Russland, in einem Land mit einem gewissen Maß an Entwicklung des Kapitalismus und einem großen ländlichen Element, der Charakter der Revolution sozialistisch war.

Die sozialistische Revolution löste den Grundwiderspruch des Kapitalismus, den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit und hob die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen auf. Deshalb müssen wir heute um ein vielfaches anspruchsvoller werden in Bezug auf den Charakter der Revolution, und unsere Diskussionen in diesem Zeitraum müssen sehr fruchtbar und wesentlich sein, um chronische Probleme der kommunistischen Bewegung zu lösen, Probleme, die anstatt uns vorwärts zu treiben, uns zurückdrängen.

Lenin hatte einen Schritt nach vorne gemacht, postulierte die Position der Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft, die eine Position angepasst an die Bedürfnisse des Kampfes gegen den Zarismus war, und stellte mit den Thesen vom April 1917 das Thema des Kampfes um die Macht und ihres Übergangs an die Sowjets ins Zentrum. Dies ist ein qualitativer Schritt nach vorne. Lenin bekämpfte das Konzept der Beteiligung und Unterstützung bürgerlicher Regierungsverwaltung, führte einen harten Kampf gegen die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre, gegen Kerensky, auch als viele Kräfte die Bolschewiki aufforderten, sich der bürgerlichen Verwaltung zu unterwerfen. Lenin legte großes Gewicht auf das gesellschaftliche Bündnis der Arbeiterklasse mit der armen Landbevölkerung und anderen armen Bevölkerungsschichten und das ist für uns Vermächtnis.

Eine Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus

Das zentrale Element, das die Entwicklungen durchzieht, ist der Charakter unserer Zeit. Es ist eine Zeit, die die Notwendigkeit eines Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus ausdrückt, und diese Epoche wurde von der großen sozialistischen Oktoberrevolution eingeläutet, und ihre internationale Bedeutung ist enorm. Und diese Notwendigkeit manifestiert sich heute auf mehreren Ebenen in den Sackgassen dieses ausbeuterischen Systems. Durch Arbeitslosigkeit, Armut, Elend, Drogen, Prostitution, imperialistische Kriege, Flüchtlings- und Einwanderungsproblematik.

Sie ist eine Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus - Kommunismus, weil das Ausbeutungssystem im seinem höheren, dem imperialistischen Stadium, die Stelle des Feudalismus eingenommen hat, als dieser in Frage gestellt und von den bürgerlichen Revolutionen in den vergangenen Jahrhunderten gestürzt wurde.

Denn die Bourgeoisie wird immer reaktionärer und die Monopole, also die großen Aktiengesellschaften, verschärfen und verschärfen weiterhin den Grundwiderspruch des Systems zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und Arbeit und der kapitalistischen Aneignung ihrer Ergebnisse. Die Arbeit von Hunderten von Millionen von Arbeitern und Arbeiterinnen, von Lohnabhängigen wird zu Gewinn und Reichtum für eine kleine Minderheit von Kapitalisten, die die Produktionsmittel besitzen. Dieser Gegensatz ist gereift und kann durch den Klassenkampf aufgelöst werden, der treibenden Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung. Er kann mit der sozialistischen Revolution und Aufbau gelöst werden.

Es ist nötig, dass dieses entscheidende Element in der Kommunistischen Partei, der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten den subjektiven Faktor speist. Das macht unsere Arbeit aus, alltäglich, zur Formung des politischen Klassenbewusstseins.

Die Verteidigung des Sozialismus

Heute, wo die Verleumdung des Sozialismus wütet, wo der Antikommunismus alle ideologisch-politischen Kanäle des faulen kapitalistischen Systems durchdringt und zur offiziellen Ideologie der EU wurde, heute, wo die bürgerlichen und opportunistischen Kräfte alle Mittel aufwenden, um die Rolle der großen sozialistischen Oktoberrevolution zu schmälern und den enormen Beitrag der Sowjetunion und des sozialistischen Systems verleumden, sind die Aufgaben der Kommunisten, unserer Parteien sehr ernst, sehr groß. Die Sowjetunion und andere sozialistische Staaten sind Beispiele des proletarischen Internationalismus, von internationaler Solidarität bei den Völkern. Die Leistungen, die Errungenschaften des Sozialismus spielten eine entscheidende Rolle und trugen zum Klassenkampf bei, zum Kampf um die Errungenschaften der Arbeiter- und Volksbewegung in allen kapitalistischen Ländern. Große Leistungen: Das Recht auf Arbeit, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit im Laufe der Jahre, auf Bildung, Gesundheitsvorsorge, Sport, Kultur, soziale Sicherheit, Rentenantrittsalter zwischen 50 und 55 Jahren, was Leistungen von höchster Qualität sind. Es wurden Probleme gelöst, die sich heute im Kapitalismus des 21. Jahrhunderts, mit einem solchen Reichtum, eine solcher Technologie, so einer Entwicklung der Wissenschaft verschärfen und die Lage verschlechtern.

Wir studieren und untersuchen die Ursachen, die Faktoren, die zu der Konterrevolution und zum Sturz des Sozialismus führten genau. Wir konzentrieren unsere Aufmerksamkeit auf die opportunistische Erosion der kommunistischen Parteien, auf die Übertretung der Gesetze, der Prinzipien des sozialistischen Aufbaus und die Verwendung kapitalistischer Werkzeuge, wie Lohnabhängigkeit, Gewinn u.a. Aber wir verteidigen die Sozialistische Oktoberrevolution und die Errungenschaften der Arbeiter in der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern.

Damit Vergleiche mit dem Kapitalismus heute gezogen werden können, mit der Brutalität, die zig-Millionen mit Arbeitslosigkeit schlägt, mit Armut, unversicherter Arbeit, Mängeln in Bildung, Gesundheit, Sozialem, mit einem Rentenaltersalter, das heute, im 21. Jahrhundert, mit einer solchen Arbeitsproduktivität 67 Jahre übersteigt und auf 70 zugeht, mit Millionen von Arbeitslosen auf dem ganzen Planeten.

Wie beurteilen wir die Situation heute?

Wir müssen die Gesetzmäßigkeit des sozialistischen Aufbaus sehen. Es kann keinen Sozialismus geben, ohne dass die Macht in den Händen der Arbeiterklasse ist, man kann den Sozialismus nicht aufbauen, ohne dass die Produktionsmittel vergesellschaftet wurden, es kann keinen Sozialismus mit Monopolen geben, mit riesig großen Finanzgruppen, deren Hauptkriterium der Gewinn ist. Es kann keinen Sozialismus aufgebaut werden mit Anarchie in der Produktion, ohne zentrale, umfassende, landesweite Planung. Und wir sagen das, weil zum Beispiel Chinas Weg, auf den verwiesen wurde, heute keine dieser Bedingungen erfüllt.

Heute, nach der Erfahrung der Konterrevolution, müssen wir angesichts solcher negativer Beispiele, einen Schritt vorwärts machen bei der Vorhersage und Bestimmung der Position der kommunistischen Bewegung.

Wir denken, dass unsere heutige Begegnung hilft in der nächsten Periode Fortschritte zu machen.

Florian Adler: Brief an den Genossen Miclas Lacorn zu seinem Artikel „Was uns Heinz Keßler für den aktuellen Kampf mitgibt“.

Lieber Genosse,

mit großer Aufmerksamkeit habe ich deinen Artikel „Was uns Heinz Keßler für den aktuellen Kampf mitgibt“ in der Januar/Februar-Ausgabe der offen-siv gelesen. Viele deiner Anmerkungen teile ich voll und ganz.

Ein ganz bestimmtes Argument kann ich jedoch nicht ganz nachvollziehen. Im Abschnitt „Das Führen von Klärungsprozessen in der Partei“ schließt du die Einschätzung kommunistischer Parteien und Bewegungen in anderen Ländern im Zuge eines Klärungsprozesses der kommunistischen Kräfte in Deutschland als nicht zielführend aus. Ich finde aber, dass man gerade das intensiver betreiben sollte. Als Mitglied der DKP und der SDAJ bekomme ich von einigen (v.a. älteren) Genossinnen und Genossen nur zu oft zu hören: „Das geht uns nix an...“ Damit ist diese oder jene Strategie der verschiedenen kommunistischen Parteien und Bewegungen gemeint.

Für einen Einigungsprozess ist die Findung der richtigen revolutionären Strategie und Taktik essentiell. Dies hast du auch öfters ausgeführt. Dazu gehört aber meiner Meinung nach auch, sich das Vorgehen anderer kommunistischer Parteien anzuschauen. Gerade die antimonopolistisch-antikapitalistische Strategie (Strategie des Arbeiter- und Volksbündnisses) der Genossen der KKE halte ich dabei für ein geeignetes Vorbild.

Sicherlich hast du Recht mit deinem Einwand, dass die konkreten Abläufe der Klassenkämpfe und die taktischen Manöver der kommunistischen Parteien in den Klassenkämpfen überall verschieden sind. So ist es schließlich auch in Griechenland. Dennoch lassen sich Erfahrungen im Klassenkampf (wie von dir auch erwähnt) durchaus verallgemeinern. Von der Bündnispolitik der KKE und ihrem Organisationsansatz in der Arbeiterklasse können wir uns eine große Scheibe abschneiden (gerade auf die Bündnispolitik der KKE gehst du ja auch selbst ein).

Ich bin der Überzeugung, dass die Organisation der Arbeiterklasse im Kampf für die Diktatur des Proletariats nur über die Schaffung von klassenkämpferischen Vorfeldstrukturen (wie z.B. Zusammen e.V. in Frankfurt) und einer klassenkämpferischen Betriebs- und Gewerkschaftsfront zu meistern ist.

In meinen Organisationen ist man von einer solchen Strategie noch weit entfernt. Momentan finden mehrere größere Diskussionen in der Partei und im Jugendverband statt. So kritisieren viele Genossen – zu Recht – die Konzeption der antimonopolistischen Strategie bzw. Demokratie wie sie die DKP zurzeit verfolgt (du verweist ja auch auf einen wichtigen Text dazu).

Könnten wir in dieser Diskussion nicht auf die Erfahrungen der Genossen im Ausland verweisen, kämen wir kaum voran. Es würde uns an stichhaltigen Argumenten fehlen. So ist es nicht nur interessant sich die KKE (KNE, MAS, PAME etc.) anzuschauen, sondern es lohnt sich für uns auch nach Portugal zu schauen.

Dort beweist die PCP momentan (leider), wie die antimonopolistische Strategie (dort: Erweiterte Demokratie) vielmehr zur Schwächung der Kampfkraft der Arbeiterklasse beiträgt.

Ich bin großer Befürworter eines Einigungsprozesses aller kommunistischen Kräfte in Deutschland in einer revolutionären marxistisch-leninistischen KP. Anders als du sehe ich den besten Ansatz in der DKP bzw. in der SDAJ (darauf näher einzugehen, würde hier allerdings den Rahmen sprengen).

Ich weiß, dass die DKP niemals eine solche Partei (s.o.) sein wird. Dennoch kann und muss sie Teil eines zukünftigen Einigungsprozesses sein. Dafür müssen Kommunisten wie du und ich und auch viele andere Genossen in allen verschiedenen Strukturen

einstehen. Dieser Einigungsprozess wird sehr lang und sehr schwer werden. Dabei werden viele Genossen auf der Strecke bleiben.

Es kann durchaus sein, dass die „Einigungspartei“ am Ende weniger Mitglieder hat, als sämtliche Organisationen vorher zusammen. Hierbei geht Qualität definitiv vor Quantität. Außerdem sollte der Aufbau einer solchen Partei nicht ohne die Schaffung von Klassenbewusstsein in der Arbeiterklasse und deren Organisierung in eigenen klassenkämpferischen Strukturen (s.o.) von statten gehen. Der Einigungsprozess muss also von einer Verbreiterung der Basis in der Arbeiterklasse und in den restlichen verbündeten Volksschichten (Selbständige, Kleinbauern etc.) begleitet werden.

Um auf meinen anfänglichen Einwand zurückzukommen: ein Blick zu den Genossen in anderen Ländern kann durchaus dabei hilfreich sein, unsere eigene revolutionäre Strategie zu finden und uns dabei zu einen.

Mit solidarischen Grüßen, Florian Adler, DKP und SDAJ Mannheim

Nachtrag zum Internationalen Frauentag

Yana: Frau - der Weg aus der Unterdrückung

Existiert heute noch die Unterdrückung der Frauen? Manche sagen – nein, bei dem ganzem Feminismus in der Welt, bei der Tatsache, dass die Mädels längst lernen, studieren und arbeiten dürfen genauso wie Jungs. Vielleicht in Saudi Arabien oder Afghanistan, ja, da kann man sich so etwas noch vorstellen.

Dennoch, wenn wir in die Welt mit offenen Augen schauen, ist das Bild der Geschlechtsungleichheit einfach furchterregend. Es geht nicht nur um „arme muslimische Kopftuchfrauen“, die allerdings wirklich unterdrückt sind, besonders wenn es um radikal-islamische Gruppen und Staaten geht, die von der NATO-Staaten unterstützt werden gegen moderate Regimes wie die von Muammar al Gaddafi oder Baschar al-Assad.

Es geht aber um viel mehr Elend in der Welt, das Frauengesicht hat. So z.B. sind Frauen und Mädchen (selten die Jungen) Opfer von Menschenhandel, die in unsere Zeit unglaubliche Profite bringt. Die Frauen und Kinder werden in Bordelle verkauft, in die Straßenprostitution gedrängt, in Strip-Clubs, für Pornos oder für den Sex-Tourismus mißbraucht. Nach einer UNO-Rechnung (Correspondents in Vienna, 2006) ist der Jahresumsatz der Menschenhandelbranche ca 31 Milliarden US-Dollar.

Mehrere internationale bürgerliche Organisationen verurteilen diese grausamen Praktiken und versuchen diese zu stoppen. Das hat aber bis jetzt nichts gebracht, denn die Branche wächst nur immer weiter. Man kann nicht die genaue Anzahl der verkauften Frauen und Mädchen bestimmen. Die Einschätzungen liegen zwischen 700-900.000 bis zu 1,6 Millionen Menschen pro Jahr (https://www.frauenrechte.de/online/images/downloads/frauenhandel/Daten_und_Fakten_Frauenhandel.pdf). Die Experten meinen, dass der Frauenhandel noch nie in der Geschichte solche Maßstäbe erreicht hatte und noch nie so schnell wuchs. Hier muss man anmerken, dass die BRD auf einer der ersten Positionen unter den Zielländer des Menschenhandels steht. Körperliche und sexuelle Gewalt und Freiheitsentziehung gehören zum normalen Alltag dieser Frauen.

Dazu kommt das „normale“ Elend einer Frau in kapitalistischer Gesellschaft. Selbst in der BRD, wo die Frauen nach der Meinung vieler so „gut“ gestellt sind, sprechen die Zahlen für sich selbst:

Z.B. verdienen im Jahr 2015 die Frauen mit einem durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von 16,20 Euro 21% weniger als Männer (20,59 Euro). (<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VerdiensteArbeitskosten/VerdiensteVerdienstunterschiede/VerdiensteVerdienstunterschiede.html>)

Das wird dadurch erklärt, dass in „Frauenberufen“ (z.B. in sozialem Bereich) weniger bezahlt wird als in „typisch männlichen“, dass Frauen viel öfter in Teilzeit arbeiten und dort auch der Stundenlohn geringer ist. Dazu kommt, dass die Frauen eben diejenigen sind, die Familien- und Berufsleben irgendwie vereinbaren müssen, denn sie tragen ja die Verantwortung für die Kinder.

Frauen bekommen 60 Prozent weniger Rente als Männer. 63 Prozent der Frauen bekommen weniger als 650 € Rente. Unter den Bezieher/innen von Hartz IV ist die Gruppe der alleinerziehenden Mütter besonders groß. (<http://www.frauenbeauftragte.org/armut/aktion/kampagne-gegen-frauenarmut>)

Warum ist das so selbstverständlich, dass Frauen deutlich ärmer als Männer sind, dass Männer sogar Frauenkörper kaufen können? Und das in der Zeiten der „Emanzipation“ und des „Feminismus“?

Engels schreibt in "Ursprung der Familie, Privateigentums und Staates" dazu: "Der Umsturz des Mutterrechts war die weltgeschichtliche Niederlage des weiblichen Geschlechts. Der Mann ergriff das Steuer auch im Hause, die Frau wurde entwürdigt, geknechtet, Sklavin seiner Lust und bloßes Werkzeug der Kinderzeugung. Diese erniedrigte Stellung der Frau, wie sie namentlich bei den Griechen der heroischen und noch mehr der klassischen Zeit offen hervortritt, ist allmählich beschönigt und ver-

heuchelt, auch stellenweise in mildere Form gekleidet worden; beseitigt ist sie keineswegs“.

Und weiter: „So tritt die Einzelehe keineswegs ein in die Geschichte als die Versöhnung von Mann und Weib, noch viel weniger als ihre höchste Form. Im Gegenteil. Sie tritt auf als Unterjochung des einen Geschlechts durch das andre, als Proklamation eines bisher in der ganzen Vorgeschichte unbekanntem Widerstreits der Geschlechter. In einem alten, 1846 von Marx und mir ausgearbeiteten, ungedruckten Manuskript finde ich: "Die erste Teilung der Arbeit ist die von Mann und Weib zur Kinderzeugung." Und heute kann ich hinzusetzen: Der erste Klassengegensatz, der in der Geschichte auftritt, fällt zusammen mit der Entwicklung des Antagonismus von Mann und Weib in der Einzelehe, und die erste Klassenunterdrückung mit der des weiblichen Geschlechts durch das männliche“

Marx und Engels bauten keinerlei Illusionen über wunderbares Familienleben mit Liebe; sie äußern, dass die Familie in einer Ausbeutergesellschaft auch eine Ausbeutungsinstitution ist.

Diese Tatsachen werden von Feministinnen und verschiedenen Laien verschieden erklärt: manche erzählen etwas von der „Idee des Patriarchats“, die anderen führen es auf biologische Tatsachen zurück, z.B. weil Frauen körperlich schwächer sind als Männer (was nur eine statistische Tatsache ist, und nicht unbedingt individuell immer so ist, denn es gibt ja starke Frauen und schwächere Männer). Ein weiterer Erklärungsversuch wird darauf zurückgeführt, dass Frauen einen „Mutterinstinkt“ haben.

Wir als Kommunisten sollen vor allem die ökonomischen Aspekte anschauen.

Was unterscheidet Frauen und Männer ökonomisch?

Marx und Engels beschrieben die verschiedenen Aspekte der kapitalistischen produktiven Arbeit, der Ausbeutung, die dabei entsteht, und die Auswirkung dieser Produktivverhältnisse auf das ganze Leben.

Es gibt auch eine andere Art der Arbeit, die so selbstverständlich und unbemerkbar ist, dass sie nie ernsthaft als Arbeit wahrgenommen wird: das ist die Arbeit an Menschen selbst, im Kapitalismus an der Arbeitskraft selbst, denn der Mensch muss geboren und erzogen werden, er braucht Hilfe und Pflege in verschiedenen Lebenssituationen, wie im Alter und bei Krankheit. Diese bestimmte Art von der Arbeit wird überwiegend von den Frauen geleistet. Es gibt bereits den Beruf der „Familienpflegerin“ mit 2-jähriger Ausbildung, in deren Rahmen die Frauen die Grundsätze von Kinder-, Alten-, Kranken- und Behindertenpflege, Raumpflege, Hauswirtschaft erlernen und danach bei Bedarf die fehlende (z.B. durch Krankheit) Mutter, Frau oder Tochter ersetzen können.

Also jede Mutter und viele Ehefrauen leisten täglich diese Arbeit an Familienpflege, und zwar unbezahlt.

Ausbildung, Studium und Arbeitsleben der Frauen ändern nicht viel an der Tatsache, dass sie weiterhin diese Familienpflegearbeit leisten müssen. Auch die Erleichterungen wie Waschmaschine oder Pampers für das Kind ändern nicht viel: genauso wie bei produktiver Industrie-Arbeit wird der körperliche Teil erleichtert. Die Zeit aber, die die Frau z.B. für die Kinderpflege leistet, bleibt unverändert. Ein kleines Kind (genauso wie ein demenzerkrankter alter Mensch) kann nicht allein gelassen werden, braucht eine Aufsicht und das 24 Stunden, 7 Tage in der Woche. Und die Zeit, die die Frau in diese Familienpflege investiert, ist eigentlich die Zeit, die sie für ihre bezahlte produktive Arbeit, für eigene Entwicklung oder auch für die Erholung benutzen konnte.

Also, der ökonomische Unterschied zwischen Mann und Frau besteht in der unbezahlten Arbeitszeit für die Familienpflege, die von der Frau geleistet wird. Dieser Unterschied führt zu Frauenarmut und auch dazu, dass selbst der Körper und die Sexualität der Frau zu einer Ware werden, die an die reichere Männer verkauft wird. Der kapitalistische Markt verwandelt diesen Handel in eine Profit-Branche.

Wo ist der Ausweg aus dieser Situation? Lenin sah das Ausmaß der Probleme sehr gut und schrieb in seinem Artikel „Die große Initiative“:

„Wir haben tausendmal das Recht, stolz zu sein auf das, was wir auf diesem Gebiet [der Frauenrechte] geleistet haben. Aber je mehr wir den Boden von dem Schutt der alten bürgerlichen Gesetze und Einrichtungen gesäubert haben, umso klarer ist es für uns geworden, dass dies nur die Ebnung des Bodens für den Bau, aber noch nicht der Bau selber ist.

Die Frau bleibt nach wie vor Hausklavin, trotz aller Befreiungsgesetze, denn sie wird erdrückt, erstickt, abgestumpft, erniedrigt von der Kleinarbeit der Hauswirtschaft, die sie an die Küche und an das Kinderzimmer fesselt und sie ihre Schaffenskraft durch eine geradezu barbarisch unproduktive, kleinliche, entnervende, abstumpfende, niederdrückende Arbeit vergeuden lässt. Die wahre Befreiung der Frau, der wahre Kommunismus wird erst dort und dann beginnen, wo und wann der Massenkampf (unter Führung des am Staatsruder stehenden Proletariats) gegen diese Kleinarbeit der Hauswirtschaft oder, richtiger, ihrer massenhafte Umgestaltung zur sozialistischen Großwirtschaft beginnt.

Schenken wir dieser Frage, die theoretisch für jeden Kommunist unbestritten ist, in der Praxis genügend Aufmerksamkeit? Natürlich nicht. Lassen wir den Keimen des Kommunismus, die schon jetzt auf diesem Gebiet vorhanden sind, genügend Fürsorge zuteil? Nein und abermals nein. Öffentliche Speiseanstalten, Krippen, Kindergärten –

das sind Musterbeispiele derartiger Keime, das sind jene einfachen, alltäglichen Mittel, die frei sind von allem Schwülstigen, Hochtrabenden, Feierlichen, die aber tatsächlich geeignet sind, die Frau zu befreien, tatsächlich geeignet sind, ihre Ungleichheit gegenüber dem Mann im Hinblick auf ihre Rolle in der gesellschaftlichen Produktion wie im öffentlichen Leben zu verringern und aus der Welt zu schaffen...“

Hier sehen wir schon einen Ausweg: diese Arbeit in der Familienpflege soll vergesellschaftet werden, sie soll eine sozialistische gemeinsame Arbeit sein.

Wir Kommunisten wissen: nur wenn die Gesellschaft diese unbemerkbare Frauenarbeit als normale, gesellschaftlich notwendige Arbeit behandelt, wird sich etwas verändern.

Der überwiegende Teil der Familienpflege muss vergesellschaftet werden. Die Altenpflege, die Kinderpflege und Kindererziehung sollen von Fachleuten in speziellen Einrichtungen oder auch zu Hause durchgeführt werden (je nachdem). Der Teil dieser spezifischen Arbeit, der nicht vergesellschaftet werden kann (so braucht z.B. ein kleines Kind viel Zuwendung und Muttermilch), soll entsprechend von der Gesellschaft entlohnt, kompensiert und materiell geschätzt werden. Das alles ist nur dann möglich, wenn sozialistische Verhältnisse - also Planökonomie und das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln - eingeführt werden. Fortgeschrittene Ansätze dafür existierten bereits in sozialistischen Ländern wie der Sowjetunion und der DDR. Dort war die Kinderpflege meistens durch Kinderkrippen und – gärten übernommen worden. Der Teil hingegen, der nicht übernommen werden konnte, wurde stark erleichtert: die Frauen bekamen leicht Erziehungsurlaub, Pflegeurlaub, wenn das Kind krank war (er wurde nicht wie heute in der BRD auf lächerliche 10 Tage pro Jahr begrenzt! Das Kind kann auch öfter krank werden, und dann braucht es die besondere häusliche Pflege), die Frauen verloren keinen Anschluss an das berufliche Leben durch die Kindererziehung.

Auf dieser Bahn wird sich auch die zukünftige sozialistische Gesellschaft entwickeln. Die bessere Einbeziehung der Männer in diese Aufgaben ist auch notwendig und kann durch gesellschaftliche Maßnahmen verstärkt werden. Aber diese Maßnahmen sind in der kapitalistischen Gesellschaft nicht durchsetzbar, weil die Kapitalisten von ihren männlichen (also besser bezahlten) Arbeitskräften auch absoluten Einsatz ohne irgendwelche Beschäftigung mit der Familie erwarten. Das wird sich erst dann ändern, wenn es keine Kapitalisten mehr gibt und die Arbeiter für sich selbst entscheiden können!

Mit echter und nicht nur formeller Unabhängigkeit der Frau kommt auch die wahre Gleichberechtigung. Eine Frau mit guter Bildung, Berufstätigkeit und als anerkannter Teil der sozialistischen Gesellschaft ist selbstsicher und lässt sich nicht so einfach von

irgendwem schikanieren, missbrauchen oder schlagen. Sie verkauft nicht ihren Körper und betrachtet sich selbst nicht als kostenlose Bedienungskraft.

Nur die sozialistische Gleichheit wird die Frauen befreien, nicht der gleiche Niedriglohn im Kapitalismus. Nur der Sozialismus und die damit verbundene bewusste Umwandlung der Familienpflege ist ein wahrer Weg zu Befreiung der Frauen!

Diese Artikel ist zuerst in leicht gekürzter Fassung erschienen in „Die Rote Fahne“, Zeitung der KPD. Wir danken Yana für die freundliche Genehmigung zum Nachdruck. (Red. offen-siv)

Cuba

Frank Flegel: Analyse der Wirtschaftsreformen des sozialistischen Cuba, Teil 2

Dieser Artikel besteht aus zwei Teilen.

Der erste Teil: a) allgemeine theoretische Grundlagen; b) konkrete historische Erfahrungen mit dem revisionistischen Rückbau der Planwirtschaft in der Sowjetunion ab 1953 ist in der Ausgabe Nov-Dez 2016 der offen-siv erschienen.

Der zweite Teil erscheint jetzt. Er beinhaltet: a) Darstellung und Einschätzung der Beschlüsse und Maßnahmen der kubanischen Wirtschaftsreformen unter Einbeziehung der vorher dargestellten theoretischen Grundlagen und historischen Erfahrungen; b) Zusammenfassung der Ergebnisse.

Ein paar Worte vorweg: Ich hatte bereits 2010 in der September-Oktober-Ausgabe der offen-siv einen - sehr kurzen - Artikel unter der Überschrift „Ist ein 1989 nicht genug?“ mit einer Einschätzung der geplanten Wirtschaftsreformen in Kuba veröffentlicht, dem wir damals vier Dokumente zur Seite gestellt hatten, nämlich eine Rede Raul Castros vor der Nationalversammlung vom 1. August 2010, einen Artikel von Leticia Martinez Hernandes vom September 2010 aus der Granma namens „Gewerbefähigkeit – Viel mehr als eine Alternative“, eine Stellungnahme des Kubanischen Gewerkschaftsverbandes aus dem gleichen Monat und Textauszüge von Lenin zur Neuen Ökonomischen Politik der Sowjetunion.

Damals wurde ich sehr scharf für diesen Artikel kritisiert. Man warf mir vor, „dem revolutionären Kuba die Solidarität zu verweigern“. Es gab sogar einen Austritt aus

unserem damaligen Herausbergremium wegen dieses Artikels. Es mag manchem mit der hier nun veröffentlichten ausführlicheren Analyse erneut so erscheinen, als übte ich Verrat am revolutionären Kuba. Deshalb seien mir einige klärende Worte gestattet.

Ich verweigere dem revolutionären Kuba keineswegs die Solidarität. Nur kurz erwähnt sei: wir haben über 1.600 Euro an Spenden für Kuba aufgebracht, wir haben zwei Sonderhefte zu Kuba aufgelegt, wir haben Kuba in der offen-siv immer solidarische begleitet.

Eine Aufweichung der Planwirtschaft, ein Einfügen privatwirtschaftlicher Bereiche in die sozialistische Ökonomie, die Ausweitung der Ware-Geld-Beziehung, eine größere Selbstständigkeit der staatlichen Betriebe, eine Dezentralisierung der Planung, das alles sind allerdings Maßnahmen, die genau betrachtet und bewertet werden müssen, vor allem, seit wir die Katastrophe des Sozialismus in Europa 1989/90/91 mit dem vorausgegangenen Rückbau der Planwirtschaft in der Sowjetunion erlebt haben.

Um es nochmal persönlich auszudrücken: Ich bin solidarisch mit dem revolutionären Kuba. Ich würde auch keine privatwirtschaftlichen Bereiche in der sozialistischen Wirtschaft kritisieren, wenn sie zum Überleben notwendig sind (wie in Sowjetrußland nach den Invasionskriegen oder während der Zeit der *periodo especial* in Kuba, und wenn diese Maßnahmen in aller Klarheit durchgeführt werden, wenn sie also als das bezeichnet werden, was sie sind: ein Schritt zurück, der kapitalistische Elemente in das Wirtschaftsleben des sozialistischen Staates einbaut – und nicht verkauft werden als ein Schritt in eine glänzende sozialistische Zukunft. Klingt es so, ist der Revisionismus am Werk. Und mit dem Revisionismus bin ich in keinster Weise solidarisch.

Es ist ganz furchtbar, so etwas im Zusammenhang mit Kuba schreiben zu müssen, unsere Theorie halte ich jedoch nicht für verbiegbar. Ganz im Gegenteil, das Abgehen vom Marxismus-Leninismus hat in der jüngsten Vergangenheit eine unvorstellbare historische Katastrophe hervorgebracht, indem es die Türen für die Konterrevolution in der Sowjetunion und den osteuropäischen sozialistischen Ländern aufgestoßen hat.

Natürlich weiß ich, dass ich Kuba keine Ratschläge erteilen kann. Das ist auch nicht Zweck dieses Artikels. Mir geht es um die Schärfung des Blickes angesichts der ideologischen Schwäche der Linken und der kommunistischen Bewegung seit der Konterrevolution, - wie es Tanassis Spanidis ausdrückte: „Die `China-Frage` (und dem entsprechend auch die `Kuba-Frage`, F.F.) ist somit kein randständiges Problem der kommunistischen Bewegung, sondern die darin auftauchenden Meinungsverschiedenheiten und Unklarheiten sind Ausdruck allgemeiner Probleme in der Theorie und

Praxis der kommunistischen Bewegung“ und zeigen „die weltanschauliche Krise der kommunistischen Weltbewegung“ (offen-siv 5-2016).

Aber nun zur Sache. Den Teil a) „Darstellung und Einschätzung der Beschlüsse und Maßnahmen der kubanischen Wirtschaftsreformen unter Einbeziehung der vorher dargestellten theoretischen Grundlagen und historischen Erfahrungen“ habe ich in drei Abteilungen gegliedert: Die politische Vorbereitung; Der Plan des „Aktualisierungsprozesses“ der Wirtschaft; Die Entwicklung. Ich habe sehr viel mit Quellen und Zitaten gearbeitet, wohl wissend, dass das die Lesbarkeit nicht verbessert, aber hier schien mir eine an Quellen abgesicherte Argumentation unerlässlich. Der Teil b) „Zusammenfassung der Ergebnisse“ ist, wie der Titel schon sagt, eine Zusammenfassung und deshalb wesentlich kürzer.

a) Darstellung und Einschätzung der Beschlüsse und Maßnahmen der kubanischen Wirtschaftsreformen

Die politische Vorbereitung:

„In Übereinstimmung mit der am 24. Februar 2008 auf der konstituierenden Sitzung der Nationalversammlung der Poder Popular vom Präsidenten des Staats. Und Ministerrates, Armeegeneral Raul Castro Ruz, aufgeworfenen Aufgabenstellung, dass 'heute eine kompaktere und effizientere Struktur mit weniger Organen der zentralen Staatsverwaltung und einer besseren Verteilung ihrer Funktionen' notwendig sei, Beschloss der Staatsrat auf Vorschlag seines Präsidenten und nach Beratung mit dem Politbüro des ZK der Partei in der am heutigen Tag abgehaltenen Versammlung die folgenden personellen Änderungen und Umstrukturierungen der Organe der zentralen Staatsverwaltung vorzunehmen: Der Genosse Luis Rodriguez Garcia wird vom Amt des Vizepräsidenten des Ministerrates und Minister für Wirtschaft und Planung befreit. ... Der Genosse Otto Riveros Torres wird von seiner Verantwortlichkeit als Vizepräsident des Ministerrates befreit. ... Der Genosse Raul de la Nuez Ramirez wird von seiner Verantwortlichkeit als Minister für Außenhandel befreit. ... Die Genossen Alejandro Roca Iglesias und Alfredo Lopez Valdes werden von ihren Ämtern als Minister für Ernährungs- und Fischereiwirtschaft befreit. ... Der Genosse Felipe Perez Roque wird von seiner Verantwortung aus Außenminister befreit. ... Die Genossin Barreiro Fajardo wird vom Amt der Ministerin für Finanzen und Preise befreit. ... Der Genosse Fernando Acosta Santana wird vom Amt des Ministers für Metallverarbeitende Industrie befreit. ... Der Genosse Alfredo Morales Cartaya wird

vom Amt des Ministers für Arbeit und Sozialversicherung befreit. ... Der Genosse Carlos Lage Davila wird von seinem Amt als Sekretär des Ministerrates befreit.“²⁹

Das gleicht einer ziemlich umfassenden Neubesetzung der Ministerien. Nun werden die bis dahin sich im Amt Befundenen ja weder alle gleichzeitig schwer krank oder zu alt geworden noch plötzlich von gemeinsamer Verblödung befallen worden sein, sprich es kann sich hier nicht um eine normale Form des Ersatzes des einen Kadere durch einen anderen, jüngeren handeln. Manche meinten damals, es seien die Fidel-Anhänger entfernt und durch Raul-Anhänger ersetzt worden. Da ich keinen Einblick in die Interna der KP Kubas habe, kann ich das nicht einschätzen. Die Schärfe, mit der Raul Castro die Existenz von Auseinandersetzungen über die neue Wirtschaftspolitik abstreitet, deutet aber darauf hin, dass es sie gab und wahrscheinlich noch immer gibt. Raul Castro erklärte am 1. August 2010, dass es manche Berichtersteller gäbe, die „... *in schriller Übertriebenheit die Bekanntgabe mutmaßlicher Reformen in unserem ökonomischen und sozialen System sowie die Anwendung von kapitalistischen Rezepten zur Neuordnung der Wirtschaft vorwegnahmen; wobei einige sich sogar soweit vorwagten, die Existenz eines Kampfes zwischen verschiedenen Linien in der Führung der Revolution zu beschreiben.*“³⁰

Ich kann nur sagen, dass ich es für sehr unwahrscheinlich halte, dass solch tiefgreifende Veränderungen der Ökonomie, Veränderungen, die, wie wir sehen werden, den Charakter der kubanischen Wirtschaft als einer Planwirtschaft nicht nur stark gefährden, sondern auf die Dauer zerstören werden, ohne Widerspruch, Auseinandersetzungen und Machtkämpfe ablaufen.

Der Plan des „Aktualisierungsprozesses“ der Wirtschaft

„Arbeit auf eigene Rechnung“, Familienbetriebe und Kooperativen

Es geht darum, die Belegschaften in den staatlichen Betrieben zu verkleinern. Es soll ein Teil der Entlassenen zu eigenständigen Gewerbetreibenden werden, ein weiterer Teil zu selbstständigen Bauern bzw. zu Mitgliedern landwirtschaftlicher Kooperativen. Dazu Raul Castro im Rechenschaftsbericht beim 6. Parteitag der KP Kubas am 29. April 2011 sowie ein Auszug aus einem Artikel von André Scheer vom August

²⁹ Granma internacional, März 2008, „Amtliche Bekanntmachung“, ohne Datumsangabe (im Text kommt vor: „am heutigen Tage abgehaltene Versammlung...“, diese bleibt im Artikel aber undatiert)

³⁰ Granma internacional, Oktober 2010, Raul Castro, „Rede vor der Nationalversammlung am 1. August 2010“

2010 aus der „jungen Welt“ und einen zweiten Auszug aus einem Artikel aus der Granma internacional über eine Tagung der Parteihochschule vom Dezember 2010:

„Dieses Prinzip (der Sozialfürsorge für Bedürftige, F.F.) behält voll Gültigkeit bei der Neuordnung der Arbeitskräfte, die schon im Prozess ist, um die aufgeblasenen Belegschaftszahlen im staatlichen Bereich unter strikter Einhaltung der bewiesenen Eignung zu vermindern. Dieser Prozess wird weitergehen, ohne Eile, aber ohne Pause, und sein Rhythmus ist durch unsere Fähigkeit bestimmt, die erforderlichen Voraussetzungen für seine völlige Entfaltung zu schaffen. Einen Beitrag hierfür muss unter anderen Faktoren die Erweiterung und Flexibilisierung der Arbeit in nichtstaatlichen Bereichen leisten. Diese Art der Beschäftigung, die seit vergangenem Oktober bis jetzt über 200.000 Kubaner begonnen haben, womit sich die Anzahl der selbstständigen Erwerbstätigen verdoppelt hat, stellt eine Arbeitsalternative auf der Grundlage der gültigen Gesetzgebung dar und muss deshalb die Unterstützung, Rückendeckung und den Schutz der Behörden auf allen Ebenen erhalten. ...Die Zunahme des nichtstaatlichen Sektor der Wirtschaft – weit davon entfernt, eine angebliche Privatisierung des gesellschaftlichen Eigentums zu bedeuten, wie einige Theoretiker behaupten – ist dazu berufen, zu einem Faktor zu werden, der den Aufbau des Sozialismus in Kuba erleichtert...“³¹

„Ausgedehnt werden soll die Arbeit auf eigene Rechnung, die so zu einer Beschäftigungsalternative für erwerbslos werdende Angestellte werden soll. Zahlreiche Verbote sollen aufgehoben und die Möglichkeit zur Anstellung von Arbeitskräften ‚flexibilisiert‘ werden.“³²

„Zu Beginn der Debatte und angesichts der Beunruhigung mehrerer Teilnehmer in Bezug auf die Schaffung von Kooperativen in anderen Sektoren (als in der Landwirtschaft, F.F.) kommentierte der kubanische Wirtschaftsminister Murillo: ...Das Wirtschaftsmodell zu aktualisieren umfasse auch, mehrere gesetzliche Vorschriften zu ändern. Murillo war der Ansicht, dass die Kooperativen in die Kleinindustrie, in den Dienstleistungsbereich passten, `denn es gibt Dinge, die mit staatlichen Formeln nicht funktionieren.‘“³³

³¹ Rechenschaftsbericht an den 6. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas, vorgestellt von Raul Castro, Digital Granma internacional, 29. 04. 2011

³² jW, 03.08. 2010, „Kurskorrektur. Kubas Präsident Raul Castro kündigt `strategischen Wandel‘ an“ von André Scheer

³³ Granma internacional. Dezember 2010, „In diesem Prozess entscheidet das Volk“ von Yalma Puig Meneses und Leticia Martinez Hernandez über eine viertägige Tagung in der Parteihochschule über den Entwurf der neuen Leitlinien der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Größere Eigenständigkeit der Betriebe und regionale Selbstständigkeit, Plan und Markt

Bei marktwirtschaftlichen „Reformen“ im Sozialismus geht es natürlich immer um die Beschneidung der Kompetenzen der Planungsbehörden, um Dezentralisierungen und um eine größere „Eigenständigkeit der Betriebe“. So auch in den Plänen zur „Aktualisierung des Wirtschaftsmodells“ in Kuba. Dazu hier Auszüge aus dem eben schon zitierten Artikel über die Tagung der Parteihochschule und aus der ebenfalls bereits zitierten Rede Raul Castros beim 6. Parteitag:

„Unter anderen Themen wurde die Vergrößerung der Befugnisse der Betriebe untersucht, was – wie im Seminar erläutert wurde – synonym für mehr Verantwortung ist. Diesbezüglich wurde geklärt, wie die Grundsteuer, die die Betriebe zahlen werden, von den örtlichen Verwaltungsräten (CAM) erhoben werden wird, um die Entwicklung der Ortschaft zu unterstützen. Dazu hatte Raul am ersten Tag des Seminars die Entscheidung mitgeteilt, den örtlichen Verwaltungsräten mehr Befugnisse zu übertragen, um die territoriale Entwicklung zu fördern.“³⁴

„Das volle Verständnis dieser Konzeption wird uns befähigen, mit Solidität und ohne Rückschläge die allmähliche Dezentralisierung der Befugnisse voranzubringen, und zwar von der zentralen Regierung auf die örtlichen Verwaltungen, von den Ministerien und anderen nationalen Institutionen zugunsten der zunehmenden Autonomie des staatlichen sozialistischen Betriebes. Das übermäßig zentralisierte Modell, das gegenwärtig unsere Wirtschaft kennzeichnet, muss geordnet und diszipliniert unter Teilnahme der Werktätigen in ein dezentralisiertes System überführt werden, in dem die Planung als sozialistisches leitungsmerkmal vorherrschen wird, das aber die auf dem Markt bestehenden Tendenzen nicht übersehen wird, was zur Flexibilität und zur ständigen Aktualisierung des Planes beitragen wird.“³⁵

Ich wiederhole: das „übermäßig zentralisierte Modell“ soll in „dezentrales System überführt werden.“ Beeindruckend finde ich dabei die Wortwahl: die zentrale Planwirtschaft erscheint hier als ein „Modell“, neben dem es natürlich auch andere gibt, und dieses Modell hat einen Fehler: den Zentralismus. Interessant wäre es, wenn wir darüber aufgeklärt würden, was daran denn falsch sein soll. Aber ich habe dafür keine Begründung in den mir zur Verfügung stehenden Quellen gefunden.

³⁴ Granma internacional. Dezember 2010, „In diesem Prozess entscheidet das Volk“ von Yalma Puig Meneses und Leticia Martinez Hernandez über eine viertägige Tagung in der Parteihochschule über den Entwurf der neuen Leitlinien der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

³⁵ Rechenschaftsbericht an den 6. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas, vorgestellt von Raul Castro, Digital Granma internacional, 29. 04. 2011

Wohin es statt Planwirtschaft gehen soll, bestimmt Blanca Rosa Pampin, Vizepräsidentin der Nationalen Assoziation der Ökonomen und Buchhalter Kubas, recht genau:

„Es geht darum, unseren Sozialismus zu perfektionieren, den Sozialismus des 21. Jahrhunderts zu schaffen. Denn wir befinden uns heute im 21. Jahrhundert, und der Sozialismus muss der Zeit angemessen sein. Wir werden weiter Planwirtschaft haben, aber mit einer flexibleren Planung. Wir müssen den Markt berücksichtigen, denn der Markt existiert. ... Wir haben bestimmte Prinzipien. 68 Prozent der bebauten Ländereien Kubas sind in den Händen landwirtschaftlicher Kooperativen, während der Staat selbst sehr wenige Ländereien besitzt. Weiter fördern wir die selbstständige Arbeit auf eigene Rechnung, der bereits 35 Prozent unserer Arbeiter nachgehen. ... Wir fördern die Schaffung von Kooperativen in Bereichen, die über die Landwirtschaft hinausgehen, so bei den Dienstleistungen, z.B. Friseurgeschäften oder Handwerkern. Es gibt keinen Grund, warum der Staat einen Teil seiner Energie für solche Aufgaben einsetzen sollte.“³⁶

Es soll also eine flexible Planung geben (was immer das sei) und man muss den Markt berücksichtigen. Das Beste ist die Begründung für die Notwendigkeit, den Markt zu berücksichtigen: „...denn der Markt existiert“. Das nennt man glaube ich eine Tautologie: Erst schafft man den Markt, indem man Lebensmittel, kleine und mittlere Produktionsmittel, Dienstleistungen usw. privatisiert (näheres dazu weiter unten) und begründet das Geschaffene damit, dass es existiert. Ebenso unvorstellbar ist die Begründung für private Kooperativen im nicht-landwirtschaftlichen Bereich: „Es gibt keinen Grund, warum der Staat einen Teil seiner Energie für solche Aufgaben einsetzen soll.“ Die Frau ist die Vizepräsidentin der Nationalen Ökonomen und Buchhalter Kubas!

Arbeitsplatzabbau in bzw. Aufgabe von staatlichen Betrieben

Der Wirtschaftsminister Murillo kennt offensichtlich nur die betriebswirtschaftliche Rechnungsführung und will unrentable Betriebe schließen. Natürlich ist es fraglich, ob das Kalkül, die privaten Betriebe würden die dadurch entstehenden Produktionslücken schon schließen, tatsächlich aufgeht. Das Projekt ist jedenfalls nicht ohne Risiko, auch für die beschäftigten:

„Eine der Leitlinien, die die meisten Fragen aufwarfen, ist die Nr. 16, wo zum Ausdruck gebracht wird, dass staatliche Betriebe, die wiederholt Verluste vorweisen, einem Prozess der Auflösung unterworfen sein werden. Es ist nicht möglich, zehn

³⁶ jW, 24.07.2013, „Besseren Sozialismus durch mehr Sozialismus“, Interview mit Blanca Rosa Pampin, Vizepräsidentin der Nationalen Assoziation der Ökonomen und Buchhalter Kubas, das Interview führte André Scheer

Jahre lang einen Betrieb mit Verlust zu haben, und dass der Staat die Kosten übernehmen muss' äußerte der Wirtschaftsminister. "37

„Kuba steht vor dramatischen Veränderungen. Die vom Nationalen Sekretariat des Gewerkschaftsbundes CTC angekündigten Massenentlassungen von einer halben Million Menschen bis Ende März kommenden Jahres (=März 2011, F.F.) sind ein Drahtseilakt. Gelingt es nicht, die Entlassenen schnell in neue, stabile Arbeitsverhältnisse zu bekommen, könnte daraus eine gefährliche Situation entstehen. "38

Landwirtschaft

In der Sowjetunion war die Kollektivierung der Landwirtschaft neben ihrer Funktion im Kampf gegen die Kulaken ein Hebel zur Produktivkraftsteigerung, denn nur durch die staatlichen Maschinen- und Traktorenstationen und die Zusammenfassung der kleinbäuerlichen Ländereien zu Großbetrieben war ein rationeller Einsatz der modernen Technik möglich. In Kuba sollen die Reformen eher in die gegenteilige Richtung gehen. Dazu einige Artikelauszüge aus der „jungen Welt“ und dem „Neuen Deutschland“:

„Die Transformation der industriell geprägten Landwirtschaft Kubas in eine, die von hoch produktiven, nachhaltig wirtschaftenden bäuerlichen Betrieben bestimmt wird, macht gute Fortschritte. "39

„Für die einfachsten Arbeitsmittel wie Macheten, Pflüge, Sicheln, Eggen, ... mussten die Bauern in einen Papierkrieg mit der Bürokratie ziehen, den sie allzu oft verloren. Seit dem 1. April sind die Bürokraten ausgeschaltet, die ersten Verkaufsstellen wurden eingerichtet, in denen Bauern einkaufen können. "40

„Die Hälfte der heute rund 200.000 bäuerlichen Familienbetriebe betreibt biologischen Anbau. Insgesamt werden von diesen betrieben auf nur 25 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche mehr als 65 % der nationalen Produktion erzeugt. Mit dem im Juli 2008 verabschiedeten 'Gesetz 259' ermöglichte die Regierung Familien, die in

³⁷ Granma internacional. Dezember 2010, „In diesem Prozess entscheidet das Volk“ von Yalma Puig Meneses und Leticia Martinez Hernandez über eine viertägige Tagung in der Parteihochschule über den Entwurf der neuen Leitlinien der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

³⁸ jW, 15. 09.2010, „Entlassungen in Kuba. Systemfrage.“ von André Scheer

³⁹ jW, 04.08.2010, „Revolution der Nachhaltigkeit“ von Peter Clausing

⁴⁰ Neues Deutschland, 14.04.2008, „Kuba will Selbstversorgung ausbauen“ von Leo Burghardt

die Landwirtschaft wechseln wollen, die Bewirtschaftung von bis zu 13,42 Hektar Land.“⁴¹

„Inzwischen sind nach Angaben des kubanischen Wirtschaftsministers Marino Murillo 920.000 Hektar Land zur Bewirtschaftung übergeben worden. ... Unterdessen kündigte Murillo an, dass die Landwirte in der Mehrzahl der 169 Landkreise Kubas die Möglichkeit bekommen sollen, ihren Bedarf (an Material und Gerätschaften, F.F.) durch direkten Einkauf zu decken. Bislang sind aufwändige Antrags- und Genehmigungsverfahren nötig. Generell ist die Beseitigung bürokratischer Hürden im Bemühen, die landwirtschaftliche Produktion durch die Förderung von Initiative und Verantwortung anzukurbeln, ein probates Mittel. Bleibt zu hoffen, dass mit diesen Maßnahmen nicht eine schleichende allgemeine Privatisierung der Wirtschaft eingeleitet wird.“⁴²

Die Produktionsmittel der Bauern werden also als Waren gehandelt. Die „Bürokraten sind ausgeschaltet“. Die industriell geführte Landwirtschaft wird in eine kleinbäuerliche Struktur überführt. Ob das grundsätzlich produktiver sein kann, muss bezweifelt werden.

Herunterfahren der Subventionen für Lebensmittel

Dass im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Landwirtschaft hin zu einer kleinbäuerlichen Produktionsweise und der Eröffnung privater Bauernmärkte, der Zulassung von Groß- und Einzelhändlern usw. die staatliche Subventionierung von Lebensmitteln störend wird, liegt auf der Hand. Deshalb wurde beschlossen, das Lebensmittelzuteilungsheft abzuschaffen. Hierzu aus dem Rechenschaftsbericht an den 6. Parteitag Raul Castro:

„Das Lebensmittelzuteilungsheft und seine Beseitigung war ohne Zweifel die Angelegenheit, die die meisten Wortmeldungen der Diskussionsteilnehmer (an der dreimonatigen Debatte der neuen Leitlinien) hervorbrachte und es ist logisch, dass das so ist. Zwei Generationen von Kubanern haben ihr Leben unter diesem Rationierungssystem verbracht, das trotz seines schädlichen Gleichmachungs-Charakters über Jahrzehnte allen Bürgern den Zugang zu den Grundnahrungsmitteln zu lächerlich geringen in hohem Grade staatlich gestützten Preisen ermöglichte. Dieses Verteilungsinstrument hat sich – wenn es auch in den 60er Jahren aus egalitärer Berufung in Augenblicken des Mangels eingeführt worden war, um die Bevölkerung vor der Spekulation und dem Hamsterkauf mit lukrativen Zielen seitens einiger Weniger zu schützen – im Ver-

⁴¹ jW, 29.04.2010, „Kubas grünes Projekt“ von Peter Clausing

⁴² jW, 04.08.2010, „Revolution der Nachhaltigkeit“ von Peter Clausing

laufe der Jahre in eine unerträgliche Belastung für die Wirtschaft verwandelt und in etwas, was der Arbeit jeden Anreiz nahm. ... Es ist wirklich so, dass das rationierte familiäre Grundnahrungsmittelpaket, das unter konkreten historischen Umständen gerechtfertigt war, jetzt, nachdem es sich so lange gehalten hat, in seinem Wesen dem Verteilungsprinzip widerspricht, das den Sozialismus auszeichnen sollte.“⁴³

Dass staatliche Subventionierung und freies Spiel der Kräfte auf dem Markt einander widersprechen, ist klar. Aber muss eine solche demagogische Begründung wie „...schädlicher Gleichmachungs-Charakter..“ und „lächerlich geringe Preise“ wirklich sein?

Wirtschaftsreformen und deren Propagierung in den Massenmedien

Auch wenn Raul Castro „die Existenz eines Kampfes zwischen verschiedenen Linien in der Führung der Revolution“ empört zurückweist, scheint der „Aktualisierungsprozess“ so harmonisch, wie er es gern darstellt, nicht zu verlaufen. Die Medien werden jedenfalls sehr klar in die Pflicht genommen:

Zur „Behandlung kürzlich aufgetretener Unverständnisse ... müssen Partei und Regierung „mit verschiedenen Methoden und Stilen ... den Sorgen der Bevölkerung Aufmerksamkeit schenken und dieser klar und einfach die Dinge erklären, dann wird die Unterstützung der Maßnahme erreicht. Zur Erlangung dieser Bestrebungen ist die kubanische Presse in ihren verschiedenen Formaten dazu berufen, eine maßgebende Rolle bei der objektiven, konstanten und kritischen Klärung und Verbreitung des Stands bei der Anpassung des Wirtschaftsmodelles zu spielen, damit mit scharfsinnigen und konkreten Zeitungsartikeln und Arbeiten in einer für alle verständlichen Sprache eine Kultur bezüglich dieser Themen gefördert wird.“⁴⁴

Wer „dazu berufen (ist) eine maßgebende Rolle bei der objektiven, konstanten und kritischen Klärung und Verbreitung des Stands bei der Anpassung des Wirtschaftsmodelles zu spielen“, der hat nicht die Aufgabe, der gesellschaftlichen Diskussion über ein Ja oder Nein zum „Aktualisierungsprozess“ Raum zu geben. Einer Grundsatze debatte will Raul Castro in den Medien jedenfalls keinen Platz einräumen.

⁴³ Rechenschaftsbericht an den 6. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas, vorgestellt von Raul Castro, Digital Granma internacional, 29. 04. 2011

⁴⁴ Rechenschaftsbericht an den 6. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas, vorgestellt von Raul Castro, Digital Granma internacional, 29. 04. 2011

Die Entwicklung

„Das Resümee des Jahres 2012, das Kubas Parlament während der letzten Tagung seiner 7. Legislaturperiode gezogen hat, war mäßig optimistisch. ... Was wurde seit 2008 bewegt? Die Möglichkeiten für Beschäftigte auf eigene Kosten wurden erweitert. In diesem Sektor sind bereits 395.000 Bürger tätig. Es gab grünes Licht für die Gründung nicht-landwirtschaftlicher Genossenschaften, Kleinunternehmen in der Fischerei, Bauwirtschaft, bei Transport und Dienstleistungen. Drastisch wurden staatliche Planstellen in der Hoffnung gestrichen, dass sich viele selbstständig machen würden. Abertausende Hektar staatlichen Bodens wurden zur Nutzung an Interessenten übergeben. ... Das neue Gesetz zur Sozialversicherung sieht unter anderem vor, das Rentenalter für Frauen von 60 auf 65 Jahre und für Männer von 65 auf 70 Jahre heraufzusetzen; zugleich wird den Veteranen gestattet, weiter zu arbeiten, ohne den Rentenanspruch zu verlieren. ... Verständliche Verwirrung stiftete zunächst das Gesetz, dem zufolge die Kubaner zum ersten Mal seit einem halben Jahrhundert Steuern entrichten müssen. Dies hatten die Revolutionäre wie so Vieles im Überschwang nach ihrem Sieg im Januar 1959 abgeschafft. Auch Tourismusminister Manuel Marrero konnte einen Wachstumsrekord verkünden: 4,9 Prozent, geplant waren 5 Prozent. 2,85 Millionen Besucher kamen nach Kuba, 319.000 mehr als 2011. ... Marrero widmete einen Teil seiner Bilanz auch den 4280 privaten Zimmer- und 700 Wohnungsvermietern. Der Staat betrachtet sie heute nicht mehr als Konkurrenz, sondern als Ergänzung seines Angebots. Die staatlichen Anlagen hätten inzwischen schon private Dienstleister wie Animateure, Fotografen und Organisatoren für Feste verpflichtet.“⁴⁵

Wenn der Staat nicht mehr das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln verwaltet, ist er auch nicht mehr der Empfänger des gesellschaftlich produzierten Mehrproduktes. Da der kubanische Staat das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln zunehmend privatisiert, muss er zu seiner Finanzierung natürlich auf das Mittel des bürgerlichen Staates zurückgreifen und Steuern erheben. Es entbehrt nicht der Komik, dass der Autor meint, „die Revolutionäre“ hätten die Steuern „wie so Vieles im Überschwang nach ihrem Sieg im Januar 1959 abgeschafft“. „Im Überschwang“! Und jetzt werden sie offensichtlich langsam realistisch. Aber was soll's, es ist halt das ND.

Dass die Alten zur Kasse gebeten werden und das Renteneintrittsalter um fünf Jahre erhöht wird zeigt, dass die Aktualisierung auch Opfer fordert. Auf die Gewinner komme ich später zu sprechen (es sind rund 8 – 10 Prozent der Bevölkerung).

⁴⁵ Neues Deutschland, 27.12.2012, „Kuba sucht seinen eigenen Weg“ von Leo Burghardt

„Die Änderungen, die nun eingeführt werden, haben hauptsächlich zum Ziel, die staatlichen Funktionen von den betrieblichen zu trennen‘, führte der stellvertretende Leiter der Ständigen Kommission für Implementierung und Entwicklung aus. Die gegenwärtige Reorganisation, fügte er hinzu, verfolge eine rationellere und gesamtgesellschaftlichere Tätigkeit der Leitungsorgane beider Strukturen, der staatlichen und der betrieblichen.“⁴⁶

Dies Bestreben der Trennung von Staat und Betrieb werden wir noch in mehreren Reden und Artikeln wiederfinden. Natürlich ist das ein notwendiger Schritt, wenn man die Privatwirtschaft sich entwickeln lassen will, denn da braucht es private „Initiative“, die nicht „bürokratisch“ gegängelt werden darf... Da das Thema aber über Jahre immer wieder auftaucht, scheint die Durchsetzung dieses großen und wichtigen Schrittes hin zur Demontage der Planwirtschaft nicht ganz so reibungslos abzulaufen.

„Verantwortlich für die Aktualisierung ist Marino Murillo. Vor einem kleinen Kreis internationaler Journalisten begründet der Vizepräsident des Ministerrates die Notwendigkeit weitgehender Reformen. ‚Wir müssen die Fesseln lösen‘, sagt er und spricht ungeniert von ‚Vermögensbildung‘, ‚Preisaneizen‘ und ‚Marktabhängigkeit‘. Wurde der Kapitalismus den Kubanern bisher in homöopathischen Dosen verabreicht, ist jetzt eine Organtransplantation daraus geworden. Seit diesem Sommer dürfen einige Staatsbetriebe ihr Budget selbstständig bestimmen, 50 Prozent ihrer Gewinne behalten und reinvestieren oder an ihre Mitarbeiter weitergeben. Macht das Modell die Unternehmen rentabler, soll es 2014 für alle Staatsbetriebe geöffnet werden. Zudem wurde die Verfassung geändert; sie erlaubt jetzt Kooperativen auch außerhalb der Landwirtschaft. 197 Genossenschaften sind gerade an den Start gegangen, in der Gastronomie, dem Transport-, dem Bausektor. Für westlich Entwicklungshelfer ist das ein entscheidender Schritt. ‚Es ist die Keimzelle für kleinere und mittlere Unternehmen‘, sagt ein Berater. ... Dass die Wirtschaft jetzt weiter geöffnet wird, ist auch der Einsicht geschuldet, dass die bisherigen Veränderungen nicht genug bewirkt haben. Die Produktion stieg kaum an.“⁴⁷

Wenn die Betriebe 50 Prozent der Gewinne behalten dürfen, um sie zu „reinvestieren oder an ihre Mitarbeiter weiter(zu)geben“, was wird wohl passieren? Werden wir einen Investitionsboom erleben? Eher nicht. Ich kann ja jetzt schon verraten, dass die Investitionen im Jahr 2016 um 17 Prozent unter dem Plan lagen.

⁴⁶ Granma internacional, Juni 2013, „Kampf gegen unsere Beschränkungen und Unzulänglichkeiten“, Artikel ohne Verfasserangabe

⁴⁷ Hannoversche Allgemeine Zeitung, 30.07.2013, „Kuba im Gründungsfieber“ von Klaus Ehringfeld

„Wir müssen uns auf ein weniger behördlich gesteuertes Funktionieren der Wirtschaft ausrichten“, sagte Marino Murillo Jorge, Vizepräsident des Ministerrates und Leiter der Kommission der Umsetzung und Entwicklung der Leitlinien. ... Er bezog sich außerdem auf die Betriebe mit Verlusten, die vom Staat finanziert werden mussten. Jetzt wird vorgeschlagen, sie neu zu dimensionieren, mit anderen zusammenzulegen oder sie einfach zu schließen. ... Ein Betrieb, drückte er aus, muss `produzieren, verkaufen, kassieren und Gewinn haben`.⁴⁸

Brutaler kann man eine kapitalistische Ausrichtung der Betriebe nicht formulieren. Betriebe haben im Sozialismus die Aufgabe, Gebrauchswerte für die Menschen herzustellen – nach einem gemeinschaftlich aufgestellten Plan, um damit die in der Gesellschaft vorhandenen Bedürfnisse zu befriedigen. Natürlich muss die sozialistische Wirtschaft rationell und ressourcenschonend arbeiten. Leider erreicht man das kaum, wenn es nur um die Rentabilität des Einzelbetriebes geht, also um Betriebswirtschaft. Sozialismus ist Volkswirtschaft. Stalin hat zu diesem Thema dankenswerter Weise den Begriff der gesamtwirtschaftlichen Rentabilität eingeführt. (Siehe: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR).

Die Granma berichtet von der Zulassung weiterer privater Gewerbe:

„Das Ministerium für Arbeit und Soziale Sicherheit gab in der außerordentlichen Ausgabe Nr. 27 des Amtsblattes der Republik Kuba eine Resolution über die Regelung der Ausübung der Selbstständigen Gewerbetätigkeit bekannt. ... Zu den auffälligsten Neuheiten unter den Erwerbstätigkeiten gehört die Legalisierung der `Makler für Wohnungstausch, -kauf und –verkauf`, die im `Auftrag von Kunden den Dienst ausüben, die Durchführung von Wohnungstauschen, -käufen oder –verkäufen zu leiten und zu koordinieren`. Auffällig ist auch die neue Figur des `Telekommunikations-Agenten`, der die `Werbung und den Einzelverkauf von Telekommunikationsprodukten und Dienstleistungen übernimmt.` ... Andere neue Modalitäten der selbstständigen Erwerbstätigkeit sind unter anderem Groß- und Einzelhändler von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Vermittler von Mietwohnungen oder für die Möbelherstellung und –reparatur.“⁴⁹

Die Maßnahmen führten nicht zum gewünschten Wirtschaftswachstum. Raul Castro dazu vor der Nationalversammlung:

⁴⁸ Granma internacional, August 2013, „Die Entwicklung ist der Grundgedanke der Revolution, Bericht von der Abschlussitzung der 1. Tagung der 8. Legislaturperiode der Nationalversammlung“ von Oscar Sanchez Serra

⁴⁹ Granma internacional, November 2013, „Erweiterung der Modalitäten selbstständiger Gewerbetätigkeit“, Artikel ohne Verfasserangabe

„Obwohl die kubanische Wirtschaft im laufenden Jahr (2013, F.F.) weitere Fortschritte erzielt hat, sind die vorgesehenen Ziele nicht erfüllt worden. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs um 2,7 Prozent, weniger als die geplanten 3,6 Prozent.“⁵⁰

Aber der Kurs muss weitergehen. Und selbstverständlich braucht man im Zusammenhang mit den Privatisierungen auch eine privatwirtschaftlich ausgerichtete Kreditpolitik und dem entsprechende Institute:

„Die Instrumente für die Kontrolle der Geldemission und des finanziellen Gleichgewichts der Bevölkerung werden unter den neuen Bedingungen vervollkommenet, die eine wachsende Rolle des nicht-staatlichen Sektors vorsehen. Die schrittweise Entfaltung der Kreditpolitik wurde beibehalten, die breiteren Zugang zu Finanzierungen verschafft, sowohl für natürliche Personen, als auch für die verschiedenen Formen der genossenschaftlichen und privaten Geschäftsführung. ... So, wie die Partei und die Regierung – wir sagten es zum gegebenen Moment auch von den Gewerkschaften - die Pflicht haben, die Selbstständigkeit zu erleichtern und Stigmatisierung und Vorurteile zu verbannen, die es ihr gegenüber gab, so müssen auch durch sie alle die Ordnung und der Respekt vor dem Gesetz und die strikte Einhaltung der Steuerpflichten und anderen für diese Beschäftigten erhobenen Abgaben gewährleistet werden.“⁵¹

Nun kommen wir zu einem besonderen Projekt, der Sonderwirtschaftszone Mariel. Dazu mehrere Zitate aus der „jungen Welt“, der „Granma internacional“, dem Portal „amerika 21“ und dem „RotFuchs, die ich hier zunächst unkommentiert stehen lassen möchte:

„Am Rande des Gipfeltreffens der lateinamerikanischen und karibischen Staatengemeinschaft (CELAC) haben der kubanische Präsident Raul Castro und seine brasilianische Kollegin Dilma Rouseff den Containerhafen in der Bucht von Mariel eingeweiht. Damit wurde auch der erste Abschnitt der dortigen neuen Sonderwirtschaftszone seiner Bestimmung übergeben. ... Die Entwicklung Mariels folgt dem chinesischen Erfolgsrezept der Sonderwirtschaftszonen, die Ende der 70er Jahre starke Impulse für die dortige wirtschaftliche Entwicklung gegeben haben. Die kubanische Regierung möchte mit der Sonderwirtschaftszone einerseits mehr ausländische Investitionen ins Land holen und sie gleichzeitig räumlich begrenzen. Ihre Vision ist es,

⁵⁰ Granma internacional, Januar 2014, „Wir müssen mit Intelligenz, Geduld und vor allem mit Entschlossenheit handeln“, Rede Raul Castros bei der Zweiten Ordentlichen Sitzung der Achten Legislaturperiode der Nationalversammlung

⁵¹ Granma internacional, Januar 2014, „Wir müssen mit Intelligenz, Geduld und vor allem mit Entschlossenheit handeln“, Rede Raul Castros bei der Zweiten Ordentlichen Sitzung der Achten Legislaturperiode der Nationalversammlung

Mariel zum Produktionsstandort und Logistikzentrum für Mittelamerika und die Karibik zu machen. Sollte das Modell erfolgreich sein, werden weitere Sonderwirtschaftszonen folgen, kündigte Rodrigo Malmierca Diaz an, der kubanische Minister für Außenhandel und Auslandsinvestitionen. ⁵²

*„Für die Sonderwirtschaftszone Mariel bewerben können sich ausländische natürliche oder juristische Personen, kubanische Personen oder natürliche Personen mit Wohnsitz im kubanischen Territorium, um produktive, Handels- oder Dienstleistungen zu realisieren.“*⁵³

*„Die Sonderentwicklungszone Mariel, deren Leitplan im vergangenen November (Nov. 2013, F.F.) in Kraft trat, ist eine der Prioritäten, um ausländische Investitionen im Land zu steigern. Dies wurde auch nochmals am vergangenen 29. März 2014 aus Anlass der Verabschiedung eines neuen Investitionsgesetzes im kubanischen Parlament erklärt. Die Direktorin der Regulierungsbehörde der Sonderentwicklungszone erinnerte auch daran, dass im Gebiet von Mariel Sonderregelungen gelten werden, die für Investoren größere Vorteile böten und erläuterte Einzelheiten zur Einstellung und Bezahlung von Arbeitskräften. Nach ihren Angaben gibt es keine ‚Tarifordnung‘ in Bezug auf die Personalkosten, sondern dies werde im Vorhinein zwischen den Investoren und einer staatlichen Beschäftigungsagentur ausgehandelt, die Aspekte wie den Wert der Arbeitskraft in der Region und in Kuba berücksichtigen werde. ... Die Normen der Sonderzone sollen eine Politik ermöglichen, die ergebnisfördernd sei und keine ‚Beschränkung‘ für ausländische Arbeitskräfte darstelle.“*⁵⁴

„Das bisher gültige Gesetz für Auslandsinvestitionen stammt aus dem Jahr 1995 und sieht eine Staatsquote von mindestens 51 Prozent bei Joint-Ventures vor. Auch sind bestimmte Sektoren der Wirtschaft für ausländische Investitionen gesperrt. Pedro San Jorge, Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung beim Ministerium für Außenhandel und Investitionen, sagte jetzt: ‚Es wurde entschieden, das neue Gesetz (über Auslandsinvestitionen in Kuba, F.F.) deutlich tiefgehender zu gestalten und an die aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Landes anzupassen.‘ Bereits auf der Sitzung des kubanischen Parlaments im Dezember 2013 hatte Präsident Raul Castro angekündigt, dass ausländische Investitionen eine Schlüsselrolle bei der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes spielen werden. San Jorge sagte

⁵² jW, 29.01.2014, „Vorbild China“, von Volker Hermsdorf

⁵³ Granma internacional, Oktober 2013, „Staatsrat verabschiedet Gesetz über die Sonderentwicklungszone Mariel“ von Leticia Martinez Hernandez und Yaima Puig Meneses

⁵⁴ Portal amerika 21, 20.04.2014, „15 Investoren für Sonderwirtschaftszone Mariel“ von Klaus E. Lehmann

jetzt, dass sich ein Teil der neuen Investitionsbedingungen in Übereinstimmung mit den Regeln der Sonderwirtschaftszone Mariel befinden werden. Diese sehen unter anderem vor:

Bis zu 100 Prozent ausländischer Anteil an den Unternehmen.

Niedrige Export- und Importzölle.

Befreiung von lokalen Abgaben sowie der Lohnsteuer.

14 Prozent Sozialabgabe.

12 Prozent Gewinnsteuer (Befreiung in den ersten zehn Jahren).

1 Prozent Steuer auf Verkäufe und lokale Dienstleistungen.

Einzahlung von 0,5 Prozent des Gewinns an einen Fonds zum Erhalt und Ausbau der Zone. „⁵⁵

Auch wenn die Wirtschaft im Ganzen nicht die erhoffte Dynamik erhalten hat, so wächst der private Bereich derselben doch in rasantem Tempo:

„Die Zahl der Arbeiter, die ihren Lebensunterhalt in nicht-staatlichen Produktionsformen verdienen, ist innerhalb von nur 24 Monaten von 157.000 auf 442.000 angestiegen. ... Das strategisch wichtige Transportwesen ist mit am weitestgehendsten von den neuen Unternehmensformen durchzogen. ... Im der gleichen Weise bilden sich im Umfeld der Transportunternehmen Servicebetriebe, darunter unter anderem in den Bereichen Autowäsche, Reparaturwerkstätten, Reifendienste sowie der ganze Bereich der für den Personenverkehr notwendigen technischen Unterstützung. Das gleiche Managementsystem, das exklusiv private Arbeiter vereint, wurde in verschiedenen Bauernmärkten der Hauptstadt angewendet. Auch wenn die Preise bislang noch nicht im erwarteten Maße gesunken sind, wird erwartet, dass sie fallen, sobald die Zwischenhändler, die sich zwischen Acker und Verkaufstheke festgesetzt haben, verschwinden. ... Der Aktualisierungsprozess des kubanischen sozialistischen Modells hat mit den neuerdings getroffenen wichtigen kreditpolitischen, steuerlichen und monetären Entscheidungen einen neuen Impuls erhalten.“⁵⁶

Der Autor zitiert in der gleichen Ausgabe eine private Ladenbetreiberin, die sich wünscht, dass es auch für Ärzte möglich sein sollte, sich privat in Kooperativen zu organisieren. Das ist keine offizielle Verlautbarung, zeigt aber einen bestimmten Geist, der durch die Privatisierungen hervorgerufen wird: es gibt kein Halten mehr,

⁵⁵ RotFuchs, April 2014, „Kuba will kein Paradies für ausländische Unternehmen werden. Zur Sonderwirtschaftszone Mariel“ von Marcel Kunzmann

⁵⁶ Cuba libre, 1-2014, Jan-April, „Jorgitos Log. Aus Kuba: Eine notwendige Aktualisierung“ von Jorge Enrique Jeréz.

und das sogar in Anbetracht eines staatlichen Gesundheitssystems, das für seine Leistungen weltweit als Vorbild gilt.

Die kubanische Nationalversammlung diskutierte Mitte 2014 die Entwicklung und musste feststellen, dass das geplante Wirtschaftswachstum nicht erreicht wurde. Dazu ein Artikelauszug von Tobias Kriele aus „Cuba libre“:

„Vier Tage lang analysierten die Abgeordneten der kubanischen Nationalversammlung, die im Kongresspalast von Havanna zusammengekommen waren, die Lage der Nation. ... Ein zentrales Anliegen war es herauszufinden, in welchem Maße die vom 6. Parteitag verabschiedeten Leitlinien erfolgreich umgesetzt werden konnten. ... Zu den Kooperativen im nicht-landwirtschaftlichen Bereich stellte Marino Murrillo, Vizepräsident des Ministerrates, fest, dass es bis jetzt 249 von ihnen gäbe und 498 in Planung seien. ... Die 467.000 Personen, die bis jetzt auf eigene Rechnung arbeiten, hätten zu einer Umstrukturierung des Arbeitsmarktes geführt. ... Adel Izquierdo, Minister für Wirtschaft und Planung, nannte diverse Gründe für das schwache Wachstum von 0.6 %. Wenn man sie externen Einnahmen steigern könne, könne man dem begegnen, denn das seien die Quellen, die der Wirtschaft einen stabilen Wachstumsrhythmus verleihen. Die neuen Veränderungen in der Unternehmensstruktur würden viele Probleme lösen. Für Ende des Jahres erwarte man ein BIP von 1,4 %, das sei weniger als die 2,2 %, die geplant waren. ... Das, was dieses Jahr erreicht wurde, 'befriedigt uns nicht, aber es entmutigt uns auch nicht im Geringsten', sagte Präsident Raul Castro. Es gelte einfach, konsequent und mit Optimismus weiter zu kämpfen. Dann werde man zu einem regelmäßigen Wachstumsrhythmus kommen und damit die sozialistische Entwicklung auf nachhaltige und irreversible Grundlage stellen.“⁵⁷

„Kuba ist im Begriff, die Grundlagen seines gesellschaftlichen Lebensprozesses zu erneuern. Dieses Vorhaben befindet sich momentan in einer schwierigen Zwischenphase, in der der Schwung der ersten Maßnahmen verpufft ist. Die teilweise radikalen Umgestaltungen verlangen ihren Tribut, neue Wege müssen beschritten werden und die Reibungsverluste sind enorm. ... Inmitten des Umgestaltungsprozesses stagniert die kubanische Wirtschaft. Demgegenüber bleibt natürlich festzuhalten, dass es sich bei der Aktualisierung der wirtschaftlichen Grundlagen in Kuba um einen mittelfristig angelegten Prozess handelt, der auf mindestens fünf Jahre ausgelegt ist.“⁵⁸

Immer wieder betont wird die Notwendigkeit, staatliche und wirtschaftliche Kompetenzen voneinander zu trennen, Entscheidungsprozesse zu dezentralisieren und Zuständigkeiten von den Ministerien auf die „Unternehmenssysteme“ zu übertragen.

⁵⁷ Granma internacional, August 2014, „Das Parlament tagte“, Artikel ohne Verfasserangabe

⁵⁸ Cuba libre, 4-2014, Nov/Dez 2014, „Die Hoffnung heißt BRICS“ von Tobias Kriele

Gleichzeitig sollen die „sozialistischen Staatsbetriebe“ leichter an den marktwirtschaftlichen Reformen teilhaben können. Nochmals dazu Raul Castro vom Dezember 2014:

„Im nächsten Jahr (2015, F.F.) werden wir mit den vorbereitenden Tätigkeiten für die Abhaltung des 7. Parteitages im April 2016 beginnen. Vor dem Parteitag wird eine breite und demokratische Debatte mit der kommunistischen Mitgliedschaft und dem ganzen Volk über den Stand der Umsetzung der Leitlinien durchgeführt werden. Eng verbunden mit der Aktualisierung des Wirtschaftsmodells ist der Prozess der schrittweisen, ich wiederhole schrittweisen Dezentralisierung, der Übertragung von Zuständigkeiten von den Ministerien auf das Unternehmenssystem. Das ist nicht etwas, was über Nacht geschehen kann, wenn wir Erfolg haben wollen. Es ist eine angemessene Zeit erforderlich, um, wie wir es tun, die Kader auf allen Ebenen vorzubereiten und zu schulen, die archaische Mentalität zu modifizieren und alte Gewohnheiten abzuschaffen sowie den rechtsrahmen und genaue Verfahren auszuarbeiten und umzusetzen. ... Für eine größere Autonomie des sozialistischen Staatsbetriebes wurde, neben anderen Maßnahmen, dessen Gesellschaftszweck erweitert und flexibilisiert, der staatliche Auftrag definiert und es wurden Befugnisse für die Vermarktung der Überschussproduktion gewährt. Ebenso wurde die Beseitigung administrativer Beschränkungen bei der Zahlung leistungsabhängiger Löhne angewiesen.“⁵⁹

Das klingt wie eine Kopie der Kossygin-Reformen und dem Beginn der Perestroika in der Sowjetunion – und ich befürchte, dass es nicht nur so klingt.

Aber immerhin, im Jahr 2015 hatte Kuba ein Wirtschaftswachstum von 4 Prozent vorzuweisen, genauso wie es geplant war. Leider lässt die Aufschlüsselung der Gründe für das Wachstum nicht auf eine innere Wirtschaftsdynamik schließen, sondern fast ausnahmslos auf günstige außenwirtschaftliche Umstände. Marino Murillo erklärte dazu jedenfalls:

„Das Bruttoinlandsprodukt Kubas wuchs im Jahr 2015 um 4 Prozent, was insbesondere im Zusammenhang mit Vorauszahlungen von Zahlungsmitteln, vorgezogenen Verträgen aus Krediten und deren Ausführung, sowie mit der fallenden Tendenz der Preise für Importe möglich war. ... Murillo erläuterte, dass im Vergleich zu 2014 sämtliche Wirtschaftszweige gewachsen sind. Insbesondere erwähnte er die Zuckerin-

⁵⁹ Granma internacional, Januar 2015, „Rede des kubanischen Präsidenten Raul Castro Ruz auf der Abschlussstagung der 4. Ordentlichen Sitzungsperiode der 8. Legislaturperiode der Nationalversammlung“

dustrie, die um 16,9 Prozent wuchs, das Bauwesen (um 11,9 Prozent) und die Fertigungsindustrie (um 9,9 Prozent).“⁶⁰

Das Anziehen von ausländischem Kapital war eine wichtige Funktion der Sonderwirtschaftszone Mariel. Das scheint relativ schnell auch Erfolge gebracht zu haben, wie das „Handelsblatt“ schreibt:

„Wirtschaftsminister Siegmar Gabriel kommt mit seiner Delegation (R. Festge, VDMA-Präsident; M. Wansleben, DIHK-Hauptgeschäftsführer; M. Kerber, BDI-Hauptgeschäftsführer; D. Gorny, Beauftragter von BMWi für Kreative und Digitale Ökonomie; A. Aumüller, Nordzucker; Ch. Diemer, Heitkamp&Thumann; A. Felber, SKM; J. Hanefeld, VW; M. Herrenknecht, Herrenknecht; E. Karsta, Dräger; B. Kawlath, Schuber&Salzer; P. Marcato, Giesecke&Devrient; W. Meixner, Siemens; H. Obilcnik, Bosch; J. Tillmann, Tönnies Lebensmittel; A. Walth, Messer Group.) reichlich spät auf die Insel. Andere Nationen schicken eine Delegation nach der anderen, nachdem die USA 2015 das Embargo gelockert hatten. Und auch Siegmar Gabriels SPD-Parteikollege Frank-Walter Steinmeier war schon da. Aus Frankreich kam sogar Staatspräsident Francois Hollande, begleitet von einer hochrangigen Wirtschaftsdelegation, aus Italien Ministerpräsident Matteo Renzi. Allein im Herbst (2015, F.F.) reisten 25 Wirtschaftsdelegationen an.“⁶¹

Mariel entpuppt sich aber nicht nur als Magnet für ausländisches Kapital, nein, die günstigen Bedingungen dort locken auch kubanische Betriebe in die Sonderwirtschaftszone. Es ist schwer zu verstehen, was das mit dem Anziehen ausländischen Kapitals zu tun haben soll, aber es scheint ja erlaubt zu sein. Jedenfalls wurden bereits drei Unternehmen mit „100%ig kubanischem Kapital“ bestätigt und es gibt andere, deren Unterlagen vorbereitet werden. Zu Mariel und den drei Projekten mit 100%ig kubanischem Kapital jetzt ein Auszug aus einem Gespräch mit der Generaldirektorin des Büros der Sonderentwicklungszone, veröffentlicht in Granma internacional:

„Die Sonderentwicklungszone Mariel soll zu einem regionalen Referenzpunkt für die Anziehung ausländischen Kapitals werden, durch dessen technologische Entwicklung in Abstimmung mit unserer Wirtschaft Produktionen und Serviceleistungen von hohem Mehrwert erzeugt werden. Über dieses Projekt sprach Granma mit Ana Teresa Igarza Martinez, Generaldirektorin des Büros der Sonderentwicklungszone. Ana

⁶⁰ Granma internacional, Januar 2016, „Bericht von der Ansprache Marino Murillo Jorges, Vizepräsident des Ministerrates und Minister für Wirtschaft und Planung, bei der Plenarsitzung der Nationalversammlung am 29. Dezember 2015“ von Yudy Castro Morales, Lissy Rodriguez Guerrero und Kathryn Felipe

⁶¹ Handelsblatt, 8./9./10. 01.2016, „Einsatz in Havanna“ von Dana Heide

Theresa Igarza: `Im letzten Jahr (2015, F.F.) konnten wir ausgehend von der Marktforschung bestimmen, welche Unternehmen mit industriellen Profil und aus welchem Tätigkeitsbereich wir anziehen wollen. Davon ausgehend haben wir die Werbetätigkeit auf das Ausland gerichtet und werden 2016 damit fortfahren. ... Auch konnte die Sonderzone, in der besondere Richtlinien und Regeln zur Anwendung kommen, die Abwicklung der Formalitäten beschleunigen und bürokratische Hemmnisse aus dem Weg räumen. ... Ein großer Vorteil, in der Sonderentwicklungszone Mariel zu investieren, ist die qualifizierte Arbeitskraft, über die wir verfügen. Der universelle und kostenlose Charakter des kubanischen Bildungswesens begünstigt, dass Arbeitskräfte in breiten Wirtschaftsbereichen verfügbar sind, die wir den ausländischen Kapitalanlegern anbieten können. ... Während die Gewinnsteuer im Land bei 15 % für Auslandsinvestitionen in Joint Ventures und bei 35 % für hundertprozentig kubanisches oder ausländisches Kapital liegt, werden die Unternehmen ab Beginn ihrer Tätigkeit über zehn Jahre hinweg Steuerbefreiung genießen und danach nur 12 % entrichten. Dies regt viele Unternehmen des Landes (gemeint ist Kuba, F.F.) an, in die Zone zu investieren. Es gibt bereits drei bestätigte Projekte mit 100%ig kubanischem Kapital und andere, deren Unterlagen vorbereitet werden – in den Bereichen Industrie, Biotechnologie und Pharmazie.“⁶²

Leider wird aus diesem Gespräch mit der Generaldirektorin des Büros der Sonderentwicklungszone nicht klar, ob es sich beim genannten kubanisches Kapital um privates Kapital oder um Kapital von Staatsbetrieben handelt (in ausgewählten Zonen dürfen die Staatsbetriebe inzwischen ja 50 % des Gewinns behalten) , eins aber wird klar: diese kubanischen Unternehmen siedeln sich dort wegen der geringen Abgaben an, eine klare Folge der Vorgabe, Gewinne erwirtschaften zu müssen (Zur Erinnerung Murillo: „*Ein Betrieb muss produzieren, verkaufen, kassieren und Gewinn haben*“.)

Die Beweggründe der kubanischen Unternehmen sind schon nicht besonders „sozialistisch“, viel fataler aber sind die Folgen der Ansiedlung. Mariel ist zwar keine Freihandelszone, denn es gibt Zölle, wenn auch sehr niedrige, aber Einfuhr und Ausfuhr von dort sind völlig unabhängig von irgendwelchen Genehmigungen des kubanischen Staates - ein Außenhandelsmonopol des Staates würden sich kapitalistische Unternehmen, die ja angelockt werden sollen, auch nicht bieten lassen bzw. dann käme niemand. Von Mariel aus kann man als Unternehmen frei importieren und exportieren. Mit der dortigen Ansiedlung kubanischer Unternehmen ist das Außenhandelsmonopol des sozialistischen Staates ausgehebelt.

⁶² Granma internacional, Februar 2016, „Mariel im Trubel der kubanischen Wirtschaftsentwicklung, Gespräch mit der Generaldirektorin des Büros der Sonderentwicklungszone“, geführt von Arlin Albety Loforte

So kommt ein Baustein zum anderen. Werfen wir zum Jahresende 2015 einen kurzen Blick auf die innenpolitischen Folgen des Reformkurses:

„Die Reformen, die die Regierung initiiert hat, wurden im Ausland deutlich euphorischer aufgenommen als im Inland, die Skepsis war groß und die Löhne sind nach wie vor sehr niedrig. Die Zahl der Gewinner liegt bei 8 bis 10 Prozent der Bevölkerung: Diejenigen, die es geschafft haben, sich erfolgreich selbstständig zu machen, leben besser.“⁶³

Man könnte ja fast behaupten, dass das vorhersehbar war.

Im Frühjahr 2016 fand der 7. Parteitag der KP Kubas statt. Die Schlussrede Raul Castros wirkt einerseits etwas inhaltsleer, andererseits sehr verbissen, wenn es um die Durchsetzung der Leitlinien geht. Aber lest selbst:

„Lieber Companero Fidel, Companeras und Companeros, wir haben auf diesem 7. Parteitag, der gerade zu Ende geht, intensiv gearbeitet und Beschlüsse von strategischer Tragweite für die Gegenwart und die Zukunft der Nation gefasst. Der Parteitag hat den Zentralen Bericht und diverse Resolutionen über die wichtigsten Angelegenheiten, die analysiert wurden, angenommen und die Erfüllung der Leitlinien der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Partei und der Revolution überprüft und deren Aktualisierung zugestimmt, die in 274 Leitlinien zum Ausdruck kommt. ...

Gleichzeitig nahm der Parteitag mit Wohlwollen die vorgelegten Projekte hinsichtlich der Konzeptualisierung des Wirtschafts- und Sozialmodells und die Grundlagen des Nationalen Plans für die Wirtschaftliche und Soziale Entwicklung bis 2030 auf. Wegen deren großer Bedeutung wurde beschlossen, mit den Mitgliedern der Parte, der UJC, Vertretern der Massenorganisationen und verschiedenen Sektoren der Gesellschaft eine breite und demokratische Debatte über diese programmatischen Dokumente zu führen. ... Die Komplexität der erwähnten Projekte macht es notwendig, alle diese erforderlichen Maßnahmen anzuwenden, und es geht an erster Stelle darum, sicherzustellen, dass sie verstanden werden, was im Vornhinein eine rigorose Vorbereitung derer voraussetzt, die die Diskussion darüber leiten werden. Bei Angelegenheiten dieser Art ist wesentlich, die bewusste Zustimmung der großen Mehrheit zu erreichen und deswegen ist es unerlässlich, zuzuhören, zu argumentieren und die Meinung der Mitglieder und des Volkes im allgemeinen zu berücksichtigen.“⁶⁴

⁶³ Neues Deutschland, 28.12.2015, „Die Investitionen sind überschaubar. Der kubanische Ökonom Pavel Vidal über Kubas Finanzpolitik und die Zukunftsprojekte der Wirtschaft“

⁶⁴ Granma internacional, Mai 2016, „Rede Raul Castros auf der Schlussitzung des 7. Parteitages der Kommunistischen Partei Kubas“

Also: die Komplexität mache es notwendig, alle Maßnahmen anzuwenden. Dazu müsse man sicherstellen, dass sie verstanden werden (was „akzeptiert werden“ heißen soll). Dazu brauche man eine „rigorose Vorbereitung“ der Kader, denn man muss die „bewusste Zustimmung der großen Mehrheit“ erreichen. Trotz des sprichwörtlich hohen Bildungsniveaus in Kuba vertraut Raul Castro weder seinen Kadern noch seinem Volk. Die Kader müssen „rigoros“ vorbereitet werden, das Volk soll nicht selbst analysieren, reflektieren und entscheiden, sondern es muss zu einer richtigen, nämlich der von den „Reformern“ gewünschten Entscheidung angeleitet werden. Und das Ganze heißt dann: „Eine breite und demokratische Debatte über diese programmatischen Dokumente zu führen“.

Kommen wir zurück zur Wirtschaftsentwicklung. Das Wachstum im Jahr 2015 war ja, wie schon angemerkt, eher günstigen außenwirtschaftlichen Bedingungen geschuldet als der eigenen Wirtschaftskraft. Und das zeigte sich Ende des Jahres und zu Beginn des Jahres 2016. Dazu nun ein längerer Auszug aus der Rede Raul Castros vor der Nationalversammlung vom August 2016:

„Im Dezember 2015 habe ich erklärt, dass finanzielle Einschränkungen eingeplant werden mussten infolge der rückläufigen Einnahmen in unseren Exporten durch die gesunkenen Preise in den traditionellen Exportposten sowie der Beeinträchtigung in den beiderseitigen vorteilhaften Kooperationsbeziehungen mit verschiedenen Ländern, vor allem mit der Bolivarischen Republik Venezuela, der ein Wirtschaftskrieg auferlegt wurde, um die Unterstützung des Volkes für seine Revolution zu schwächen.

Im ersten Halbjahr (2016, F.F.) stieg das Bruttoinlandsprodukt um ein Prozent, die Hälfte von dem, was wir uns vorgenommen hatten. Dieses Ergebnis wurde bedingt durch die Verschärfung der externen finanziellen Restriktionen, hervorgerufen durch den Ausfall von Exporterlösen, wozu die Einschränkungen kamen, denen sich einige unserer wichtigsten Handelspartner aufgrund der gefallenen Ölpreise gegenüber sehen. ...

Ich muss zugeben, dass es einige Verzögerungen in den laufenden Zahlungen an Lieferanten gegeben hat. In diesem Zusammenhang möchte ich unseren Partnern für ihr Vertrauen und das Verständnis für die vorübergehende Situation danken und den festen Willen der Regierung bekräftigen, die Verzögerungen aufzuholen. Wir geben die Absicht nicht auf, die Wiederherstellung der internationalen Glaubwürdigkeit der kubanischen Wirtschaft fortzusetzen. Wir können auch die schädlichen Auswirkungen der US-Blockade nicht ignorieren, die weiterhin in Kraft ist. Mehr als drei Monate nach den Ankündigungen von Präsident Obama am 15. März, dass für Kuba das Verbot beseitigt werden würde, in seinen internationalen Transaktionen den Dollar zu verwenden, ist die Wahrheit, dass noch nicht erreicht worden ist, Zahlungen oder Geldeinlagen in dieser Währung zu tätigen.

Unter diesen widrigen Umständen hat der Ministerrat eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, die darauf gerichtet sind, der Situation zu begegnen und die Hauptaktivitäten abzusichern, die die Vitalität der Wirtschaft gewährleisten, bei Minimierung der Auswirkungen auf die Bevölkerung.

Wie zu erwarten war, beginnen – mit der Absicht, Entmutigung und Unsicherheit bei den Bürgern zu sähen – Spekulationen und Prognosen aufzutauchen über einen bevorstehenden Zusammenbruch unserer Wirtschaft und die Rückkehr zur akuten Phase der Sonderperiode, mit der wir Anfang der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts konfrontiert waren und die wir dank der Widerstandskraft des kubanischen Volkes und seines unbegrenzten Vertrauens in Fidel und die Partei zu überwinden verstanden. Wir leugnen nicht, dass es Beeinträchtigungen geben kann, sogar größere als die gegenwärtigen, aber wir sind vorbereitet und besser in der Lage als damals, sie umzukehren.

*Angesichts der Schwierigkeiten und Bedrohungen ist kein Raum für Improvisationen und noch weniger für Defätismus. Aus einer konjunkturellen Situation wie der, mit der wir konfrontiert sind, geht man siegreich hervor, indem man mit großer Energie, Gleichmütigkeit, Rationalität und politischer Sensibilität agiert, die Koordination zwischen der Partei und der Regierung immer enger gestaltet und vor allem viel Optimismus und Vertrauen in die Gegenwart und die Zukunft der Revolution an den Tag legt.*⁶⁵

Ergänzend Murillo zur Lage:

„Bei der Erzeugung von Elektroenergie lag der geplante Verbrauch bei 15.310 Gigawatt, aber es werden 786 Gigawatt weniger zur Verfügung stehen, was einer Einschränkung um 6 Prozent entspricht. Vom Gesamtverbrauch an Elektrizität entfallen in Kuba 60 Prozent auf die Bevölkerung. Diese wird jedoch, wie beschlossen wurde, nicht von den Beschränkungen betroffen sein. Dem entsprechend müssen die Einschränkungen bei den restlichen 40 Prozent der Energiekonsumenten erfolgen, von denen aber jene Wirtschaftsbereiche, die die Deviseneinnahmen sicherstellen oder die Importe ersetzen, ausgeschlossen sind. ... Daraus resultierend wird die Versorgung mit Elektroenergie aller anderen Wirtschaftsbereiche global um 28 Prozent eingeschränkt, die Straßenbeleuchtung um 50 Prozent. ... In seinen klaren und verständlich strukturierten Ausführungen legte Murillo spezielles Gewicht auf die Verdeutlichung der Notwendigkeit, dass jegliche Lohnzahlungen stets von der Produktivität getragen sein müssen. Es werde einerseits einen gewissen Rückgang in der Produktion geben

⁶⁵ Granma internacional, August 2016, „Rede von Raul Castro während der 7. Ordentlichen Sitzungsperiode der 8. Legislaturperiode der Nationalversammlung“

und andererseits eine leichte Verringerung des Durchschnittslohnes, wodurch die Relation zwischen Lohnzahlung und Produktion gewahrt bleibe. ... Bei Investitionen ist vorgesehen, dass das Ergebnis um 17 Prozent unter dem Jahresplan bleiben wird. ... Leider werde die Eigenproduktion von Lebensmitteln nicht bei allen Produkten erfüllt (Bohnen, Mais, Erbsen). Positiv zu bewerten sei die Übererfüllung der kubanischen Milchproduktion.⁶⁶

Investitionen 17 Prozent unter dem Jahresplan. Obwohl die Privatisierung der Landwirtschaft das Heil bringen sollte auch dort keine Planerfüllung. Es mangelt an Elektroenergie, die Löhne werden sinken.

Wie wird das Ende 2016 reflektiert? Dazu Raul Castro vor der Nationalversammlung:

„Companeras und Companeros, die letzten Tage des Jahres waren wie gewöhnlich von intensiven Aktivitäten gekennzeichnet. Am, vergangenen Samstag hielten wir die Sitzung des Ministerrates ab, der beschloss, der Nationalversammlung den Wirtschaftsplan und den Entwurf des Staatshaushaltes für das Jahr 2017 vorzulegen, die wir am heutigen Tag analysierten.

Im Unterschied zu vorangehenden Tagungen wurde diesmal keine Auswertung des Verlaufs des Aktualisierungsprozesses des Wirtschafts- und Sozialmodells vorgenommen. Dies geschah in Anbetracht dessen, dass weiterhin am Entwurf seiner Konzeptualisierung und an den Grundlagen des Plans der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung bis zum Jahr 2030 gearbeitet wird. ...

Große Bedeutung messen wir der Notwendigkeit bei, die ausländischen Investitionen in Kuba dynamischer zu gestalten, in Übereinstimmung mit der Leitlinie Nr. 78 der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Partei und der Revolution, die vom Siebten Parteitag beschlossen wurde. Ich gebe zu, dass wir mit diesem Bereich nicht zufrieden sind und dass es häufig zu übermäßigen Aufschieben im Verhandlungsprozess gekommen ist. Es ist erforderlich, ein für alle Mal mit der rückständigen und vorurteilsbehafteten Denkweise gegen die ausländischen Investitionen Schluss zu machen. Um entschlossen in dieser Richtung voranzukommen, müssen wir uns von unbegründeten Ängsten vor ausländischem Kapital befreien. Wir gehen nicht zum Kapitalismus über und werden das auch nicht tun, das ist vollkommen ausgeschlossen, so ist und bleibt es in unserer Verfassung verankert, aber wir dürfen uns nicht vor ihm fürchten und Hindernisse gegen das aufstellen, was wir innerhalb der gültigen Gesetze machen können. Dies erfordert in erster Hinsicht, eine systematische Vorbereitung und Befähigung.

⁶⁶ Granma internacional, August 2016, „Bericht von der Ansprache von Marino Murillo Jorge, Vizepräsident des Ministerrates und Minister für Wirtschaft und Planung“ von Sheyla Delgado Guerra di Silvestrelli, Yudy Castro Morales und Lissy Rodriguez Guerrero

gung der Kader und Fachleute abzusichern, die die Verhandlungen führen, sowie die gründliche Analyse der Unzulänglichkeiten und in der Vergangenheit begangenen Fehler, um diese nie wieder zu begehen. ...

Gehen wir zu einer anderen Angelegenheit über. Am heutigen Morgen (27.12.2016, F.F.) beschloss diese Nationalversammlung bis zur Beendigung der gegenwärtigen Achten Legislaturperiode im Jahre 2018 das Experiment weiter zu führen, das in den Provinzen Artemisa und Mayabeque vorgenommen wird, welches darauf gerichtet ist, die Leitung der Verwaltungsräte von den Provinz- und Gemeindeversammlungen der Volksmacht zu trennen. ...

Ebenso wurde erreicht, auf lokaler Ebene die staatlichen Funktionen von denen der Betriebe zu trennen, wobei sich in diesen Provinzen ein System von Dienstleistungsbetrieben für die Bevölkerung herausgebildet hat. All dies hat es erleichtert, die Anzahl der Funktionäre und Kader der Leitungsstrukturen in den Provinzen und Gemeinden in wesentlichen Maßen zu reduzieren. Es ist jedoch eine Reihe von Unzulänglichkeiten aufgetreten, die die wesentlichen Konzepte des Experiments zwar nicht ungültig machen, aber die Konsolidierung des in die Praxis eingeführten Verwaltungsmodells verhindern, die für den Erfolg der späteren Verallgemeinerung im Rest des Landes erforderlich ist. Einer der aufgedeckten Hauptfaktoren ist der hohe Fluktuationsgrad der Kader auf diesen Ebenen sowie die ungenügende Komplettierung der Belegschaften, weil die Auswahl, Vorbereitung und Kontrolle des Personals unterschätzt wurden. Hinzu kommt die ungenügende Betreuung und Überwachung des Verlaufs des Experiments von Seiten der Organismen und nationalen Einrichtungen, wodurch die Umsetzung der getroffenen Entscheidungen verzögert wurde.“⁶⁷

Ich möchte nur auf zwei Aspekte eingehen:

Erstens auf das Zetern gegen die „unbegründeten Ängste vor ausländischem Kapital“ und die Aufforderung, „ein für alle Mal Schluss zu machen mit der rückständigen und vorurteilsbehafteten Denkweise gegen die ausländischen Investitionen“, gekrönt von der Aussage: „Wir gehen nicht zum Kapitalismus über“ ... weil es ausgeschlossen ist und weil es so in der Verfassung steht ..., „aber wir dürfen uns nicht vor ihm fürchten“. Bei der Kritik an der „rückständigen ... Denkweise“ bzgl. des ausländischen Kapitals befinden wir uns jetzt in durchaus großer Nähe zum „Neuen Denken“ des Herrn Gorbatschow.

Zweitens auf den unbändigen Willen, das so genannte „Experiment“, staatliche Strukturen von den Betrieben zu trennen, zum Erfolg zu führen, damit es „der späteren

⁶⁷ Granma internacional, Januar 2017, „Rede von Raul Castro beim Abschluss der 8. Ordentlichen Sitzungsperiode der Nationalversammlung“

Verallgemeinerung im Rest des Landes“ zur Verfügung steht. Hier ist nicht jemand am Werk, der ein Experiment durchführt, was ja eine praktische Prüfung eines Verfahrens vorurteilslos und mit offenem Ausgang ist, sondern hier ist jemand am Werk, der etwas durchsetzen will.

b) Zusammenfassung der Ergebnisse

Das Resultat der obigen Untersuchung ist furchtbar. Wir finden alle typischen Merkmale des Rückbaus der Planwirtschaft:

Privatisierung von Teilen der Wirtschaft, Rückzug des Staates aus der Wirtschaft, darauf folgend Entwertung der Planung durch ihre Dezentralisierung und „Flexibilisierung“, so dass die Planung nicht mehr verbindlich ist, sondern nur noch eine Art Empfehlung bzw. Prognose darstellt.

Durch die Teilprivatisierung der Wirtschaft werden ein Teil der Produktionsmittel wieder zu Privateigentum und zu Handelswaren, das erfordert die Vergrößerung des Kreditwesens, - und das alles zusammen führt zur Ausweitung der Warenzirkulation, was die Freigabe der Preise einschließt. Das Wertgesetz herrscht fast uneingeschränkt.

Der Gewinn wird die ökonomische Kennziffer für die Staatsbetriebe, die Staatsbetriebe dürfen einen Teil (50%) der erwirtschafteten Gewinnen behalten zwecks Selbsterwirtschaftung der Investitionen oder zur Ausschüttung. Damit erlahmt die Investitionstätigkeit, denn erstens sind die bei den Betrieben verbleibenden Gewinnanteile nicht immer ausreichend für innovative Investitionen und zweitens werden die Gewinnanteile auch gern privat angeeignet (was ja ausdrücklich erlaubt ist).

Der Rückzug des Staates aus der Wirtschaft und deren teilweise Privatisierung heben das Außenwirtschaftsmonopol des Staates auf – siehe Mariel in Kuba.

Das Ganze wird als „Vervollkommnung“ unseres „sozialistischen Wirtschaftsmodells“ verkauft und oft und viel von Harmonie und Einheit gesprochen (siehe Raul Castro, aber auch die chinesische Führung)

Aber die Gesellschaft zerfällt Schritt für Schritt in Einzelinteressen, denn es entsteht auf der einen Seite eine neue Klein- und Mittelbourgeoisie, die entsprechend ihres Klasseninteresses weitere „Liberalisierungen“, „Entbürokratisierungen“ usw. fordern wird, auf der anderen Seite ein Anteil der Arbeiterklasse, der sich in prekärer Beschäftigung oder in Arbeitslosigkeit wiederfindet (die Arbeitslosigkeit soll in Kuba zur Zeit bei 1,8 % liegen, wobei die offizielle Lesart aussagt, dass dies Personen sind, die nicht arbeiten wollen, weil sie andere Einkünfte haben wie Zuwendungen von Familienmitgliedern).

Jetzt Prognosen abzugeben ist selbstverständlich schwierig, die bisherigen Erfahrungen mit einem solchen wirtschaftspolitischen Kurs im Sozialismus zeigen zwei Resultate: die eine Entwicklungsrichtung führte zur annähernden Selbstaufgabe, zur Anlehnung und Öffnung gegenüber dem Imperialismus und schließlich zur offenen Konterrevolution, wie es in der Sowjetunion und in den sozialistischen Ländern Osteuropas geschah. Die andere Entwicklungsrichtung führte zu einer historisch völlig neuen Art der Konterrevolution, nämlich zur Überführung der sozialistischen Ökonomie in eine kapitalistische mittels der Partei, die ehemals eine kommunistische war und heute noch so heißt. So geschehen in China. Eine Entwicklungsrichtung, die zur Stärkung des Sozialismus geführt hätte, ist bisher nicht überliefert.

Nach all dem bleibt mir nichts anderes, als zu sagen, dass ich für Kuba Schlimmstes befürchte.

Frank Flegel

Beiträge zur Geschichte der Sowjetunion

Grover Furr: Trotzki's Pläne

Auszug aus: Grover Furr, 'Trotsky's Amalgams', Kettering/Ohio/USA 2015, S. 374f, S. 512f, deutsche Übersetzung: Gerhard Schnehen.

1. Trotzki für den Rückzug:

Trotzki's Wirtschaftsprogramm aus dem Jahre 1929, damals veröffentlicht im ‚Bulletin der Opposition‘ - Trotzki's Zeitschrift - Nr. 10 vom 23. März 1930, unter dem Titel: ‚Offener Brief an die Kommunistische Partei der Sowjetunion. Der Zustand der Partei und die Aufgaben der linken Opposition‘

„Ein Rückzug ist in jedem Fall unvermeidlich. Er muss so schnell wie möglich und so geordnet wie möglich durchgeführt werden.

Beendet die ‚vollständige‘ Kollektivierung und ersetzt sie durch eine vorsichtige Herangehensweise auf der Grundlage einer echten Wahlfreiheit. ... Beendet die Politik der administrativen Abschaffung des Kulaken. Die Einschränkung der ausbeuterischen Tendenzen des Kulaken wird aber für lange Jahre eine Notwendigkeit bleiben.

Beendet das ‚Pferde-Galopp-Tempo‘ der Industrialisierung. Geht an die Frage des Entwicklungstempos im Lichte der Erfahrung neu heran, unter Berücksichtigung der

Notwendigkeit einer Anhebung des Lebensstandards der Massen. Geht die Frage der Qualität der Produktion direkt an, da sie sowohl für den Konsumenten als auch für den Produzenten lebenswichtig ist.

Gebt das ‚Ideal‘ einer geschlossenen Wirtschaft auf. Arbeitet eine neue Planvariante aus, basierend auf einer größtmöglichen Interaktion mit dem Weltmarkt.

Um den notwendigen Rückzug zu bewerkstelligen, muss das strategische Arsenal (der UdSSR) erneuert werden, ohne allzu großen Schaden zu nehmen und ohne die Perspektive aus den Augen zu verlieren. ...“

Dazu Grover Furrs Kommentar:

Die Beendigung der Kollektivierung, die Beendigung der Abschaffung des Kulaken als Klasse sowie der schnellen Industrialisierung, eine verstärkte Rolle des Außenhandels und das, was Trotzki als die ‚Notwendigkeit‘ eines höheren Lebensstandards ansieht – diese Politik (wenn sie überhaupt möglich gewesen wäre), hätte bedeutet, dass man den Märkten eine größere Rolle und dem Staat eine kleinere hätte einräumen müssen. Trotzki trat für eine staatlich regulierte kapitalistische Warenproduktion ein ähnlich wie bei der Neuen Ökonomischen Politik. Trotzki rechtfertigte dies damit, dass es ‚unvermeidlich‘ und ‚ein notwendiger Rückzug‘ sei.

Dieses Programm aus dem Jahre 1929 ist der ‚Rjutin-Plattform‘ aus dem Jahre 1932 sehr ähnlich. Wir wissen heute, dass sie nicht von Rjutin, sondern von Bucharin, Tomski und andere führende rechte Politiker verfasst wurde (S. 375).

2. Trotzki's Putschplan: Stalin muss ermordet werden

S. 509, ebenda (Dokumentenanhang): Sborowski* – Sedow-Unterhaltung (Trotzki's Sohn) über die Ermordung Stalins. Quelle: Costello & Zarew, Tödliche Illusionen, S. 283, 22. Januar 1937.

8. Februar 1937 (Datum der Unterhaltung zwischen Sborowski und Sedow). Sborowskis Bericht dazu: „Am 22. Januar (1937, zur Zeit des Prozesses gegen das trotzkistische Zentrum in Moskau, als führende Trotzki'sten, die von Trotzki aus dem Ausland angeleitet worden waren, auf der Anklagebank saßen – Übers.) sagte L. Sedow während unserer Unterhaltung in seiner Wohnung bezugnehmend auf den Zweiten Moskauer Prozess und die Rolle der Angeklagten Radek, Pjatakow u.a. Folgendes:

‚Jetzt besteht kein Grund mehr zu zögern. Stalin muss getötet werden.‘

Für mich kamen diese Sätze so unerwartet, dass ich darauf zuerst gar nicht richtig reagieren konnte. Sedow lenkte das Gespräch dann sofort auf andere Fragen.

Am 23. Januar sagte L. Sedow in meiner Anwesenheit und auch in Anwesenheit von L. Estrina etwas Ähnliches wie am 22. Darauf sagte L. Estrina: ‚Halt deinen Mund!‘ Wir kamen auf die Frage nicht mehr zurück.

Seit 1936 hat ‚Sonny‘ (das ist Sedows Spitzname – Übers.) mit mir nicht mehr über den Terror gesprochen. Erst vor zwei oder drei Wochen, nachdem die Gruppe sich wieder getroffen hatte, fing Sonny wieder an, über dieses Thema zu sprechen.

Das erste Mal versuchte er nur ‚theoretisch‘ zu beweisen, dass der Terrorismus dem Marxismus nicht widerspricht. ‚Der Marxismus‘, so Sonny, ‚lehnt den Terrorismus nur insofern ab, als die Bedingungen des Klassenkampfes für den Terrorismus ungünstig sind, aber es gibt Bedingungen, unter denen Terrorismus notwendig wird.‘

Das nächste Mal fing Sonny wieder vom Terrorismus an, als ich in seine Wohnung kam, um dort zu arbeiten. Als er die Zeitung las, sagte er, dass angesichts der Tatsache, dass das gesamte Regime in der UdSSR von Stalin unter Beschlag genommen worden sei, es genüge, bloß Stalin umzubringen, und schon würde es kollabieren. Er hat vorher schon einmal so etwas gesagt, aber er hatte es nie so klar formuliert. Bei diesem letzten Mal kam er immer wieder auf dieses Thema zu sprechen, und betonte die Notwendigkeit, den Genossen Stalin umzubringen, auf besondere Weise.

Im Zusammenhang mit diesem Gespräch fragte mich Sonny, ob ich ganz allgemein gesprochen Angst vor dem Tod hätte und ob ich in der Lage wäre, einen terroristischen Anschlag auszuführen. Auf meine Antwort hin, dass dies davon abhängen würde, ob es notwendig und zweckmäßig sei, sagte Sonny, dass ich nicht richtig verstehen würde, was ein ‚richtiger‘ Terrorist ist und versuchte mir zu erklären, was für Eigenschaften Leute haben müssten, die in der Lage sind, terroristische Anschläge auszuführen.

Was die Taktik des Terrors anging, bezog er sich auf die Frage der Kader. Er meinte, dass das die entscheidende Frage sei. Ein Terrorist, so Sonny, müsse immer bereit sein, in den Tod zu gehen. Der Tod müsse für den Terroristen eine tägliche Realität sein, und er illustrierte dann diese These anhand der Psychologie der Narodowolzen**. Daraufhin machte er die Bemerkung, dass, seiner Meinung nach, ich zu weich sei für dieses Geschäft.

Die Unterhaltung zu diesem Thema wurde dann dadurch abgebrochen, dass ein Nachbar hereinkam, und später ist das Gespräch dazu nicht mehr fortgesetzt worden.

M. Sborowski

11. 11. 1938“

*Sborowski war ein Agent der sowjetischen Geheimpolizei, der das Vertrauen von Trotzki's Sohn Sedow - das ausführende Organ Trotzki's - gewann und der für ihn Schreibarbeiten erledigte.

**Narodowolzen. Eine Gruppe der sog. Volkstümler, die unter Zar Alexander II. terroristische Anschläge ausführten und auch ihn umbrachten, in der Annahme, dass sich das Volk dadurch vom Zarismus befreien könne. Die Folge war jedoch nur ein verstärkter Terror des Zarenregimes gegen die damalige Opposition.

Emko: Dämon Stalin?

Zum 64. Todestag J.W.Stalins am 5. März 2017 lief am Abend zuvor bei n-tv das als Reportage getarnte Propaganda-Stück „Apokalypse Stalin - Der Demon“⁶⁸. Untertitelt mit „Der sowjetische Diktator Joseph Stalin versetzte Land und Bürger während seiner Regierungszeit in Angst und Schrecken. Er tötete Millionen Menschen, die er für politische Gegner hielt“ wurde erneut an den Haaren herbeigezogen, was Heerscharen von in westlichem Sold stehende Geschichtsverdrehler über Jahrzehnte zusammentrugen. Hauptsächlich stützten sich all diese auf die Beschuldigungen aus zwei Quellen: auf die von Trotzki und die der deutschen Faschisten. Alles zusammen verdichtete sich zum diesjährigen Stalin-Horror bei n-tv. Und der deutsche Medien-Konsument gruselt sich und schwört: Nie wieder Kommunismus! Genau das soll er.

Doch wie ist das heutige Stalin-Bild innerhalb der seit der Niederlage des deutschen Imperialismus vergangenen 70 Jahren in den westeuropäischen Staaten überhaupt zustande gekommen? Gehen wir zurück zum Ende des 2. Weltkriegs. Für den entstehenden "Westen" ging es damals vorrangig um zwei Dinge: Man wollte den in Europa Staat gewordenen Sozialismus um jeden Preis - auch um den Preis eines weiteren Krieges - zurückrollen, und man wollte noch immer an die Reichtümer der Sowjetunion herankommen, was um 1920 (trotz der Interventionen von 14 Invasions-Armeen) ebenso wie ab 1941 misslang.

Die Sowjetunion musste dazu getreu der Churchill zugeschriebenen Parole, mit den deutschen Faschisten sei "das falsche Schwein" geschlachtet worden, durch den Imperialismus ins Visier genommen werden. Das begann schon vor Kriegsende, z.B. mit der Bombardierung Dresdens, um den Vormarsch der Roten Armee kurz nach den Beschlüssen von Jalta zu behindern. Dies gelang.

Zum Aufbau einer neuen Konfrontation musste aber Stalin, der 1945 auch in Westeuropa sehr populär war, mit allen von Goebbels geerbten Mitteln und Propaganda-

⁶⁸ Gemeint war wohl „Dämon“.

Lügen dämonisiert und seines Ansehens beraubt werden. Dazu konnte man tatsächlich sogar noch ein paar "Kronzeugen" aus der Sowjetunion mit ins Boot holen. Das waren z.B. der mit Nazis und US-Regierung kungelnde Trotzki⁶⁹ oder auch ein Herr Chruschtschow, dessen eigenes fehlerhaftes Handeln in den Dreißigern nur noch übertroffen wurde durch seine Unfähigkeit und Verlogenheit als späterer Staats- und Partei-Chef⁷⁰.

Die Dämonisierung Stalins war nötig, denn das große Ansehen und die größten Erfolge der Entwicklung der Sowjetunion sind eng mit seiner Regierungszeit verbunden. Dies betrifft bei weitem nicht nur den Triumph über die damalige größte Militärmacht, das faschistische Deutschland. Denn dieser Sieg wurde z.B. erst möglich vor dem Hintergrund einer sozialistischen Industrialisierung, die zwischen 1930 und 1940 zu Zuwachsraten der Industrieproduktion von jährlich durchschnittlich 16,5% führte. Und durch Investitionen in die Landwirtschaft und die Kollektivierung wurde, trotz des Klassenkampfes auf dem Land (1931-32), die Agrarproduktion binnen zehn Jahren enorm gesteigert. So lag die Getreideproduktion 1931 noch bei 69,5 Mill. Tonnen, 1937 aber betrug sie bereits die Rekordsumme von 120,9 Mill. Tonnen. Dies soll an Beispielen genügen, zahlreiche weitere wären zu nennen.⁷¹

Es ging um derartige wie die oben genannten Erfolge und Fakten, die die Sowjetunion zu einer äußerst positiven Kraft in der Sicht der Völker werden ließen, was sich natürlich auch auf das Ansehen ihrer Führung auswirkte: Stalin war ein Symbol des erfolgreichen und siegreichen Sozialismus. Für die Völker Europas war er aber noch weit mehr. Zum Beispiel verkörperte er als Garant des proletarischen Internationalismus auch erfahrene Solidarität, sei es im Spanien-Krieg oder bei der Befreiung von Konzentrationslagern und osteuropäischen Ländern vom Faschismus.

Wollte man von Westen aus den Sozialismus wie auch den guten Ruf der Sowjetunion beseitigen, ging es nicht nur um den Aufbau gigantischer Rüstungskapazitäten im „Kalten Krieg“, sondern es musste v.a. auch das positive Image der Sowjetunion und Stalins zerstört werden. Dies erfolgte nach 1945 verstärkt bis in unsere Tage hinein, z.T. sogar unter Ausnutzung platter Nazi-Propaganda wie z.B. zum „ukrainischen

⁶⁹ vgl. Sayers/Kahn: Die große Verschwörung. Verlag Volk und Welt. Berlin 1953. S.201-339

⁷⁰ vgl. Grover Furr: Chruschtschows Lügen. Verlag Das Neue Berlin. Berlin 2014

⁷¹ Zu einem weiteren Stützpfiler, dem der sozialistischen Demokratie, siehe: Michael Kubi: Die Sowjetdemokratie und Stalin. Hrsg. offen-siv. Hannover 2015

Hunger-Holocaust“, „Katyn“ usw.⁷² Zu „Katyn“ halfen nach 1990 sogar russische Stellen, die sich im Gegenzug finanzielles Entgegenkommen sichern wollten.⁷³

Die Delegitimierung Stalins lief dabei folgerichtig auf den Ebenen ab, die der Sowjetunion seiner Regierungszeit erst ihr Prestige gebracht hatten; die folgende Aufzählung ließe sich beliebig fortsetzen:

* Sie betraf die wirtschaftliche Ebene: Den bekannten Erfolgen des sozialistischen Aufbaus wurde z.B. die Propaganda des „Hunger-Holocaust“ entgegengestellt.

* Sie betraf die demokratische Ebene: Der Demokratisierung durch die Diktatur des Proletariats, der Macht der Räte wurde die Propaganda der „Schauprozesse“ bzw. prinzipieller Ungesetzlichkeit entgegengestellt.

* Sie betraf die militärische Ebene: Dem Sieg über den deutschen Faschismus wurde z.B. die Propaganda von Stalins „Versagen“ bei Kriegsbeginn entgegengestellt.

All diese Bereiche eines platten Antikommunismus wurden z.B. in der alten BRD pseudo-„wissenschaftlich“ unterfüttert.

Beispielsweise erschien bereits 1961 zum Thema der „stalinistischen Verfolgungen“ etc. die weit verbreitete Broschüre „Roter und Brauner Terror in Zahlen“⁷⁴. Sie und andere dienten bereits vor Jahrzehnten der Entwicklung und Installierung der Totalitarismus-Doktrin der Herrschenden – „rot gleich braun“. Abermillionen Tote wurden zusammenaddiert und Stalin vorgeworfen. Auf die Frage, warum dennoch die Bevölkerungszahl der Sowjetunion von ihrer Gründung bis 1941 deutlich anstieg, wurde nicht eingegangen. Auch wurden entlastende Zeugnisse wie z.B. die zeitgenössischen Berichte des deutschen Schriftstellers Lion Feuchtwanger über die „Moskauer Prozesse“ 1936-1938 ignoriert.⁷⁵

⁷² vgl. Ludo Martens: Stalin anders betrachtet. Berchem 1998; und: offen-siv 8/2014: Stalinheft II. Zur Geschichte der Sowjetunion. Forschungen und Dokumente. (http://www.offen-siv.net/2014/14-08_Stalinheft_2.pdf)

⁷³ siehe zu Katyn auch die Artikel auf „Sascha’s Welt“ (<https://sascha313.wordpress.com/?s=Katyn>)

⁷⁴ Ottmar Bühler: Roter und Brauner Terror in Zahlen. Verlag Karl Wenschow. München 1961

⁷⁵ Mit der Festigung der Sowjetunion wurde ab ca. 1930 v.a. durch den „Block der Rechten und Trotzlisten“ mehr und mehr versucht, die Sowjetunion von innen heraus zu zerstören, wozu Sabotage, terroristische Anschläge und Morde gehörten. Der „Block“ plante „die Ermordung von Stalin, Kaganowitsch, Molotow und anderen im Rahmen eines Staatsstreiches, den sie eine ‚Palastrevolte‘ nannten. Der Block ermordete tatsächlich Kirow.“ Der sowjetische Staat reagierte entsprechend hart, ging es doch darum, die Volksmacht zu schützen und eine Konterre-

Es war Stalin, der 1938 aus dem Ruder laufende Verhaftungen und Verurteilungen beendete. Der faschistische Nazi-Geheimdienst war tatsächlich effektiv gewesen. Offenbar schafften es die Deutschen nicht nur, den sowjetischen Chefankläger Jeschow umzudrehen, dessen „Jeschowschtschina“ allein schon den Wert einer „5. Kolonne“ hatte, welche später in anderen europäischen Staaten den Nazis den Sieg ermöglichten.⁷⁶ Dazu gehörte z.B. auch, dass viele aus Nazi-Deutschland geflüchtete Kommunisten und Antifaschisten hintenherum von deutscher Seite in der Sowjetunion als Nazi-Spione denunziert wurden.

Begünstigt wurde die Nachkriegs-Propaganda gegen Stalin ausgerechnet aus der Sowjetunion selbst heraus, v.a. seit der Einsetzung des Revisionisten Chruschtschow als Generalsekretär und Ministerpräsident und insbesondere ab dem XX. Parteitag der KPdSU. Ohne die Chruschtschows und (nachfolgend) Gorbatschows mitsamt ihrer Gefolge, mitsamt ihrem ideologischen Revisionismus und dessen lähmenden Folgeerscheinungen in Wirtschaft und Gesellschaft wäre es für den Imperialismus wohl sehr viel schwieriger gewesen, in der Sowjetunion/Osteuropa seine Konterrevolution durchzusetzen. Diese gründete eben v.a. auch auf die Demontage Stalins, was den Schriftsteller Peter Hacks angesichts der Zerstörung des Stalin-Denkmal in Berlin sehr hellsehtig formulieren ließ:

"Lenins Trümmer sind dies. Letztes Jahr
Ward sein Bild zerstört und hier vergraben.
Als sie Stalin kippten, das war klar,
War auch Lenin nicht mehr lang zu haben."

Auch Stalin war klar, dass ein ideologisches Zurückweichen vor dem Imperialismus die Niederlage in sich barg. Er formulierte lange zuvor in den dreißiger Jahren:

volution zu verhindern. Allerdings spielte der durch den deutschen Geheimdienst rekrutierte Jeschow eine unrühmliche Hauptrolle. Er und seine Männer an der Spitze des NKWD zählten auf eine Invasion durch Deutschland, Japan oder ein anderes wichtiges kapitalistisches Land und betrieben nicht zu rechtfertigende Verfolgungen und Massenerschießungen in den Jahren 1937 und 1938.

Vgl. hierzu:

Gruver Furr: Die fortdauernde Revolution in der sowjetischen Gesellschaft während der Stalin-Zeit. In: offen-siv 1/2016. S. 36 ff.

Lion Feuchtwanger: Moskau 1937. Ein Reisebericht für meine Freunde. Querido Verlag. Amsterdam 1937

⁷⁶ Josef Stalin: Geschichte der KPdSU(B). Kurzer Lehrgang. Verlag Neuer Weg. Berlin 1945. S. 435f.

„Man darf nicht zulassen, dass es im Führungsstab der Arbeiterklasse Skeptiker, Opportunisten, Kapitulanten und Verräter gibt. [...] Es ist im Inneren, dass sich Festungen am leichtesten erobern lassen.“⁷⁷

Und heute? Trotz der Propaganda-Sendungen, die noch immer die Wohnstuben verpesteten, wandelt sich durch zahlreiche wissenschaftliche Abhandlungen das Bild Stalins. Zwar bleibt – vor allem in der BRD! – eine positive Sichtweise auf Stalin verpönt. Doch mehr und mehr derjenigen, die sich hierzulande als Marxisten-Leninisten verstehen, stellen nach und nach fest:

Es war das Hauptverdienst und Werk von Marx und Engels, die sozialistische Theorie durch zahlreiche Untersuchungen und Forschungen aus dem Umfeld einer illusionären Utopie in den Rang einer Wissenschaft erhoben zu haben. Ihnen nachfolgend war es das Hauptverdienst und Werk von Lenin und Stalin, dem Sozialismus gesellschaftliches Leben zu verleihen und das, was bislang als Befreiung und Fortschritt nur denkbar war, in die Praxis umzusetzen.

Wir Kommunisten sind nach der Niederlage von 1989/90/91 erneut und noch immer im Lernprozess. Dabei lernen wir entweder auch, die Leistungen aller vier oben genannten Genossen in ihrem Umfang zu erfassen, zu begreifen und sie in ihrer Gesamtheit als Schlüssel für die kommenden Kämpfe zu nutzen – oder wir haben nichts gelernt.

Gerhard Schnehen (Übersetzung): Die Anklage gegen Gorbatschow, Jakowlew und Schewardnadse beim Generalstaatsanwalt der Russischen Föderation, Februar 1992, Auszug.

In: G. Schnehen, ‚Die Ära der Perestroika‘, Bochum 2016

Antrag auf Einleitung eines Strafverfahrens gegen GORBATSCHOW, Michail Sergejewitsch; JAKOWLEW, Alexander Nikolajewitsch; SCHEWARDNADSE, Eduard Amwrosijewitsch wegen besonders gefährlicher Staatsverbrechen nach den Paragraphen des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation, § 64: Vaterlandsverrat; § 69: Sabotage; § 70: Verbreitung verleumderischer Lügen mit dem Ziel der Untergrabung der Sowjetmacht, der Verunglimpfung des sowjetischen Staats- und Gesellschaftssystems; § 73: besonders gefährliche Verbrechen gegen andere Staaten der Werktätigen.

⁷⁷ ebenda

Der vorliegende Antrag wurde erstellt im Zusammenhang mit den vermehrten Forderungen der Sowjetmenschen, die erschüttert sind über die Zerstörung des ersten sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaates und der sozialistischen Gemeinschaft in der Welt, um die darin beschuldigten Personen aus der höchsten Führung der Sowjetunion zur strafrechtlichen Verantwortung zu ziehen.

Diese Personen sind:

Gorbatschow, M. S., Präsident der UdSSR, Generalsekretär der KPdSU, Vorsitzender des Verteidigungsrates, Oberbefehlshaber;

Jakowlew, A. N., Mitglied des Präsidialrates, Berater des Präsidenten, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Vorsitzender der ZK-Kommission der KPdSU für Fragen der internationalen Politik, ‚Architekt‘ und ideologischer Anführer der ‚Perestroika‘;

Schewardnadse, E. A., Außenminister der UdSSR, Mitglied des Präsidialrates, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU.

Die Analyse der offiziellen Dokumente, bei deren Vorbereitung Gorbatschow, Jakowlew und Schewardnadse die entscheidende Rolle einnahmen, die Analyse ihrer Auftritte bei verschiedenen Foren und in den Massenmedien, die Gegenüberstellung ihrer Positionen zu unterschiedlichen Fragen der Innenpolitik und der internationalen Politik auf der Grundlage der im April 1985 eingeführten Perestroika, gibt Anlass für folgende Schlüsse:

Gorbatschow und die genannten Personen aus seiner engsten Umgebung, die der Hass auf den Sozialismus zusammenschweißte, nahmen höchste Ämter in Staat und Regierung ein und setzten eine Reihe vorsätzlicher, früher als konterrevolutionär bezeichnete Verbrechen ins Werk, mit dem Ziel, die Sowjetunion und das in der Verfassung der UdSSR verankerte politische und ökonomische System zu zerstören, die sozialistischen Errungenschaften des Sowjetvolkes und der Völker der Länder Osteuropas zu liquidieren, für deren Befreiung vom Faschismus über eine Million sowjetischer Soldaten ihr Leben gelassen haben.

Sie spekulierten mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die in den 60iger Jahren entstanden, sich in den siebziger und in der ersten Hälfte der achtziger Jahre weiterentwickelt haben wie auch mit dem Vertrauen des Volkes auf die ‚Perestroika‘ und seinem Bestreben nach einer Vervollkommnung des Sozialismus. Dabei schickten sie sich an, eine in allen Einzelheiten und mit den Führern einiger westlicher Staaten gut koordinierte Politik umzusetzen, um den Kapitalismus in unserem Land und in den Ländern Osteuropas zu restaurieren.

Um dieses Ziel zu verschleiern, wichen sie von den Prinzipien der Parteiführung ab, organisierten dies unter dem Deckmantel der Glasnost und dem Pluralismus der Meinungen, förderten und organisierten eine Propagandakampagne, mit dem Ziel, den Anschein zu erwecken, sie wollten den Sozialismus verbessern. Tatsächlich jedoch wollten sie ihn zerstören.

Um dieser Kampagne günstige Bedingungen zu verschaffen, wurde die im Strafgesetzbuch der Unionsrepubliken vorgesehene Verantwortung für antisowjetische Propaganda und Agitation auf die Schwächung und Untergrabung der Sowjetmacht ausgerichtet, sowie auf die Verbreitung von Verleumdungen und Verunglimpfungen des Gesellschafts- und Staatssystems (§ 70 Strafgesetzbuch der RSFSR) aufgehoben.

Gorbatschow, Jakowlew und Schewardnadse haben folgende, besonders gefährliche Staatsverbrechen begangen:

I. VATERLANDSVERRAT

Als Generalsekretär des ZK der KPdSU, Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, sodann Vorsitzender des Obersten Sowjets der UdSSR und Präsident der UdSSR, holte Gorbatschow als seine nächsten Berater Jakowlew und Schewardnadse in die Schlüsselpositionen von Partei und Staat, die für ihre antisowjetischen Ansichten bekannt waren, zu Opportunismus und Prinzipienlosigkeit neigten und fähig waren, die öffentliche Meinung zu manipulieren und die Zerstörung des Sozialismus und die Restauration des Kapitalismus durch das Programm der ‚Perestroika‘ theoretisch zu begründen.

Sie bildeten eine stabile, durch die Einheit von Überzeugungen und Absichten zusammengeschweißte Gruppe im Politbüro des ZK der KPdSU und im Präsidialrat, um praktisch die Ideologie für die Innen- und Außenpolitik der UdSSR zu schaffen, den Sozialismus und seine wichtigsten Einrichtungen zu zerstören. Dabei operierten sie mit den Methoden von Verschwörern, die ihre wahren Ziele vor dem Volk verbergen.

Die Gesamtheit der von ihnen verübten Aktionen wie auch die Folgen dieser Handlungen geben Grund zu der Annahme, dass sie auf die Seite des Feindes überliefen, das heißt auf die Seite der imperialistischen Staaten, die bis in die jüngste Zeit ihre feindselige Einstellung gegenüber unserem Land nicht verhüllten, die dann durch die Verschwörer zu den Verbündeten der ‚Perestroika‘ gezählt werden konnten.

Der Übergang auf die Seite des Feindes besteht darin, dass sie Handlungen begingen oder in jedem einzelnen Fall daran beteiligt waren, die Folgen nach sich zogen wie zum Beispiel:

- Die Zerstörung des in der Verfassung der UdSSR fixierten Volkseigentums, das die wirtschaftliche Machtgrundlage des Landes darstellt;

- Die Untergrabung der Macht der Sowjets der Volksdeputierten auf allen Ebenen, welche die politische Grundlage des Staates verkörpern;
- Die Abwicklung einer neuen Zerstörungsetappe der sozialistischen Wirtschaft durch die Einführung einer Marktwirtschaft kapitalistischen Typs, ohne dafür die Meinung des Volkes durch ein Referendum einzuholen;
- Die Kapitulation vor den imperialistischen Staaten des Westens unter dem Deckmantel der Entideologisierung der Außenpolitik mit dem Ziel, günstige Bedingungen für die Restauration des Kapitalismus zu schaffen;
- Die Untergrabung der Militärmacht des Landes durch die Diskreditierung der Armee, die Zerstörung der neuesten Militärtechnik, die verbrecherische Konversion der Verteidigungsindustrie, die Übergabe von Militärgeheimnissen an die westlichen Länder, ungeachtet dessen, dass diese ihre Militärmacht ausbauen;
- Die Untergrabung der Sicherheit des Landes durch die Diskreditierung der KGB-Organen, die drastische Senkung ihrer Aktivität und die Zersetzung der Kader;
- Die Zerstörung der KPdSU als führende Kraft der sowjetischen Gesellschaft, der Verzicht auf den ideologischen Widerstand gegen den Kapitalismus unter dem Deckmantel des Pluralismus der Meinungen und der Demokratisierung der Gesellschaft, die Schaffung von Parteien und Gruppierungen, die das Hauptziel der Verschwörer, die Restauration des Kapitalismus durch die Zerstörung des Sozialismus unterstützen;
- Die von den Verschwörern sanktionierten Austritte Litauens, Lettlands und Estlands aus dem Verband der UdSSR, was der Souveränität, der territorialen Integrität, der staatlichen Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit der UdSSR Schaden zufügte. Dabei wurde auch das Gesetz vom 3. April 1990 über das Austrittsverfahren missachtet;
- Der Zerfall der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die Veränderung des Gesellschaftssystems, die faktische Auflösung des Obersten Sowjets der UdSSR und des Volksdeputiertenkongresses der UdSSR sowie des Ministerkabinetts der UdSSR.

Dies sind nur einige der Folgen der konterrevolutionären Tätigkeit der Verschwörer, die das Vaterland verraten haben. In ihren Aktivitäten schlossen sie sich mit den Imperialisten zusammen, deren Ziel es war, die Sowjetunion und die sozialistischen Errungenschaften ihrer Völker zu zerstören. Sie übernahmen die Methoden der ausländischen ideologischen Diversanten: Zunächst sind die Sowjetmenschen von der Ideologie des Marxismus-Leninismus abzubringen, dann muss man ihnen die eigenen Einschätzungen des Kapitalismus aufzwingen, nationalistische Stimmungen anheizen und eine negative Einstellung zur KPdSU und der Staatsmacht einflößen.

Mit Hilfe der Vaterlandsverräter ist es den Imperialisten gelungen, die Aufgaben zu verwirklichen, an deren Ausführung sie über Jahrzehnte ergebnislos gearbeitet haben.

II. VERBRECHISCHE VERLEUMDERISCHE LÜGEN zur Verunglimpfung des sowjetischen Staats- und Gesellschaftssystems, um die Sowjetmacht zu untergraben.

Dieses besonders gefährliche Staatsverbrechen beruhte auf der Verbreitung der genannten Lügen, die von den Massenmedien in Umlauf gebracht wurden.

Die imperialistische Propaganda hat bekanntlich den ‚Stalinismus‘ erfunden, um das sowjetische Staats- und Gesellschaftssystem zu diskreditieren. Ausgerechnet Gorbatschow hat diese Aktion 1986 folgendermaßen eingeschätzt:

„Der Stalinismus ist der Begriff, den die Gegner des Kommunismus ausgeheckt und breit ausgeschlachtet haben, um die Sowjetunion und den Sozialismus insgesamt anzuschwärzen.“

Zu gerade diesem Zweck entfachten sie eine Anti-Stalin-Hysterie, erklärten Stalin zum Verbrecher und setzten dabei auf folgenden propagandistischen Trick: Von welchen sozialistischen Errungenschaften kann da eigentlich die Rede sein, wenn an der Spitze von Staat und Partei ein Verbrecher stand, der sich auf Kriminelle aus seiner Umgebung stützte?

Nach dieser Vorgabe diskreditierten die Massenmedien das sowjetische Staats- und Gesellschaftssystem, indem ihm Etiketten wie ‚Kasernensozialismus‘, ‚totalitäres System‘, ‚administratives Kommandosystem‘ usw. angehängt wurden.

Sie verleumdete die allergrößte Errungenschaft der Völker, indem sie die Sowjetmenschen davon zu überzeugen versuchten, dass die zuvor durchgeführte Nationalitätenpolitik die Völker auseinander trieb und die blutigen Konflikte zwischen den Nationalitäten in den Jahren der ‚Perestroika‘ die Folge der Stalinschen Nationalitätenpolitik gewesen sei.

Später haben die Verschwörer mit ihren massiven Verleumdungskampagnen das angestrebte Ziel erreicht: Die Zerstörung der kommunistischen Moral, die Entstehung eines moralischen Vakuums, die geistige Verarmung des Menschen, die Herstellung eines Zustands der Gleichgültigkeit sowie die Bereitschaft, den Kapitalismus und die bürgerliche Moral zu übernehmen.

Im Zusammenhang damit, dass auf Initiative der Verschwörer der Paragraph 70 des Strafgesetzbuches der RSFSR aufgehoben wurde, wonach man für die Verbreitung von Verleumdungen und Lügen zur Verunglimpfung des sowjetischen Staates und der Gesellschaft strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden kann, um günstige Bedingungen für ihre kriminellen Ziele zu schaffen, bitte ich Sie darum, den Obersten

Sowjet der Russischen Föderation aufzusuchen und zu beantragen, den erwähnten Paragrafen wieder ins Strafgesetzbuch aufzunehmen.

Dies stellt die unerlässliche Voraussetzung dafür dar, Gorbatschow, Jakowlew und Schewardnadse nach § 70 des Strafgesetzbuches der RSFSR anzuklagen.

III. SABOTAGE

Sabotageakte in Form von Handlungen oder unterlassener Handlungen wurden in staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen ausgeführt, die auf die Untergrabung des Industrie- und Verkehrswesens, der Landwirtschaft, des Handels und anderer Branchen der Volkswirtschaft abzielten, mit dem Ziel, den Sowjetstaat zu schwächen (§ 69 Strafgesetzbuch).

Es besteht keine Notwendigkeit, die Folgen der Sabotagetätigkeit Gorbatschows und seiner Komplizen in allen Branchen der Volkswirtschaft sowie im System der Verwaltungsorgane im Einzelnen zu belegen, denn die ‚Perestroika‘ stellt an sich schon eine ununterbrochene Kette von Sabotageakten dar, die darauf gerichtet war, den Sowjetstaat vorsätzlich und geplant zu zerstören. Auf diese Weise haben Gorbatschow und seine Komplizen ihre Sabotagetätigkeit getarnt.

Bei seinen Auftritten ‚warnte‘ er vor der Zerstörungskraft der Gesetzlosigkeit im wirtschaftlichen Bereich, sah aber fünf Jahre lang untätig zu, wie die Misswirtschaft in Sabotage überging. Er lenkte die ‚Aufmerksamkeit‘ der Führungskräfte auf allen Ebenen darauf, aber fragte kein einziges Mal beim Generalstaatsanwalt der UdSSR nach, warum dieser nicht einen hochrangigen Funktionär zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen hat – Funktionäre, die unter dem Vorwand, die ‚wirtschaftliche Selbstständigkeit‘ zu entwickeln, unverhüllt Sabotageakte anordneten. Er übermittelte den Führungskräften aller Ebenen sein ‚Sorge‘, weil die Verbrecherwelt bereits Anschläge auf die materiellen Ressourcen und die unantastbaren Reserven des Landes verübte, rührte aber kein einziges Mal den Finger, um die Hintermänner der Schattenwirtschaft zu entlarven, die die ökonomische Konterrevolution ausnutzten. Um seine direkte Beihilfe und die seiner Komplizen für die Sabotage zu maskieren, erdachte er sich die Theorie, die er durch die Massenmedien breit propagieren ließ, wonach es in den Jahren der ‚Perestroika‘ keinerlei Sabotage geben könne und die Sabotage ein ‚Hirngespinnst Stalins‘ gewesen sei.

IV. VERSTOß GEGEN § 73 DES STRAFGESETZBUCHES DER RSFSR

Dort heißt es:

„Kraft der internationalen Solidarität der Werktätigen werden besonders gefährliche Staatsverbrechen, die gegen einen anderen Staat der Werktätigen verübt werden, nach den Paragrafen 64 und 72 des Strafgesetzbuches bestraft.“

Im Verlaufe von über vierzig Nachkriegsjahren ist es den imperialistischen Nachrichtendiensten nicht gelungen, das sozialistische Weltssystem zu zerstören, und es wäre ihnen auch nicht gelungen, hätten sich Gorbatschow und Konsorten nicht ihrer zerstörerischen Tätigkeit angeschlossen. Dabei gingen sie davon aus, dass die Diskreditierung des Sozialismus als ‚Stalinismus‘ eine internationale Orientierung besitzt, die vor allem auf die Länder Osteuropas abzielte, in denen die sozialistischen Umgestaltungen mit aktiver Unterstützung der Sowjetunion stattfanden. Gerade deshalb fand die Zerstörung des Sozialismus in diesen Ländern unter den bei den Verschwörern entliehenen Losungen von der ‚Befreiung vom aufgezwungenen Kasernensozialismus‘ und vom ‚Stalinismus‘ statt.

Indem sie auf diese Weise die Grundlagen des Sozialismus in diesen Ländern untergruben und verleumderische Lügen zur Verunglimpfung von deren Staats- und Gesellschaftssystem verbreiteten, haben die Verschwörer Verbrechen nach den Paragraphen 64 und 73 des Strafgesetzbuches der RSFSR begangen und sollten nach diesen Bestimmungen aufgrund der internationalen Solidarität der Werktätigen bestraft werden.

Indem sie ihre wahren Ziele verbargen, haben Gorbatschow und Komplizen das Sowjetvolk und die Völker der Länder Osteuropas mit ihren Erklärungen über ihren angeblichen Einsatz für die Sache des Sozialismus dort getäuscht. Ihre heuchlerische und doppelzünglerische Politik ist besonders am Beispiel der DDR deutlich geworden. Dieses Land widerstand der ihm aufgezwungenen ‚Perestroika‘ hartnäckiger als andere Länder, um seine sozialistischen Errungenschaften zu behaupten. Buchstäblich drei Monate vor dem Verrat der DDR durch die Verschwörer hat Gorbatschow Honecker und der DDR noch ‚große Erfolge beim sozialistischen Aufbau‘ gewünscht und Honecker als einen Genossen aus alten Zeiten bezeichnet. Aber während dieser Zeit wurde der erste sozialistische Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden verraten und verkauft.

Der Vorsitzende des Rates der Verteidigung und der Oberkommandierende, Gorbatschow und seine Komplizen, die mit ihm zusammen die DDR verraten haben, willigten ein, 24 der modernsten und geheimsten Superschall- und Allwetter-Abfangjäger vom Typ MIG-29, mit denen die DDR bis vor kurzem noch ausgerüstet worden war, an die Bundeswehr zu übergeben. Jetzt sieht man am Rumpf dieser Flugzeuge das gleiche Kreuz, das auch die faschistischen Flieger damals hatten, die unsere Städte bombardierten und die Frauen und Kinder im Sturzflug erschossen. Übersetzt in die Sprache des Strafgesetzbuches ist diese Aktion des Oberkommandierenden und seiner Komplizen Vaterlandsverrat durch die Schwächung der Militärmacht des Landes, durch die Übergabe streng geheimer Waffen an den Feind, der bereits daran denkt, das Reich in den Grenzen von 1937 wieder erstehen zu lassen.

Solcherlei sind die Fakten, die nach Antrag eines Strafverfahrens dazu berechtigen, von Gorbatschow und Komplizen eine Beantwortung der zahlreichen Wozu und Warum zu verlangen.

Das Gesetz verpflichtet Sie als Generalstaatsanwalt der Russischen Föderation zur Eröffnung eines Strafverfahrens gegen Gorbatschow, Jakowlew und Schewardnadse wegen Verbrechen nach §§ 64, 69, 70 und 73 des Strafgesetzbuches.

Dies verlangen die von den Vaterlandsverrättern verleumdete Generationen, welche die Revolution vollbrachten, eine Friedensmacht schufen und sie im Krieg gegen den Faschismus verteidigten. Dies verlangen die Veteranen, die an Hunger und durch den Terror starben, die alles, was sie für das Land tun konnten, hergegeben haben. Dies erleben die Tränen unserer ohnmächtigen und verzweifelten Mütter, die in endlosen Schlangen anstehen. Darauf bestehen die von den Vaterlandsverrättern getäuschten Völker der Länder Osteuropas wie auch die Millionen Soldaten des Großen Vaterländischen Krieges, welche die heutige Schande nicht erleben mussten, an die uns US-Präsident Bush erinnerte, wenn er unter frenetischem Beifall des Publikums erklärte:

„Der Kommunismus ist in diesem Jahr gestorben. ... Amerika hat den Kalten Krieg gewonnen. ... Die Vereinigten Staaten von Amerika haben als einzige und allen überlegene Macht die Welt, welche früher geteilt war, gewonnen.“ (,Prawda‘, 30. Januar 1992).

Mit der Eröffnung des Strafverfahrens bitte ich gleichzeitig, die Frage nach Zwangsmaßnahmen gegen Gorbatschow, Jakowlew und Schewardnadse zu entscheiden. Diese Maßnahmen sollten die Inhaftierung der Betroffenen bedeuten, und zwar im Gefängnis ,Matroskaja Tischina‘, wo die von jenen zum ,Putsch‘ Provozierten festgehalten werden: Der Vorsitzende des Obersten Sowjets der UdSSR, der Vorsitzende des Kabinetts der Minister, der Verteidigungsminister und der KGB-Vorsitzende – jene, die versucht haben, das Land vor dem Zerfall und den Sozialismus vor dessen endgültiger Zerschlagung zu retten.

Es wäre historisch nur gerecht, wenn die Zellen in der ,Matroskaja Tischina‘, wo sich die verehrten Genossen befinden, für die wahren Vaterlandsverräter – Gorbatschow, Jakowlew und Schewardnadse freigemacht werden würden.

Das Gesetz erlaubt nach § 96 des Strafgesetzbuches der RSFSR die Inhaftierung schon bei der Gefahr eines der aufgeführten Verbrechen. Dazu gehört das Gesetz wegen Vaterlandsverrats und anderer Verbrechen, die Gorbatschow, Jakowlew und Schewardnadse begangen haben.

Diese Zwangsmaßnahme ist auch deswegen angebracht, weil diese sich den Ermittlungen entziehen und zu ihren ausländischen Anstiftern reisen könnten. Die Tatsache,

dass Gorbatschow die Absicht hat, in ein anderes Land auszureisen, belegt die Meldung der Zeitung ‚Iswestija‘ vom 18. Januar 1992, wonach er für 1,1 Million Pfund Sterling in Finnland ein Gut erworben hat, das an einem malerischen Ort gelegen ist – dort, wo früher die Familienmitglieder der russischen Zaren gerne zum Fischen hinführen.

Die vorliegende Erklärung enthält genug Angaben, die darauf hindeuten, dass die Verbrechen verübt wurden. Entsprechend § 108 der Strafprozessordnung der RSFSR sollte das Strafverfahren eröffnet werden. Ich bin bereit, zusätzliche Angaben zu machen, falls Sie es für nötig halten und die vorliegenden Fakten für nicht ausreichend erachten, und ich bin auch bereit, als Ankläger vor Gericht aufzutreten, das meiner Überzeugung nach zusammentreten wird. Das Gesetz sieht vor, dass die Entscheidung über die Eröffnung eines Verfahrens binnen zehn Tagen nach Erhalt der Eingabe zu treffen ist. Ich rechne damit, dass Sie mir nach Verstreichen der Frist eine Mitteilung machen. Sollten Sie mit dieser Entscheidung nach Verstreichen der Frist die Eröffnung des Strafverfahrens ablehnen, erwarte ich von Ihnen eine begründete Antwort, die erschöpfende Erklärungen für die Gründe des gefassten Beschlusses enthält.“

(Das Verfahren wurde laut Beschluss des Generalstaatsanwalts der Russischen Föderation vom 18. Juni 1993 eingestellt).

Aus: A. Jakowlew, ‚Die Abgründe meines Jahrhunderts‘, ohne Ort und Jahr, S. 803ff, Übersetzung: Gerhard Schnehen.

Zur den Nachkriegskämpfen in Italien und Vietnam

Gerhard Feldbauer. Im Friedensvertrag 1947 mit Italien lehnten die USA ein Verbot von Nachfolgeorganisationen der Mussolini-Partei ab

Damit wurde die von ihrer Militärregierung zugelassene Wiedergründung der Partei des „Duce“ sanktioniert

Am 7. Februar 1947 unterzeichnete die italienische Regierung unter Ministerpräsident Alcide De Gasperi (Democrazia Cristiana – DC) den vom 29. Juli bis 15. Oktober 1946 in Paris während der Friedensverhandlungen der Siegermächte UdSSR, USA, Großbritannien und Frankreich mit Italien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien und Finn-

land ausgehandelten Friedenvertrag. In den italienischen Medien fand das, soweit bekannt wurde, keine Erwähnung. Wahrscheinlich deshalb, weil eine Betrachtung hätte bis in die Gegenwart führen können bzw. müssen, in der die Auseinandersetzung mit faschistischen Parteien und Organisationen, die ihren Ursprung in der Nachkriegsentwicklung haben, noch immer einen wichtigen Bezugspunkt bildet. Denn in besagtem Friedensvertrag lehnten die USA die von der UdSSR für Italien geforderte Klausel ab, niemals wieder faschistische Organisationen zu erlauben und Kriegsverbrechen nicht ungesühnt zu lassen.

Geschlossene Verträge wurden Makulatur

Das stellte einen Bruch der Moskauer „Erklärung über Italien“ der Außenminister der UdSSR, der USA und Großbritanniens vom 30. Oktober 1943 dar, die festgehalten hatte, dass die gemeinsame Politik der Verbündeten in Italien „zur völligen Vernichtung des Faschismus und zur Errichtung eines demokratischen Regimes führen muss“. Das verstieß ebenso gegen die auf der Krimkonferenz (4. bis 11. Februar 1945 bei Jalta) von den Regierungschefs der UdSSR, der USA und Großbritannien verabschiedete Erklärung „Einigkeit im Frieden wie im Kriege“, die festgelegt hatte, in Europa „die letzten Spuren des Nationalsozialismus und Faschismus zu beseitigen“. Für heute drängt sich der Schluss auf, dass für die USA bereits in dieser Zeit, um nicht auf frühere Ereignisse zurückzugehen, geschlossene Verträge und Abkommen, wenn sie ihren Weltherrschaftsbestrebungen entgegenstanden, Makulatur waren.

Der Friedensvertrag entzog Italien seine Kolonien in Afrika. Für Somalia erhielt es bis 1960 die UNO-Treuhandverwaltung. Es musste Grenzkorrekturen zugunsten Frankreichs zustimmen, den Dodekanes an Griechenland zurückgeben, Istrien, die Adriainseln und Fiume an Jugoslawien, das Gebiet von Triest als Freistaat und die Unabhängigkeit Äthiopiens und Albanien anerkennen. Es hatte Reparationen von 360 Millionen US-Dollar (nach dem Stand von 1938) zu zahlen, davon an Jugoslawien 125, Griechenland 105, die UdSSR 100, Äthiopien 25 und Albanien 5 Millionen.

Gegen Kommunisten und Sozialisten setzten die USA auf die Mussolini-Faschisten

Die Friedensverhandlungen hatten im Vorfeld des Kalten Krieges stattgefunden, den US-Präsident Harry Truman mit seiner berüchtigten Doktrin der „Eindämmung des Kommunismus“ (Containment) am 12. März 1947 einläutete. Er erklärte die USA „zum mächtigsten Land der Welt“ und ihr Recht auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten, die – tatsächlich oder angeblich – unter kommunistischem Einfluss stünden. Dazu bezogen die USA in Italien unmittelbar nach Kriegsende die Mussolini-Faschisten zur Niederhaltung der Kommunisten und Sozialisten und der Verhinderung einer antifaschistisch-demokratischen Umwälzung auf antiimperia-

listischen Grundlagen ein. Im Juni 1945 löste die Allied Military Government of Occupied Territory (Amgot) das „Hohe Kommissariat zur Verfolgung der Regimeverbrecher“ auf und setzte eine sogenannte Amnestie der „nationalen Versöhnung“ durch. Die Säuberungen im öffentlichen Dienst wurden eingestellt. Das betraf die meisten der etwa 20.000 bis 30.000 durchgeführten oder eingeleiteten Verfahren. Über 11.000 ergangene Urteile wurden aufgehoben oder Begnadigungen gewährt. Zu den Freigelassenen gehörte der Chef der berüchtigten 10. Torpedoboot-Flottille, Valerio Borghese, der wegen wenigstens 800fachen Mordes als Kriegsverbrecher verurteilt, auf Geheiß der Amgot aber begnadigt worden war.

Im August 1945 konnten frühere Parteigänger des „Duce“ eine Sammlungsbewegung Uomo Qualunque (Jedermann) gründen, die im Juni 1946 am Referendum über die Staatsform (Monarchie oder Republik) und an den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung teilnahm und mit 5,3 Prozent Stimmen 30 Sitze belegte. Auf Betreiben des Präsidenten der Bank of America, Amadeo Giannini, zogen die Liberalen und die Democrazia Cristiana (DC) im Dezember 1945 ihre Minister aus der 1944 im Befreiungskrieg gegen Hitlerdeutschland gebildeten antifaschistischen Einheits-Regierung zurück und zwangen den Vorsitzenden der kleinbürgerlichen radikal-demokratischen Aktionspartei, Ferruccio Parri, zum Rücktritt. Danach setzte die DC Alcide De Gasperi als Premier durch. Das machte den Weg frei, dass im Dezember 1946 die Mussolini-Faschisten mit dem Staatssekretär des „Duce“, Giorgio Almirante, als Nationalsekretär und dem erwähnten Borghese als Präsident ihre Partei unter dem Namen „Movimento Sociale Italiano“ (MSI) wieder gründen konnten. Almirante hatte noch kurz vor Kriegschluss einen Genickschussbefehl gegen Partisanen erlassen. De Gasperi ließ die die Mussolini-Faschisten gewähren.

Die Partei Mussolinis wieder gegründet

Das MSI erklärte das faschistische Parteiprogramm von 1919 und das unter dem Besatzungsregime der Hitlerwehrmacht im Herbst 1943 verkündete sogenannte „Manifest von Verona“ zur Grundlage seines politischen Wirkens. Mit dem MSI wurde die Partei des „Duce“ wiedergegründet, obwohl die Verfassungsgebende Versammlung in einer Übergangsbestimmung festgelegt hatte, dass „Wer die aufgelöste faschistische Partei in irgendeiner Form, sei es als Partei, Bewegung oder paramilitärische Organisation, wieder gründet und militärische oder paramilitärische Gewalt als Mittel für den politischen Kampf anwendet sowie die Ziele der aufgelösten faschistischen Partei verfolgt“, „mit Gefängnis von zwei bis 20 Jahren bestraft“ wird.

Dem MSI strömten sofort Zehntausende Mussolini-Anhänger zu. 1947 war es in fast allen Regionen organisiert und verfügte über etwa 30 größere Organisationen mit weiteren Zehntausenden Mitgliedern. Zu einer Domäne des MSI wurden die verschiedenen militaristischen Traditionsverbände, die auf Initiative der USA nach dem

NATO-Beitritt 1949 entstanden. Ähnlich wie in Deutschland bei den Hitlermilitärs ging es dem Pentagon auch in Italien darum, die militärischen Erfahrungen der Offiziere des „Duce“ für die NATO zu sichern. Über diese Verbände erweiterte das MSI seine politische Basis und vertiefte die Kontakte zu den eigenen Militärs sowie zu denen der USA und der NATO. 1976 zählten sie etwa 720.000 ehemalige Angehörige der Mussoliniarmee, der Partei der „Duce“ und anderer Organisationen aus der Zeit der faschistischen Herrschaft. In den 60er Jahren stieg das MSI auf rund 300.000 Mitglieder an. Nach seinem Zusammenschluss mit der Monarchistischen Partei 1972 betrug die Zahl 400.000. Bei den Wahlen erreichte es im gleichen Jahr 8,7 Prozent Stimmen im Parlament und wurde im Senat mit 9,2 Prozent viertstärkste Partei.

Von Gerhard Feldbauer ist bei Papyrossa Köln gerade eine „Kurze Geschichte Italiens. Vom Risorgimento bis heute“ erschienen.

Gerhard Feldbauer: Am 17. Februar 1947 fiel Hanoi nach 61 Tagen erbittertem Widerstand in die Hand der französischen Truppen

Es war ein Pyrrhussieg. Der Versuch, Vietnam erneut der Kolonialherrschaft zu unterwerfen, endete im Mai 1954 mit der Niederlage bei Dien Bien Phu

Mit der Proklamation der Demokratischen Republik Vietnam am 2. September 1945 hatte das Land das seit 1858 errichtete französische Kolonialjoch beseitigt und seine nationale Unabhängigkeit wieder errungen. Die Unabhängigkeitserklärung, die Ho Chi Minh in Hanoi auf dem Ba-Dinh-Platz vor dem ehemaligen Palast des Gouverneurs der Kolonialmacht vor einer halben Million Einwohnern abgab, enthielt Worte, die fast denen der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 glichen: "Alle Menschen sind gleich erschaffen. Von ihrem Schöpfer wurden sie mit bestimmten unveräußerlichen Rechten ausgestattet, darunter dem Recht auf Leben, auf Freiheit und auf das Streben nach Glück."

Mit der Besetzung von Gebieten in Südvietnam im September 1945 wollte Frankreich das Kolonialregime wiedererrichten. Angesichts der starken Positionen der Vietnamesischen Volksarmee (VVA) in Nordvietnam hielt sich Frankreich dort zunächst noch zurück. In Fontainebleau bei Paris schlossen Frankreich und die DRV ein Modusvivendi-Abkommen das vorsah, alle offenen Fragen durch Verhandlungen zu lösen und in Südvietnam das Feuer einzustellen. Ho Chi Minh ging in der Kompromissbe-

reitschaft so weit, bei einer Anerkennung der vollen Souveränität und territorialen Integrität der DRV einer Mitgliedschaft in der Französischen Union zuzustimmen.⁷⁸

Die Verteidigung von Hanoi

Frankreich sabotierte jedoch die Beschlüsse. Am 23. November 1946 provozierten seine Truppen im Hafen von Haiphong einen bewaffneten Zwischenfall, nachdem Paris den vollständigen Abzug der vietnamesischen Miliz und der Volksarmee aus der Stadt zu forderte. Nachdem die DRV das Ansinnen abgelehnt hatte, beschoss französische Artillerie die Stadt. Dabei wurden etwa 6.000 Zivilisten getötet. Danach rückten französische Truppen in Haiphong ein, stießen auf Hanoi vor und griffen es am 19. Dezember an. Ho Chi Minh rief zum bewaffneten Widerstand auf. Die Regierung appellierte an alle Vietnamesen. "Lieber alles Opfern, als die Sklaverei auf uns nehmen. Lasst uns mutig sein, liebe Landsleute. Wer Ihr auch seid, ob Männer, Frauen, Kinder, Alte, Junge, welcher Religion und welcher Nationalität Ihr auch angehört; wenn Ihr Vietnamesen seid, erhebt Euch zum Kampf gegen die französischen Kolonialisten und zur Rettung des Vaterlandes. Wer ein Gewehr hat, kämpfe mit dem Gewehr; wer einen Degen hat, kämpfe mit dem Degen. Wer weder Gewehr noch Degen hat, kämpfe mit Schaufel, Hacke und Knüppel. Niemand darf zurückbleiben, niemand sich vom patriotischen Kampf gegen die Kolonialisten ausschließen." Der Aufruf fand einen tiefen Widerhall. Ohne die Teilnahme der ganzen Bevölkerung hätte Hanoi niemals 61 Tage, bis zum 17. Februar 1947, gegen eine erdrückende Übermacht mit schweren Waffen, Panzern und Artillerie gehalten werden können. Im Verlauf der Kämpfe wurde das legendäre, aus Arbeitern bestehende Regiment der Hauptstadt formiert, das sich als letzter Truppenteil zurückzog. Aus ihm ging die berühmte 308 Division der VVA hervor, die auch an der Schlacht um Dien Bien Phu teilnahm. Während der Kämpfe wurden Betriebe und die zentralen Regierungsstellen in die nordwestlichen Bergregionen des Viet Bac evakuiert.

Eine Regierung aus Katholiken, Buddhisten und Kommunisten

Während einer Regierungsumbildung im Juli 1947 traten neben sozialistischen und bürgerlichen Demokraten, drei Katholiken, ein Buddhist, zwei Nationalisten, acht unabhängige Politiker und zwei ehemalige Mandarine in das Kabinett ein, in dem die Kommunisten nur noch eine Minderheit waren. Im Oktober 1947 schlug die VVA in den Bergen von Viet Bac, etwa 100 Km nordwestlich von Hanoi, die Offensive der

⁷⁸ Frankreich bildete am 27. Oktober 1946 mit seinen Kolonien die Union Française. Sie sollte den Kolonialgebieten den Schein einer Unabhängigkeit vermitteln und ihre nationalen Befreiungsbewegungen ausschalten. Frankreich wollte angeblich nur noch die gemeinsame Außen-, Verteidigungs-, Justiz- und Währungspolitik der Mitgliedstaaten kontrollieren.

Kolonialtruppen zurück. Zur Verhüllung ihrer kolonialen Eroberung setzt Paris am 8. März 1949 den in der Augustrevolution gestürzten Kaiser Bao Dai an der Spitze eines Marionettenregimes wieder auf den Thron.

Im September/Oktober 1950 befreite die Volksarmee die Grenzgebiete zu der am 1. Oktober 1949 entstandenen Volksrepublik China. Die DRV erhielt jetzt militärische Unterstützung durch Peking und über deren Gebiet auch umfangreichere sowjetische Hilfe. Nach der Einführung der Wehrpflicht im November 1950 wuchs die Zahl der Befreiungskämpfer unter Waffen auf insgesamt 350.000 an (125.000 Soldaten der Volksarmee, 75.000 Territorialstreitkräfte, 150.000 örtliche Milizen). Die Kolonialarmee zählte etwa 250.000 Mann, davon 76.000 Franzosen, 20.000 Fremdenlegionäre, 58.000 afrikanische Söldner, der Rest Hilfstruppen des Marionettenregimes von Bao Dai.

Siegespfeiler Bodenreform

Der Parteitag der KPV beschloss im Februar 1951, den Widerstand bis zur Wiedererlangung der nationalen Unabhängigkeit zu führen, zum Sozialismus voranzuschreiten und als Ausdruck der in der Partei zusammengeschlossenen verschiedenen Volksschichten den Namen "Partei der Werktätigen Vietnams" anzunehmen. Im Dezember 1953 beschloss die Nationalversammlung das Dekret über eine Bodenreform. Das Land der französischen Kolonialisten und derjenigen vietnamesischen Großgrundbesitzer, die sich als Feinde der DRV erwiesen hatten, wurde entschädigungslos enteignet. Fünf Millionen arme Bauern und Landarbeiter erhielten 810.000 Hektar Boden. Großgrundbesitzer, die sich im Befreiungskampf auf die Seite der Volksmacht gestellt oder sich auch nur loyal verhalten hatten, wurden für Grund und Boden, Vieh und Technik entschädigt und durften ihr übriges Eigentum behalten. Die Bodenreform, mit der eine entscheidende Aufgabe der nationaldemokratischen Revolution durchgeführt und die feudalen Zustände beseitigt wurden, festigte die Volksmacht nicht nur politisch und ökonomisch entscheidend, sondern auch militärisch. Sie stellte das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern, welche die Hauptlast des Kampfes trugen, auf feste politische und wirtschaftliche Grundlagen.

So gerüstet begann die Volksarmee am 10. Dezember 1953 ihre Offensive gegen die waffenstarrende französische Dschungelfestung von Dien Bien Phu im Nordwesten des Berglandes, in der 16.000 Mann Elitetruppen der Kolonialarmee konzentriert waren. Die Schlacht endete am 7. Mai 1954 mit der Kapitulation des Festungskommandanten, General De Castries. Die nochmalige koloniale Eroberung Vietnams war damit endgültig gescheitert. Während des Kolonialkrieges fielen 92.000 französische Soldaten; zusammen mit Verwundeten, Gefangenen und den Verlusten der Bao Dai Truppen verlor die Kolonialarmee insgesamt 466.172 Mann. Auf vietnamesischer Seite kamen über 800.000 Menschen um, viele Zivilisten, die Vergeltungsaktionen

zum Opfer fielen. Nach den Ursachen des Sieges befragt, erklärte der Oberbefehlshaber der Volksarmee, General Vo Nguyen Giap, gegenüber "Le Monde": "Rufen Sie sich die Französische Revolution ins Gedächtnis zurück, erinnern Sie sich an Valmy(5) und die schlecht bewaffneten Soldaten gegenüber der preußischen Berufsarmee. Trotzdem siegten Ihre Soldaten. Um uns zu verstehen, denken Sie an diese historischen Stunden Ihres Volkes. Suchen Sie die Realität. Ein Volk, das für seine Unabhängigkeit kämpft, vollbringt legendäre Heldentaten."

Buchenwald-Gedenken

Aufruf zum Buchenwald Gedenken 2017

Wieder stehen wir vor der Aufgabe, der bewaffneten Selbstbefreiung des Lagers Buchenwald zu gedenken. Es wird immer wichtiger, an den Schwur von Buchenwald zu erinnern. Er wird von Jahr zu Jahr aktueller. Das große Säbelrasseln hat erneut begonnen, Panzer fahren durch Deutschland um an der russischen Grenze zu Litauen Aufstellung zu nehmen. Der deutsche Imperialismus, wie von ihm ersehnt, endlich wieder vorne mit dabei. So nah sind deutsche Panzer der russischen Grenze seit Ende des 2. Weltkrieges nicht mehr gekommen. US- und deutscher Imperialismus heute noch zusammen, der deutsche einen dritten Anlauf wagt seinen Machtbereich auszudehnen und dabei die ganze Welt in Schutt und Asche zu legen.

Bewaffnete Verbrecherbanden, vom Westen selbst mit den Waffen vorsorgt schlagen jetzt in den Metropolen zu, sind die wahren Verbündeten der herrschenden Klasse bei der Aufrüstung und Kriegstauglichmachung im Innern. Immer neue Überwachungsgesetze lassen sie herbeibomben. Die Bevölkerung wird ruhig gestellt, bzw. berechnete Aggressionen werden wieder mal gegen die Falschen gelenkt, es geht gegen den Kommunismus und immer noch gegen die DDR, es geht gegen Flüchtlinge, gegen Hartz-IV-Bezieherinnen, Hauptsache die wahren Schuldigen, nämlich das Kapital werden nicht erkannt und nicht bekämpft. Während viele damit beschäftigt sind, die Flüchtlinge zu betreuen, werden von denen die die Fluchtursachen zu vertreten haben, weil sie Unfrieden in der ganzen Welt zur Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen Interessen stifteten, schon die neuen Kriegszüge geplant und durchgeführt. Es werden Pläne geäußert, die Flüchtlinge für die Bundeswehr fit zu machen, da dort Rekruten fehlen, sie werden als Lohndrucker eingestellt, Akademiker ihren Heimatländern entzogen, werden hier von denen ausgebeutet, die keinen Cent zu deren Ausbildung beigetragen haben, der unverwertbare Rest wird abgeschoben.

Die Aufwendungen für die Rüstung werden sich innerhalb der nächsten Jahre fast verdoppeln, die EU soll noch Meinung der deutschen Kriegsministerin endlich eine eigene schlagfähige Armee bekommen, unter wessen Anführung erklärt sich von alleine. Putin wird zum Aggressor stilisiert; die Frage wann „zurück geschossen“ wird ist eine Frage der Zeit. Die kommende Niederlage in Syrien hat den Imperialismus nicht befriedet, im Gegenteil, er wird immer waghalsiger und toller um seine Pfründe zu sichern. Er hat noch nie davor zurückgeschreckt Millionen für seinen Profit in den Abgrund zu reißen.

Um Krieg führen zu können, muss der Feind im Innern bekämpft werden, nichts darf mehr an die friedliche Hoffnung der Menschheit erinnern, die durch die Sowjetunion und die DDR und andere sozialistische Staaten verkörpert war. Daran arbeiten auch die Domestiken der Kriegstreiber, die Jahns, Ramelows, Gaucks und wie sie alle heißen.

Freundschaft mit Russland * Kampf dem Faschismus

Buchenwald Gedenken am 9.April 2017:

11 Uhr Thälmann Gedenken in Weimar

14 Uhr Offizielle Gedenkfeier auf dem Appellplatz

danach ca. 15 Uhr Thälmann Gedenken im Hof des Krematoriums

Unterzeichner:

Sabine Albrecht, DKP Gießen; Frank Flegel, Redaktion offen-siv; Albrecht Geißler, Vorsitzender des Revolutionären Freundschaftsbundes; Wolfgang Günther; Anna C. Heinrich, Redaktion offen-siv; Gerd Hommel, stellvertr. Vorsitzender des Revolutionären Freundschaftsbundes; Michael Kubi, Schriftsteller und KPD-Mitglied; Andreas Maluga, DDR-Kabinett-Bochum, DKP Bochum; Hein Pfohlmann, Vorsitzender der ETG Hamburg; Brigitte Queeck, Mütter gegen den Krieg; Torsten Schöwitz, Vorsitzender der KPD; Beate Schönfeld, DKP Berlin.

k-p-d.org, offen-siv.net, ddr-kabinett-bochum.de, rfb-online.de, thaelmann-gedenkstaette.de, grh-ev.org

Marxistisch-leninistisches Fernstudium

Frank Flegel: Bericht vom 5. Seminar unseres gemeinsamen marxistisch-leninistischen Fernstudiums von KPD und offen-siv

Am 4. und 5. März 2017 fand das fünfte Seminar unseres Fernstudiums statt, wie immer in Hannover.

Nach der Wiederholung beschäftigten wir uns am Sonnabend zunächst mit dem grundsätzlichen Gehalt der Frage von gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln und Planwirtschaft einerseits, andererseits mit der Frage der Geltung oder Überwindung von Wertgesetz und Warenproduktion im Sozialismus.

Danach untersuchten wir die Praxis des Sozialismus in der UdSSR, zunächst also den Aufbau der Planwirtschaft, die Industrialisierung, die Kollektivierung der Landwirtschaft und die Praxis der Planungsbehörden inklusive der Initiative der Massen. Dann folgte die Analyse des schrittweisen Rückbaus der Planwirtschaft seit dem XX. Parteitag, also mit der Chruschtschow-Ära, den Kossygin-Reformen und schließlich mit der Perestroika Gorbatschows.

Abends ging es dann um die DDR, ihre Errungenschaften und Erfolge, aber auch um revisionistische Tendenzen in der Spätzeit der SED und die Infiltration durch imperialistische Kreise, die dazu besonders die linke Sozialdemokratie nutzen. Naturgemäß gab es hier viele interessierte Fragen und Überlegungen.

Am Sonntag Morgen war zunächst unsere geplante Flugschrift „Was wäre wenn ...“ wir Sozialismus hätten Thema. Die meisten Beiträge waren bereits fertiggestellt, drei Themenbereiche sind noch zu bearbeiten und erfreulicher Weise fanden sich sofort drei Genossen, die diese zu übernehmen bereit waren. Zum nächsten Seminar wird die Flugschrift fertig gestellt sein. Sie soll sowohl als eigenständige Schrift (von ca. 30 Seiten) erscheinen (für Gruppen, Bündnisse, Stände usw), als auch in der offen-siv und der Roten Fahne (wahrscheinlich als „Fortsetzungsserie“) publiziert werden.

Danach wandten wir uns der Parteitheorie zu. Zunächst leiteten wir die Notwendigkeit der Partei aus den Mystifizierungen der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft ab, dann vergewisserten wir uns der grundlegenden Einsichten der Parteitheorie Lenins. Danach beschäftigten wir uns mit Grundsätzen der KPD.

Das Seminar endete am frühen Sonntag Nachmittag mit der Analyse dessen, was man „Anti-Stalinismus“ nennt. Wir betrachteten seine Inhalte, seine Verdrehungen und Lügen und seine politische Funktion.

Besonders war bei diesem Seminar, dass Norbert und ich Verstärkung bekommen haben durch drei weitere kompetente Referenten: Michael Kubi zum Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion, Jürgen Geppert zu den Erfolgen und Errungenschaften der DDR und Torsten Schöowitz, Vorsitzender der KPD, zur Parteitheorie.

So fuhr ich nach dem Seminar wieder sehr zufrieden nach Hause, mit dem guten Gefühl, dass uns eine sehr tiefgehende Auseinandersetzung mit allen Themen gelungen ist und die Teilnehmer/innen eine fast nicht vorstellbare Intensität und Ausdauer an den Tag gelegt haben - am Sonnabend tagten wir, nur unterbrochen von kurzen Pausen, von 12.00 Uhr mittags bis 21.30 Uhr abends! Die Gruppe wächst immer mehr zusammen und es gibt schon erste Überlegungen, wie es denn nach dem Ende des Fernstudiums weitergehen könnte. Es ist sehr schön und ausgesprochen befriedigend, so etwas durchführen zu können.

Gruß aus Polen

Zbigniew Wiktor: Ihr Lieben!

Schöne kämpferische Grüße und beste Wünsche aus Polen von Zbigniew Wiktor, auch verspätete Grüße zum neuen Jahr 2017. Alles Gute und noch viele weitere Erfolge für Eure nützliche und notwendige Arbeit.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung nicht nur in Deutschland braucht zahlreiche Studien und Erklärungen, weil die Verfälschung, der Reformismus, der Opportunismus auf die Ereignisse und auch auf die Anführer der Arbeiterbewegung viele Schatten wirft und die Wahrheit verdeckt.

Und Ihr macht Euch viel Mühe, um hier für Aufklärung zu sorgen, auch wenn es um die theoretischen Diskussionen um die Hauptidee, den Marxismus-Leninismus, geht, um den Aufbau des Sozialismus nicht nur in den Ländern des so genannten „realen Sozialismus“. Es geht nicht nur um die historische Wahrheit, es geht um die Gesetzmäßigkeit des Programms der neuen, sozialistischen Revolution und des Aufbaus des Sozialismus.

Congratulations!

Zbigniew Wiktor

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,
37194 Bodenfelde-Wahmbeck
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt